

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

4-2020

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe März-April 2020

| | |
|--|----|
| Redaktionsnotiz..... | 3 |
| Film: Das andere Leben..... | 4 |
| ‘Das andere Leben’ - Zeitzeugenfilm zur DDR erschienen..... | 4 |
| Faschismus und Antifaschismus..... | 6 |
| <i>Heinz Ahlreip</i> : Hanau und der vermaledeite Greis..... | 6 |
| <i>Kommunistische Partei der Türkei (TKP)</i> : Ein faschistischer Angriff - Ihr wart alle dort!..... | 9 |
| <i>Heinz Ahlreip</i> : Die Wurzeln des aktuellen Faschismus..... | 11 |

| | |
|--|----|
| Klimawandel und Kapitalismus..... | 14 |
| <i>Yana Zavatsky und Michael Kubi: Wer ist schuld an der Klimakrise?</i> | 14 |
| <i>Kommunistische Partei der Schweiz: Die Klimastreiks vor einem Scheideweg.</i> | 25 |
| Diskussion über die Volksfronttaktik..... | 27 |
| <i>Thanasis Spanidis: Für eine Diskussion ohne „heilige Kühe“</i> | 27 |
| <i>Hans Christoph Stoodt: „Diese Losung wird zurückgenommen.“</i> ... | 35 |
| <i>Kommunistische Organisation: Der 100. Jahrestag der Gründung der Komintern und das 21. Internationale Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien im Oktober 2019.</i> | 40 |
| <i>Kommunistische Organisation: Zu einigen Problemen und Unklarheiten des Leitantrages an den 23. Parteitag der DKP.</i> | 57 |
| Zur Geschichte des Sozialismus..... | 64 |
| <i>Karsten Schönsee (Übersetzung): 75 Jahre Partei der Arbeit Koreas - VZI, historische Wurzel der PdAK.</i> | 72 |
| <i>Karsten Schönsee: Sozialistische Marktwirtschaft oder Schaffen aus eigener Kraft ?</i> | 76 |
| <i>Kommunistische Organisation: Wie hat sich die Konterrevolution auf die kommunistische Weltbewegung ausgewirkt?</i> | 78 |
| <i>Kommunistische Partei der Türkei, Kommunistische Partei Griechenlands: Gemeinsame Erklärung der Kommunistischen Partei der Türkei und der Kommunistischen Partei Griechenlands zu den Entwicklungen in den griechisch-türkischen Beziehungen...</i> | 81 |
| Vor 100 Jahren: Der Kapp-Putsch..... | 84 |
| <i>Heinz Ahlreip: Die Bedeutung des Kapp-Putsches.</i> | 84 |
| Fernstudium..... | 88 |
| <i>Frank Flegel: Referentenseminare unseres gemeinsam mit der KPD durchgeführten marxistisch-leninistischen Fernstudiums abgeschlossen.</i> | 88 |

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Es gibt aktuell interessante, wichtige und damit auch durchaus heftige Diskussionen in der kommunistischen Bewegung. Das ist gut und notwendig, denn das Weitermachen wie bisher, fußend auf der Volksfronttaktik des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und seit 1956 (XX. Parteitag der KPdSU) angereichert durch die Stalin-Verdammung, war auch nach der Konterrevolution in Europa vorherrschend. Der Erfolg war gleich Null. Inzwischen diskutieren sowohl in Deutschland als auch weltweit zahlreiche Parteien und Gruppierungen die Erfahrungen sowohl des Aufbaus als auch der Zerstörung des Sozialismus in Europa. Und in diesem Zusammenhang sind sowohl ökonomische als auch strategische Fragen von Interesse, die zwar nicht völlig neu sind, aber jetzt wieder neu gestellt werden. Das freut uns sehr. Die Dokumentation dieser Entwicklungen bildet den Schwerpunkt dieses Heftes, denn wir halten die Klärung dieser Fragen für äußerst wichtig, ja für lebensnotwendig für die kommunistische Bewegung.

Zusätzlich beschäftigen wir uns mit dem Neofaschismus in Deutschland, mit dem Klimawandel und mit dem Kapp-Putsch vor 100 Jahren und natürlich, wie fast immer, mit der Geschichte des Sozialismus. Und wir beginnen das Heft mit einem Hinweis auf einen Film, den die jungen Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Organisation mittels Interviews mit Zeitzeugen der Geschichte der DDR gedreht haben.

Vor 200 Jahren wurde Friedrich Engels geboren. Wir möchten das zum Anlass nehmen, eine (je nachdem erste oder erneute) Lektüre seines Werkes „Herrn Eugen Düh-

rings Umwälzung der Wissenschaft“, auch bekannt unter dem Kurztitel „Anti-Dühring“ zu empfehlen, denn die Auseinandersetzung um die Ökonomie des Sozialismus - sozialistische Planwirtschaft oder sozialistische Marktwirtschaft - nimmt immer mehr an Fahrt auf. Engels hat sich da sehr klar und mit zwingender Logik positioniert.

Natürlich können wir nicht anders, als Euch auch in diesem Heft darauf hinzuweisen, dass Zeitungsmachen Geld kostet. Ohne Euch, unsere Leserinnen und Leser, geht nichts.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

| |
|---------------------------------|
| <h2>Film: Das andere Leben</h2> |
|---------------------------------|

‘Das andere Leben‘ - Zeitzeugenfilm zur DDR erschienen

Die Kommunistische Organisation hat einen Episodenfilm mit Zeitzeugeninterviews zu Geschichte und Alltagsleben der DDR veröffentlicht. Ab März kann der Film mit dem Titel „Das andere Leben“ in einigen Städten gesehen werden. Mehr Infos zu Veranstaltungen und zum Film, so wie der Trailer unter: kommunistische.org

Interviewt wurden unter anderem Hans Bauer (ehem. stellv. Generalstaatsanwalt der DDR), Ekkehard Lieberam (ehem. Professor für Staatstheorie und Verfassungsrecht), Heidi Richter (Gründungsmitglied der Pionierorganisation), Wolfgang Schmidt (ehem. leitender Mitarbeiter im MfS), Torsten Schowitz (Vorsitzender der KPD), Edmund Peltzer (RotFuchs e.V. in Leipzig), Jürgen Geppert (stellvertretender Vorsitzender der KPD) und vier

weitere Personen, die die DDR in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen bewusst miterlebt und -gestaltet haben.

Die DDR war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung.

Kein Wunder also, dass die bürgerliche Presse Schaum vor die Mäuler bekommt, wenn es um die DDR geht. Die Kommunisten tragen die Verantwortung dafür, die Geschichte der DDR vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu schreiben. Aber auch das passiert mangelhaft. Allzu oft fehlt ein klarer Bezug zum ersten sozialistischen deutschen Staat, im schlimmsten Fall wird die bürgerliche Hetze gar übernommen, wenn von „Kasernenhofsozialismus“ oder einer bürokratisch-autoritären Gesellschaft die Rede ist.

Das Wissen um die Erfahrungen im Aufbau des Sozialismus ist insbesondere in den Reihen westdeutscher Kommunisten häufig dünn. Und das ist ein massives Problem. Ein erneuter Anlauf zum Sozialismus hat zur Voraussetzung, dass wir die mannigfaltigen Erfahrungen der DDR aufheben.

Der Film soll dazu einen Beitrag leisten. In vier Episoden werden Jugend und Schule; Arbeit und Wirtschaft; Demokratie und Zusammenleben und zuletzt Kalter Krieg und Konterrevolution thematisiert.

Die Geschichten und Lebenserfahrungen der Interviewpartner zeichnen ein positives und dennoch nicht kritikloses Bild und geben so einen umfassenden Eindruck des gesellschaftlichen Lebens der DDR.

So ist der Film auch für die breite Masse der werktätigen Menschen geeignet, um ihr Bild von der DDR in Frage zu stellen. Der Film ist gleichsam eine Einladung für eine noch intensivere Beschäftigung, die auch im Klärungsprozess der Kommunistischen Organisationen einen wichtigen Platz einnimmt (wiki.kommunistische.org). Der Kampf für den Sozialismus in Deutschland muss aufs engste verbunden sein mit dem Kampf um die Geschichte der DDR. Nehmen wir ihn auf!

Faschismus und Antifaschismus

Heinz Ahlreip: Hanau und der vermaledeite Greis

„Ich will nicht den Dzerschinkis¹ in die Hände fallen!“ Das waren die Worte, mit denen Adolf Hitler am 30. April 1945 den Grund für seinen Suizid angab. Am 1. Mai 1945 lag der deutsche Faschismus am Boden, besiegt hauptsächlich von der Roten Armee.

Die imperialistischen Mächte des Westens griffen erst truppenmäßig in das Geschehen ein, als sie misstrauisch den raschen Vormarsch der Roten Armee als Stalingradsiegerin auf die Hauptstadt des Faschismus sahen. Ursprünglich wollten die anglo-amerikanischen Finanzkapitalisten erst die gegenseitige Zerfleischung der beiden Systeme abwarten, die sie in ihrer Propaganda unwissenschaftlich-gleichstellend als totalitäre denunzierten. Ein Ergebnis dieses Wettlaufes um Berlin war, dass Westdeutschland primär unter die Schirmherrschaft des US-Imperialismus geriet, der seinen spezifischen Humanismus durch den militärisch sinnlosen Abwurf zweier Atombomben vor der Weltöffentlichkeit bloßgelegt hatte.

Eine Chance, den Klauen dieser Bestie zu entkommen, bot 1952 die Stalinnote, aber Adenauer als Repräsentant der deutschen Bourgeoisie lehnte die Note ab.

Die deutsche Bourgeoisie erwies sich schon in der 48er Revolution (1848) nach den Worten von Marx als vermaledeiter Greis, unfähig zu irgendeiner historischen Initiative. Marx sprach über diese ein vernichtendes Urteil: Sie sei ohne Glauben an sich selbst, ohne Glauben an das Volk, knurrend gegen

¹ Felix E. Dzerschinski: Bolschewistischer Berufsrevolutionär, hatte wegen bolschewistischer Tätigkeit 13 Jahre in polnischen Gefängnissen zugebracht. Nach einer Serie von tödlich verlaufenden weißgardistischen Attentaten auf führende Bolschewiki berief Lenin ihn am 20. Dezember 1917 zum Vorsitzenden der Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution, Spekulation und Sabotage (Tscheke). Dzerschinski starb am 20. Juli 1926. An seinem Grab fand Stalin die Worte: „Schrecken der Bourgeoisie‘ – wenn jemand diesen Ehrentitel verdient, dann bist Du es, Felix Edmundowitsch!“

oben, zitternd gegen unten ... eingeschüchtert vom Weltsturm ... Energie nach keiner Richtung, Plagiat nach allen Richtungen ... ohne Initiative ... ein vermaledeiter, altersschwacher Greis. (Karl Marx / Friedrich Engels: ‚Die Revolution von 1848, Auswahl aus der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘, Dietz Verlag Berlin, 1949,185).

Statt eine durchgreifende Entnazifizierung durchzuführen, sank die deutsche Bourgeoisie auf die Knie, um dem US-Imperialismus artig den noch nach Hiroshima stinkenden After zu lecken, der das Territorium der BRD als Truppenaufmarschgebiet gegen den Sozialismus missbrauchen wollte.

Churchill hatte diese famose Idee gleich nach Kriegsende. Adenauer sagte zum Festhalten am Nazipersonal in Bundesbehörden, lieber schmutziges (er meint braunes) Wasser als gar kein Wasser. So blieb der Schoß fruchtbar, so dass heute unter einem präfaschistischen Klima, zu dem das Verbot der KPD 1956 durch die Zusammenrottung des sogenannten Bundesverfassungsgerichts zu Karlsruhe, eine faschistische Ausgrenzung fortsetzend, eine wichtige Weichenstellung vornahm zu einem Klima, in dem in der BRD eine terroristische Bluttat nach der anderen zu registrieren ist.

Man braucht hier nur eins und eins zusammenzählen: Nazis aus dem ‚Dritten Reich‘ in den Behörden und Verbot der kommunistischen Partei. Die Bluttat von Hanau hängt auch mit diesem Verbotsspruch in Karlsruhe zusammen. Aus ihren eigenen braunen Eingeweiden erzeugt die bürgerliche Gesellschaft fortwährend Kretins in Uniform und Robe. In der Geschichte der BRD gibt es keine Phase, in der der bürgerliche Krüppelstaat als vermaledeiter Greis nicht seine faschistische Fratze gezeigt hätte.

Den Berufspolitikern kullerten nach dem Amoklauf von Hanau nur so die Krokodilstränen aus den Augen, der SPD-Generalsekretär Klingbeil forderte einen Aufstand der Anständigen (!?) und die Repräsentanten der Bund-statt-Braun-Community hielten fromme Reden und brennende Kerzen in den Händen. Innenminister Seehofer forderte nach dem Synagogenanschlag im Oktober 2019 in Halle eine personelle Aufstockung der Sicherheitsapparate, je 300 Stellen zusätzlich für den Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt. So einfach geht es aber nicht. Alles was die Menschen bewegt, muss laut Engels durch ihren Kopf hindurch. Wir sind doch Zeugen, wie sich diese von Faschisten durchsetzten Apparate mit einem wahren Heißhunger wild um sich

schießend auf die RAF stürzten, dem NSU als Bruderorganisation aber über Jahre kein Haar krümmten.

In der Tat erweisen sich im Kapitalismus die sogenannten Verfassungsschutzbehörden als krypto-faschistische Untergrundorganisationen. Wenn der FDP-Vorsitzende Lindner eine ‚Generalinventur aller Maßnahmen gegen Rechtsterrorismus‘ fordert, so ist dies einfach lächerlich.

Die FAZ zum Beispiel, ein Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse, hat über die blutigen Ereignisse von Hanau seitenweise Artikelserien geschrieben und dabei das Kunststück fertiggebracht, nicht ein einziges Mal das Wort ‚Kapitalismus‘ zu strapazieren, obwohl der Amokläufer ein Bankangestellter war und Hanau nur 50 km östlich von der Bankmetropole entfernt ist. Dieser Finanzkapitalismus aber geht mit einem inhumanen Staatsauswuchs (SS, Gestapo, BND, BKA ...) einher. Die Forderung von Seehofer läuft also auf mehr Faschismus in Deutschland hinaus, denn im Kapitalismus sind alle Spezialbehörden auf dem rechten Auge blind und auf dem linken überscharf.

Das bizarre Gesicht des die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen schützenden und kultivierenden Rechtsstaates verkommt durch sie zu einer noch hässlicheren, unausstehlichen Visage, in die man bis an die Grenze der Erschöpfung reindreschen muss, um weitere Halles und Hanaus zu verhindern. Im Bundestagswahlkampf 2017 ließ sich Gauland zu der Äußerung hinreißen, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özuguz, müsse in Anatolien entsorgt werden. Alle bürgerlichen Parteien haben heute objektiv die Tendenz zur politischen Reaktion in sich und modern vor sich hin, mögen die Krokodilstränen auch noch so literweise fließen. Vergessen wir nicht die Worte von August Bebel, dass Juristen reaktionäre Leute sind.

„Was ist die Commune, diese Sphinx, die den Bourgeoisverstand auf so harte Proben setzt?“, hatte Marx 1871 in seiner Analyse der Pariser Commune gefragt. Die bürgerlichen Berufspolitiker können uns diese Frage nicht beantworten. Nur die Kommunisten bewahren heute ein humanistisches Potential im politischen Handgemenge des Tages und sehen und spüren den braunen Sumpf, in dem bürgerliche und kleinbürgerliche Politiker heute bis zum Hals stecken. Genuin intendiert der Kommunismus eine Welt ohne Herrschaft.

„*Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse*“, schrieben Marx und

Engels im Manifest. Das ist ein Schlüsselsatz für den antifaschistischen Kampf. Nur das Proletariat ist heutzutage in der Lage, die faschistische Bestie wiederum in Berlin *endgültig* zu töten. Dazu aber ist es notwendig, dass es gegen die Uniformträger und Kreaturen in schwarzer und roter Robe viele Dzerschinskis hervorbringt.

Der Kampf für den Sozialismus bzw. gegen den Faschismus ist immer auch ein Kampf für die Gründung einer neuen Gesellschaft. Nur das ist die Alternative: Gründung dieser oder das Fortwuchern des Faschismus in den überkommenen Bahnen der spätbürgerlichen, altersschwachen Gesellschaft. Aber Vorsicht: Dieser Greis besitzt noch käuflich erworbene, angehäuften scharfe Waffen, von denen er in den kommenden Kämpfen rücksichtslos Gebrauch machen wird.

Kommunistische Partei der Türkei (TKP): Ein faschistischer Angriff - Ihr wart alle dort!

Ein weiterer Angriff und wieder einmal große Worte...

In der Nacht vom 19. Februar wurden in Hanau 9 Menschen in zwei unterschiedlichen Shisha-Bars, in denen sich mehrheitlich Menschen mit Migrationshintergrund aufhielten, ermordet. Weitere Menschen wurden verletzt. Der Täter und seine Mutter wurden tot aufgefunden.

Der Täter Tobias R. wurde als ein „extrem Rechts stehender“ mit „verstörter Weltanschauung“ und als „Einzeltäter“ dargestellt. Denn der Täter hat einen 24 Seiten langen Brief hinterlassen und vor seiner Tat Videos veröffentlicht, in denen er seine „persönliche Perspektive“ mitteilt. Der Täter sei gemeinsam mit seiner Mutter zu Hause tot aufgefunden worden. Dies soll als ein Selbstmord verstanden werden.

Der hessische Innenminister Peter Beuth bezeichnete das Attentat als einen Angriff auf die freiheitliche Gesellschaft in seinem Land.

David Sassoli, Parlamentspräsident der EU twitterte: „schockiert und tieftraurig angesichts der grausamen Taten in Hanau“. Derselbe Sassoli hatte die Sowjetunion und die kommunistischen Parteien, die mit Furchtlosigkeit und einer Entschlossenheit gegen den Faschismus kämpften und weiterhin kämpfen, mit den Faschisten gleichgestellt, in dem er alle als totalitär bezeichnete.

Merkel sprach: „Rassismus ist ein Gift, der Hass ist ein Gift“.

Der Sprecher des türkischen Staatspräsidenten, Ibrahim Kalin sagte: „Rassismus ist ein kollektiver Tumor!“

Nur große Worte und viel Heuchelei!

Bei dem Attentat durch Anis Amri auf den Berliner Weihnachtsmarkt am 16. Dezember 2016, bei dem 12 Menschen ermordet und 67 Menschen verletzt wurden, hieß es auch die Sicherheitsbehörden hätten den Täter „gefasst“. Dabei durfte die Öffentlichkeit später erfahren, dass der Verfassungsschutz schon länger mit dem Täter befasst war, als bekannt gegeben wurde. Sie hatten es also bevorzugt dem Attentat zuzuschauen.

Während in der korrupten Ordnung des Imperialismus/Kapitalismus die Gewalt systematisch durch das Kapital monopolisiert wird, wurde „individueller Terror“ neben dem Staatsterror und paramilitärischem Terror als eine dritte Kategorie des Terrors gestellt und legitimiert.

In Norwegen Breivik, in Neuseeland Tarrant, in Berlin Amri und in Hanau nun auch Tobias R. haben alle aus diesem „individuellen“ Terrorgedanken geschöpft und weitere werden es wohl auch noch tun.

Der gegenwärtig zügellose deutsche Faschismus, weiß ganz genau, dass der durch Neonazis durchtriebene Verfassungsschutz gar nichts gegen sie unternehmen wird. Mit der NSU-Mordserie und den anschließenden Erklärungen von „drei Mann Zelle“ und der „NSU-Prozess“ waren eindeutige Beispiele für Täuschungsversuche der Öffentlichkeit.

Während das Verfassungsgericht die Naziartei NPD nicht schließen wollte, PEGIDA als nur „eine Gruppe von zornigen Bürgern“ erklärt wurde, hat man auch zugesehen wie die faschistische Massenbewegung mit der AfD zur großen Opposition des Landes aufsteigen konnte.

Sogar den offiziellen Angaben zufolge, ist der deutsche Faschismus in den letzten acht Jahren um das fünf fache gewachsen. Sie maßen sich Attentaten mit Waffen an, die sie über Schützenvereine legal organisieren. Auch der faschistische Täter von Hanau, Tobias R. war genau diesen Weg gegangen.

Das, was der hessische Innenminister Beuth als freiheitliche Gesellschaft bezeichnet, ist eine ausbeuterisch-kapitalistische Gesellschaft, in der die Freiheit

des Faschistischen gesichert wird. Eine kapitalistische Gesellschaft kann nicht frei von Rassismus sein, denn Ungleichheit ist charakteristisch für diese Gesellschaftsform.

Das, was Ibrahim Kalın als "kollektiver Tumor" bezeichnet, ist eine ausbeuterische und religiös-chauwinistische Gesellschaft, die ihnen dient.

Täter wie Tobias R. in Hanau, werden auch angetrieben, durch das gehässige Gleichstellen von Faschismus und Kommunismus, beispielsweise im Europäischen Parlament durch Sassoli.

Ihr wart alle dort!

Die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) – Deutschland fordert,

- die Schließung aller rassistisch, faschistisch motivierten Organisationen, Vereine und Parteien;
- die Aufdeckung und Aufklärung rassistischer und faschistischer Gruppen innerhalb der Sicherheitsbehörden, den Nachrichtendiensten und der Justiz.
- das Beenden der Verharmlosung des Faschisten durch die Bezeichnung „extrem Rechts“ und der Verachtung von sozialistischen Organisationen durch die Bezeichnung „extrem Links“.

Der Faschismus ist vor allem der Feind der deutschen Arbeiterklasse. Deshalb null Toleranz zur ethnisch oder religiös begründeten Faschismus.

Es lebe die sozialistische Revolution!

TKP-Deutschland, 20 Februar 2020

Heinz Ahlreip: Die Wurzeln des aktuellen Faschismus

In einer Vorlesung an der Staatlichen Universität in St. Petersburg am 10. August 2016 trug Egon Krenz vor: "Das Unglück der Deutschen war nicht die DDR. Das Unglücksdatum der Deutschen ist der 30. Januar 1933". (Egon Krenz, Was war und was bleibt?, in: Freidenker, Nr.3, 2019,7).

Das ist allgemeiner Konsens. Aber ist es auch richtig? Nein, das Unglücksdatum der Deutschen war der 4. August 1914, als die gesamte SPD entgegen dem Schwur auf das Basler Manifest dem grauenhaften, millionenfachen Völ-

kergetzel des ersten Weltkrieges die Bahn freimachte. In der Abstimmung zu den zweiten Kriegskrediten am 2. Dezember 1914 erhob dann nur Liebknecht seine Stimme gegen diese.

Rosa Luxemburg nannte auf dem Gründungsparteitag der KPD die Führer der deutschen SPD die größten Halunken der Weltgeschichte. Der Verrat dieser kriminellen Brut an der Oktoberrevolution, die Verfolgung und Ermordung fortschrittlicher Menschen in der Weimarer Republik, anfangs durch den Sozialdemokraten Noske, die die Machtübertragung an die Nazis und den Zweiten Weltkrieg erst ermöglichte, prägte das 20. Jahrhundert zum barbarischen schlechthin. Das zarte Bäumchen des deutschen Faschismus wurde durch die Gießkannen des August 1914 reichlich begossen. Bis hierin reichen die Wurzeln politisch zurück.

Um aber die faschistische Pest für immer auszurotten, müssen wir die Axt an die Wurzel legen, auf die uns Marx und Engels im Manifest hingewiesen haben. „... können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen“. (Karl Marx / Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Werke Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960,475). Man mag den Faschismus aus einem kulturellen Unbehagen heraus ablehnen, aber aus diesem allein lässt sich die Bestie nicht bezwingen.

Es ist deshalb verkürzt zu sagen, unkontrollierte Flüchtlingsströme hätten den Anstoß zum Aufkommen der AfD gegeben. Der Schoß ist fruchtbar seit 1914 und war auch noch fruchtbar, nachdem das erste Kind ‚Adolf Hitler & Co‘ verreckt war. Der Kapitalismus geht immer mit dem Sozialdemokratismus und dem Faschismus schwanger. Nur in der Sowjetunion, im Lande Lenins und Stalins, wurden die Nazi-Verbrecher in Uniform konsequent und gerecht im Namen des Humanismus durch Feldgerichte der Roten Armee abgeurteilt.

Anders sah es dann schon nach 1945 und in Ländern mit zwielichtiger faschistisch-kapitalistischer Allianz aus, in denen die Arbeiter und Bauern immer unterdrückt und ausgebeutet wurden. Zwar verkündete das Potsdamer Abkommen im August 1945 die Notwendigkeit einer Denazifizierung Deutschlands, aber gab es dafür auch geeignete Kräfte?

Lassen wir zunächst einmal Zahlen sprechen: Der Krieg der Faschisten forderte über 50 Millionen Tote; und nun zu den Aburteilungen durch nicht mar-

xistisch-leninistische Revolutionsgerichte, sondern durch stinknormale bürgerliche Gerichte: 806 Todesurteile wurden ausgesprochen, nur 486 vollstreckt. 50 000 000 versus 486. (Vergleiche Hans Bauer, Vorwärts! Und nicht vergessen!, in: Freidenker, Nr. 3, 2019,14).

Dieser Vergleich zeigt schon, wie schwer sich bürgerliche Gerichte mit den größten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte tun, ja, ihre Affinität zu diesen wird an einem Beispiel deutlich, das uns Hans Bauer übermittelt hat: Die Sowjetarmee übergab 1950 gefangengenommene Nazis den DDR-Behörden zur Aburteilung, 3.433 kamen in Waldheim (damals Landgerichtsbezirk Chemnitz) vor Gericht. In diesen sogenannten Waldheim-Prozessen wurden 32 Todesurteile gesprochen und davon 24 vollstreckt. Nach der Einverleibung der DDR gab die BRD-Justiz bekannt, dass die Verurteilungen von Waldheim mit den wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar seien. Die Nazis wurden von der BRD-Justiz rehabilitiert, sechs DDR-Richter und Staatsanwälte strafrechtlich verurteilt. (Vergleiche a.a.O.,14f.). Für Humanisten ist das pervers, für die BRD-Justiz alltägliche Rechtspraxis im Geiste Roland Freislers. Wer die Auffassung vertritt, mit dieser Justiz gegen die AfD vorgehen zu können, gehört ganz einfach eingefangen und unter die Kängurus in Australien ausgesetzt.

In seiner Rede über die politische Moral sagte Robespierre am 5. Februar 1794, die Feinde des Volkes zu bestrafen sei Gnade, ihnen verzeihen Barbarei.

Sind keine Marxisten-Leninisten führend an der Ausrottung der faschistischen Barbarei beteiligt, liegt diese unter dem Etikett ‚Entnazifizierung‘ bereits wieder vor.

Es ist eine Illusion, zu behaupten, sozialdemokratische, grüne und weitere kleinbürgerliche und bürgerliche Parteien werden mit der AfD schon fertigwerden. Die fatale deutsche Vergangenheit und der massive Polizeieinsatz gegen Anti-AfD-Demonstrantinnen und Demonstranten sprechen eine andere Sprache und zeigen die faschistische Fratze des deutschen Bourgeois.

Nur die geschlossen handelnde deutsche und internationale Arbeiterklasse im Bündnis mit den ausgesaugten Kleinbauern können den Faschismus besiegen.

„Ihr (die Bürgerlichen/H.A.) gesteht also, daß ihr unter der Person niemanden anders versteht als den Bourgeois, den bürgerlichen Eigentümer. *Und diese Person soll allerdings aufgehoben werden*“. (Marx, Engels: Manifest, a.a.O.,477. Kursiv/H.A.). Deshalb gebührt den Kommunistinnen und Kommunisten die Führung im antifaschistischen Kampf.

Klimawandel und Kapitalismus

Yana Zavatsky, Michael Kubi: Wer ist schuld an der Klimakrise?

Die angeblich fortschrittliche Grüne Jugend behauptet, dass die Schuld des Klimawandels bei dem normalen Bürger liegt.

Also ein durchschnittlicher Arbeiter oder Angestellter soll schuld an der Klimakrise sein, weil er sich erlaubt, Schnitzel zu essen und zu faul ist, mit dem Fahrrad statt dem Auto zu Arbeit zu kommen. Dazu will er noch in den Urlaub mit dem Flugzeug fliegen. Der deutsche Arbeiter lebt einfach zu gut, so die Grünen.

Die Ökoaktivisten haben nur ein Problem: nicht viele Menschen wollen diese Schuldzuweisung so annehmen. Sie glauben einfach nicht an die eigene Schuld. Und können nicht begreifen, dass Verzicht auf Schnitzel und Urlaub die Erde rettet. Die Mehrheit will ihren „Lebensstil“ berechtigterweise nicht ändern. Durch eine sogenannte CO2-Steuer sollen aber die Lasten des Klimawandels auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragen werden, denn nur eine Änderung unseres Konsumverhaltens durch überhöhte Preise für Lebensmittel und Heiz- und Stromkosten könne das Klima „retten“.

Uns geht es bei diesem Artikel nicht darum, die Realität des Klimawandels zu bestreiten, sondern darum zu klären, wer die eigentliche Schuld daran trägt. Wir vertreten die Position, dass die Ursache nicht im Konsum der arbeitenden Bevölkerung liegt und vertreten nicht die Position, dass eine Erhöhung der Preise durch eine CO2-Steuer das Klima retten wird. Als Kommunisten müssen wir uns die gesellschaftlichen Verhältnisse anschauen, müssen wir die Art

und Weise, wie unsere Wirtschaft funktioniert, unter die Lupe nehmen. Denn die Kenntnis über die Art und Weise, wie eine Gesellschaft ihre Wirtschaft organisiert, ermöglicht es uns, die Ursachen sämtlicher gesellschaftlichen Probleme und mögliche Lösungen zu analysieren.

1). Freie Marktwirtschaft

Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft. Diese wird dadurch definiert, dass die Produktionsmittel, also die Fabriken in Industrie und Handel sowie die Banken, in den Händen einiger weniger Eigentümer sind. Diese Privateigentümer nennen wir Kapitalisten oder Bourgeoisie. Jene, die über kein Eigentum an diesen Produktionsmitteln verfügen, bezeichnen wir als Proletariat.

Wenn jedoch Grund und Boden, Fabriken, Banken etc. in den Händen einiger Kapitalisten sind, so haben diese einen großen Einfluss auf die Art und Weise des Wirtschaftens, von dem das Proletariat im Wesentlichen ausgeschlossen wird. Angeblich wird ja alles über einen „freien Markt“ reguliert. Das heißt aber im Umkehrschluss, die einzelnen Kapitalisten produzieren darauf los in der Hoffnung, dass ihr Produkt irgendwie verkauft wird. Die kapitalistische Produktion ist auf quantitatives Wachstum ausgelegt: Es muss stets mehr produziert und mehr verkauft werden, die „Wirtschaft“ muss wachsen, ob das Produzierte gesellschaftlich sinnvoll ist, spielt keine Rolle.

Da aber die einzelnen Unternehmen nicht genau wissen, was der andere produziert, gleichzeitig aber mit dem anderen in Konkurrenz stehen, kann es immer wieder zu Disproportionen kommen bis hin zu Wirtschaftskrisen. Und es wird viel Müll produziert. Müll im wörtlichen Sinne (man denke nur an die Unmengen an Plastikmüll und Werbeprospekten) und Müll im übertragenen Sinne – damit etwas regelmäßig verkaufen werden kann, dürfen die produzierten Waren nur eine begrenzte Haltbarkeit haben. Würde man z.B. Smartphones oder andere technische Geräte langlebig produzieren, stünden die Kapitalisten vor dem Problem, dass sie bald nicht mehr so viele verkaufen könnten, da jeder dann eins hätte. Baut man aber Schwachstellen ein (z. B. Akkus, die nicht lange halten und nicht ausgetauscht werden können und Reparaturen dazu teurer wären als eine Neuanschaffung), müssen sich die Menschen zwangsweise neue Produkte kaufen.

Über eine raffiniert funktionierende Propagandamaschinerie, im kapitalistischen System Werbung genannt, werden mit psychologischen Tricks die

Menschen dazu verführt, auch Produkte zu kaufen, für die sie keinen Bedarf haben (zum Beispiel, weil irgendein untalentierte „Popkünstler“ eine spezielle Marke trägt). Das Sprichwort aus „Scheiße Gold machen“ wird im Kapitalismus zur zynischen Realität. Die daraus resultierende Verschwendung an Rohstoffen und der einhergehende CO₂-Ausstoß sind unermesslich. Unser Beispiel mit den Smartphones ist dabei nur die Spitze des Eisbergs und eher ein geringes Problem. So z.B. vernichtet Amazon nur in deutschen Lagern täglich neue und neuwertige Waren im Wert von Zehntausenden Euro. Und Riesengebäude von neuen, unverkauften Autos verrotten auf Autofriedhöfen.

Solange Privateigentum an den Produktionsmitteln, Warenwirtschaft und Konkurrenz existieren, sind diese Phänomene unvermeidbar: anarchische, ungeplante Produktion bringt der Welt immer zu viele Waren, mehr als die Menschen kaufen können, und große Teile davon werden vernichtet und belasten die Umwelt.

Auch Werbeprospekte und Verpackungen sind absolut unvermeidlich, um in der Konkurrenz des „freien Marktes“ mithalten zu können. Diese Tonnen an Papier und Plastik werden täglich nur im Namen von Konkurrenz und so genannter freier Marktwirtschaft produziert, nur um die Menschen dazu zu bringen, noch mehr, noch unnötiger einzukaufen und die Verpackungen, sowie nicht verbrauchte Waren landen danach im Müll.

Diejenigen, die nicht über das Eigentum an den Produktionsmitteln verfügen, werden aus allen wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und lediglich zu Konsumenten degradiert. Aber die Menschen müssen von etwas leben: Weil der Mensch eben Mensch ist, braucht er was zu Essen, Kleidung und Obdach. Aber er hat keinen Einfluss darüber, wie das produziert wird.

Die Vorstellung, dass durch Änderungen im Konsumverhalten, die Welt etwas gerechter wird und der Umwelt geholfen wird, sind pure Illusion. So fanden z. B. Wissenschaftler der Londoner Universität heraus, dass die Löhne in Betrieben in Uganda und Äthiopien ohne Fairtrade-Label zum Teil nicht nur ähnlich hoch, sondern sogar höher und die Arbeitsbedingungen besser waren. "Laut unseren Untersuchungen war Fairtrade kein effektiver Mechanismus,

um das Leben der ärmsten Landbevölkerung, der angestellten Arbeiter, zu verbessern", so die Studie².

Kathrin Hartmann hat in ihrem Buch „Ende der Märchenstunde Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt“ nachgewiesen, dass große Konzerne den Markt der „alternativen“ Produkte dominieren und rückt damit dem Glauben zu Leibe, dass durch „richtiges“ Einkaufen, also Änderungen im Konsumverhalten, die Welt veränderbar sei. Nur als kleines Beispiel: die von manchen Lifestyle-Ökos gepriesenen Avocados, Quinoas und andere „Superfoods“ schaden der Umwelt und beuten Arbeitskräfte aus. Denn die Bauern in den armen Ländern verkaufen lieber ihre Produkte, anstatt sie selbst zu essen. Die Nährstoffe, die bei uns im Supermarkt landen, fehlen dann auf den Tellern der einheimischen.

Doch damit nicht genug: die erhöhte Nachfrage lässt die Preise in die Höhe steigen, wodurch auch die Produktion gesteigert werden soll. Das erfordert mehr Anbauflächen und erzeugt damit Lebensraumzerstörung und einen höheren Wasserverbrauch. Eine Studie der renommierten Fachzeitschrift „Nature“ hat nachgewiesen, dass selbst die viel gepriesene „Bio-Landwirtschaft“ klimaschädlich sein kann. Die Erzeugung von ökologischen Lebensmitteln kann zu erheblich höheren Emissionen führen als die konventionelle Landwirtschaft. Grund hierfür ist die Tatsache, dass die Erträge pro Hektar niedriger sind, sodass größere Anbauflächen notwendig sind. Dies führt u.a. dazu, dass Wälder abgeholzt werden müssen. Zwar habe die biologische Landwirtschaft ihre Vorteile, das hänge jedoch eher von den produzierten Lebensmitteln ab (Hühner aus Bio-Haltung belasten die Umwelt nicht so stark wie die Bio-Haltung von Rindern), so die Forscher.³¹

Jedoch vergessen die Forscher, dass es die Märkte und damit die Monopole sind, die maßgeblich bestimmen, was und wie produziert wird.

Dieser „Grüne Lebensstil“ schadet der Umwelt mehr, als dass er ihr nutzt. In der kapitalistischen Produktion gibt es so etwas wie „Fairness“ nicht, einfach aus dem Grund, dass man, wenn man sich gegen Konkurrenten in der Wirtschaft durchsetzen will, eben skrupellos auf alle Mechanismen der kapitalisti-

² <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/00220388.2016.1208175>).

³ <https://www.nature.com/articles/s41586-018-0757-z>

schen Produktion zurückgreifen muss: Konkurrenz auf dem Markt und Ausbeutung der Ware Arbeitskraft.

Die Regierung, sei sie nun von CDU, der SPD, der FDP oder den Grünen in welcher Koalition auch immer geführt, vertritt nicht die Interessen der arbeitenden Menschen, sondern die der Monopole, Konzerne und Banken – also der Kapitalisten. Folgerichtig erlässt die Regierung Gesetze, die den Kapitalisten nutzen. Die Gesetze zur CO₂-Steuer sind so ausgerichtet, dass sie den Monopolen nicht schaden. Die Monopolisten der Automobilkonzerne, der Chemie und Elektrizität haben ebenso wenige Nachteile hierdurch wie das Finanzkapital. Und genau deswegen kann die Regierung nur Beschlüsse in einzelnen, kleinen Punkten verabschieden, konkret nur zur CO₂-Reduktion und dies nicht einmal in einem Maße, dass das CO₂ real reduziert würde. Kein Sterbenswörtchen zu Stickoxiden, Feinstäuben, Plastikpartikeln, Wasserverseuchung, Bodenvernichtung, Lebensmittelbelastung und Medizinprodukten.

Die größten CO₂-Ausstöße produzieren die Großkonzerne. Nur 100 Unternehmen sind für fast drei Viertel der industriellen Treibhausgas-Emissionen weltweit verantwortlich. Zu den privaten Konzernen mit den höchsten Emissionen gehören ExxonMobil, Shell, BP, Chevron, Total und BHP Billiton. Der deutsche Energiekonzern RWE belegt Platz 41.⁴

Beispielsweise hatte eine Studie des „NABU“ (Naturschutzbund) gezeigt, dass nur 15 Containerschiffe so viel CO₂ produzieren wie 780 Mio. Autos⁵. Wir können davon ausgehen, dass Deutschland als imperialistisches Zentrum und „Exportweltmeister“ hier sicherlich seine Hände im Spiel hat, also das Deutsche Kapital Miteigentümer ist. Freihandelsabkommen und weitere Profitmaximierung werden dieses Problem sicherlich vergrößern und ärmere Länder zunehmend in die Abhängigkeit treiben.

Es wird täglich viel mehr produziert, als die Menschen je kaufen können. Bei jeder Produktion werden Unmengen Energie verbraucht, die bis jetzt meistens

⁴ <https://utopia.de/nur-100-unternehmen-produzieren-71-prozent-der-industriellen-treibhausgas-emissionen-57116/>

⁵ https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/verkehr/140623-nabu-hintergrundpapier_containerschifftransporte.pdf

in Kohlenkraftwerken produziert wird. Auch die Gewinnung der Rohstoffe ist mit Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß verbunden. Die Endproduktion wird nur teilweise verkauft: es herrscht Konkurrenz. Man erzählt uns, Konkurrenz ist gut für die Wirtschaft, am Ende aber landen die Bergen von unverbrauchten Konsumgütern im Müll, werden vernichtet.

Auch sinnlose Forderungen nach idealen Maß und Verpackung verhindern nicht, dass die überflüssige Produktion vernichtet wird.

2). Arbeitsmarkt und Verkehr

Der Individualverkehr im Kapitalismus ist eine Katastrophe. Mit dem veralteten Fortbewegungsmittel Auto kann heute in den Großstädten kein Massenerverkehr mehr aufrechterhalten werden. In den Staus bewegt sich eben nichts, völlig egal ob mit Diesel oder mit Elektromotor.

Der Arbeitsmarkt fordert Flexibilität. Wer einen guten Arbeitsplatz haben will, muss bereit sein, nicht nur umzuziehen, sondern auch längere Wege in Kauf zu nehmen⁶.

Der Weg zur Arbeit wird einer neuen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge immer länger. Zwischen 2000 und 2014 stieg demnach die mittlere Pendeldistanz sozialversicherungspflichtig Beschäftigter von 8,7 auf 10,5 Kilometer. Das entspricht einem Anstieg von 21 Prozent, wie das IAB mitteilt. Der Anteil von Pendlern mit Kurzstrecken von bis zu fünf Kilometern ist den Forschern zufolge zurückgegangen. Dagegen legen immer mehr Arbeitnehmer Distanzen von bis zu 50 Kilometer zurück. Über die Pendeldistanz entscheidet der Studie zufolge auch das Bildungsniveau. Arbeitnehmer mit einem Hochschulabschluss pendeln demnach mit 14,5 Kilometern am weitesten. Menschen ohne Schulabschluss haben mit 8,8 Kilometern und Arbeitnehmer mit Berufsabschluss mit 10,5 Kilometern deutlich kürzere Anfahrtswege. Aber auch das scheint sich langsam zu ändern: Bei den Niedrig- bis Mittelqualifizierten sind die Pendeldistanzen mit 22 beziehungsweise 18 Prozent stärker angestiegen als bei Hochqualifizierten (sieben Pro-

⁶ <https://www.wiwo.de/erfolg/jobsuche/arbeitsweg-pendler-legen-immer-groessere-distanzen-zurueck/21183886.html>

zent). Ein Grund dafür sei offenbar ein gestiegener Bedarf an Flexibilität im Job, so die Forscher.

Gleichzeitig ist der öffentliche Nah- und Fernverkehr so desaströs, dass viele auf ihren PKW angewiesen sind.

Der öffentliche Verkehr ist oft nicht weniger teuer als ein Auto, aber in jedem Fall sehr unflexibel. Wer zu Arbeit eine Stunde zu früh kommen muss, weil der Zug nur so früh kommt, oder gar keinen Zug oder Bus findet, wenn er bereits um 6 Uhr morgens auf der Arbeitsstelle sein soll, muss nach Alternativen suchen. Der öffentliche Verkehr wird nicht weiter ausgebaut, es gibt keine Lösungen für die Arbeiter und Angestellten, die zur Arbeit müssen, wenn zu gegebener Zeit Busse und Bahnen nicht fahren. Bei normalen Arbeitszeiten müssen die Menschen eingequetscht in vollen Waggons fahren. Schon ein Umstieg verwandelt den Arbeitsweg in ein tägliches Abenteuer. Ausfälle bei Bus und Bahn machen den Stress der Fahrtwege noch ungemütlicher.

Dazu kommt noch die Notwendigkeit, mal ein Kind oder die Oma zum Arzt zu bringen, einzukaufen und viele kleine tägliche Verrichtungen vorzunehmen, für die das Fahrrad oder der Bus vielleicht gar nicht in Frage kommen.

Davon profitiert die deutsche Autoindustrie. Die Autokredite sind billig, und ein eigener Wagen ist oft die einzige Möglichkeit, die Arbeitsstelle überhaupt zu erreichen.

In der Automobilindustrie erleben wir in Deutschland einen Niedergang. Ob bei Opel, Daimler, Audi oder den Zulieferern, es werden tausende Arbeitsplätze gestrichen. Die Fabriken verpesteten aber gleichzeitig die Umwelt.

Wie können Kommunisten diesen Widerspruch zwischen Erhalt der Arbeitsplätze auf der einen Seite und Kampf gegen Umweltverschmutzung auf der anderen lösen? In der Betriebsarbeit sollte verdeutlicht werden, dass, egal welchen Weg die Bourgeoisie auch einschlägt, diese niemals die Interessen der Arbeiterklasse vertreten kann. Der Kampf um den Erhalt der verbliebenen Arbeitsplätze durch Betriebsräte, Streiks und andere Formen des Arbeitskampfes ist nur der erste Schritt von vielen Kämpfen. Der entscheidende Aspekt muss die Machtfrage sein, da die Zeit längst reif ist für die Enteignung der Monopolbetriebe. Dies wäre die Aufgabe der Kommunisten in den Betrieben. Denn nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel lassen

sich nicht nur Arbeitsplätze sichern, sondern die Wirtschaft im Interesse der arbeitenden Menschen rational planen, womit ein menschenwürdiges Leben erst möglich wird; dies käme auch der Umwelt und dem Klima zugute (z. B. durch Ausbau des öffentlichen Verkehrs).

3). Kriege und Militär.

Auch wenn jeder in Deutschland nur mit dem Fahrrad fahren und sich vegetarisch ernähren würde, wird das Kapital nicht aufhören, Kriege zu führen. Seien es direkte Angriffe wie in Jugoslawien oder Libyen, oder indirekte durch die Unterstützung terroristischer und faschistischer Kräfte, wie in Syrien oder der Ukraine – die Kriege werden immer wieder geführt. Die Produktion von Waffen, Panzern, Militärflugzeugen etc. erfordert immensen Mengen an Energie, stößt CO₂ aus und nutzt keinem Menschen außer einem kleinen Haufen Rüstungsproduzenten. Ein Teil dieser Kriegsproduktion wird nie verbraucht und landet früher oder später im Müll oder wird vernichtet. Der andere Teil wird in Kriegen verbraucht und bringt Tod, Zerstörung und... auch unnötige und riesige Ausstoße von CO₂.

Imperialismus geht immer mit Krieg einher, zunehmende Rüstung und Konfrontationen mit Russland und China dienen den Interessen der Bourgeoisie. Durch eine CO₂-Steuer lassen sich, wie durch andere Steuererhöhungen auch, Kriege und Aufrüstung im Interesse des Kapitals zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung finanzieren.

Das sind nur einige Momente, die die Situation des Klimawandels bestimmen, und für die gibt es einen übergreifenden Begriff: KAPITALISMUS.

Der Kapitalismus ist daran schuld, dass das Klima zugrunde geht.

Gibt es eine Lösung dieser Probleme innerhalb Kapitalismus?

Man hat bereits angefangen, eine Scheinlösung umzusetzen: die CO₂ Steuer wird eingeführt. Wie „Der Spiegel“ sich ausgedrückt hat: „Verbrauch fossiler Energie soll teurer werden, aber ohne Bürger auf die Barrikaden oder in die Arme von Populisten zu jagen“⁷.

⁷ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/klimaschutz-wie-funktionieren-co2-steuer-und-emissionshandel-a-1287032.html>

Wird das aber klappen? Neben der Erhöhung der Benzinpreise werden auch die Lebensmittelpreise sowie alle Warenpreise, zusammen mit den Transportkosten steigen. Umweltschutz auf Kosten der Mehrheit arbeitender Menschen? Das soll uns natürlich nicht wundern, denn das ist mehr als typisch für den Kapitalismus. Dabei denkt keiner daran, unnötige Werbung- und Verpackungsproduktion zu stoppen. Keiner schlägt vor, Bundeswehrübungen zu kürzen oder Waffenproduktion zu stoppen.

Und noch ein wichtiges Moment: Auch wenn ganz Europa auf Autos und Flüge verzichten würde, wie kann man die anderen Staaten dazu zwingen, dasselbe zu tun? Die Erdatmosphäre kennt keine Grenzen. Man kann selbstverständlich versuchen, anderen Ländern die Industrialisierung zu verbieten, aber letztendlich führt das zu neuen Kriegen und somit zur weiteren Zerstörung der Umwelt und Ausstoße der Treibhausgase.

4). Gibt es überhaupt eine Lösung?

Diese angerissenen Probleme (und sie sind die Spitze des Eisberges) können unter kapitalistischen Produktionsbedingungen nicht gelöst werden. Die Anarchie der kapitalistischen Produktion erlaubt es nicht, Probleme, seien sie nun gesellschaftlich oder ökologisch, langfristig und vor allem rational zu lösen – siehe CO₂-Steuer. Sicherlich führt der Klimawandel als solcher nicht zum Weltuntergang, verbunden mit der kapitalistischen Produktionsweise wird er jedoch bestehende Probleme verschärfen. Die Lösung der Umweltprobleme können langfristig nur gelöst werden, wenn die Produktionsmittel vergesellschaftet werden.

Im Sozialismus ist Schluss mit der Ausbeutung der arbeitenden Menschen. Die Produktionsmittel – die Fabriken und Maschinen – gehören nicht mehr der Kapitalistenklasse, der Bourgeoisie, sondern sind gesellschaftliches Eigentum und die Produktion der materiellen Güter unterliegt einer gesamtgesellschaftlichen, am realen Bedarf orientierten Planung. Der Sozialismus wiederum ist eine Vorstufe des Kommunismus, einer Ordnung menschlichen Zusammenlebens, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« Klar, damit es dazu kommt, muss natürlich allerlei getan werden: Arbeiter und andere Werktätige müssen ihr lange verschüttetes Klassenbewusstsein wiederentdecken, eine marxistisch-leninistische Partei muss im Klassenkampf die Führung übernehmen, der

revolutionäre Bruch mit dem kapitalistischen System und der Herrschaft der Monopolkonzerne muss vollzogen und die Diktatur der Arbeiterklasse errichtet werden.

Die anarchistische Produktionsweise mit unnötiger Werbung und Verpackungsmüll, Überproduktionskrisen und Vernichtung wertvoller Rohstoffe wird durch eine rationale Planung der Wirtschaft ersetzt, bei der die Ressourcen sinnvoll und schonend eingesetzt werden.

Die Überschüsse werden nicht vernichtet oder weggeworfen, denn es gibt keine Notwendigkeit, Preise hoch zu halten. Auch der Einsatz der Arbeitskräfte wird geplant.

Um die großen Betriebe kann man die Wohnungen für Arbeiter errichten. Die Arbeits- und Wohnstellen sollen zusammen integriert werden, so wie es der Fall in der Sowjetunion war. In jedem Wohnviertel soll ein gutes Lebensmittelgeschäft, ein Kindergarten, Arzt und alles, was man für Leben sonst benötigt, vorhanden sein. Dann hat man nur selten die Notwendigkeit, überhaupt weit weg zu fahren.

Dazu kommt der Ausbau eines breiten Netzes des öffentlichen Verkehrs. Jeder soll kostenlos oder für einen kleinen Preis reisen können.

Durch den Verzicht auf Kriege (denn Sozialismus und Kommunismus produzieren keine Ursachen mehr für Kriege) und die Freundschaft und Zusammenarbeit der Völker wird die Umwelt ebenfalls geschont.

Natürlich ist der Sozialismus auch kein „Heilsversprechen“, es gab ja auch nicht zu verachtende Umweltprobleme in der DDR und der Sowjetunion. Dennoch liefert der Sozialismus Möglichkeiten (und lieferte sie auch historisch) klimaschonender zu wirtschaften. Sicherlich wird ein sozialistischer Staat noch lange Zeit auf fossile Energieträger angewiesen sein. Gleichzeitig bestehen aber die Möglichkeiten, die Forschung in andere Energieressourcen (neben den „erneuerbaren Energien“ auch die Kern- und Fusionskraft) zu fördern. Weiterhin bestehen auch technische Möglichkeiten, CO₂ und andere Treibhausgase „einzufangen“ und für andere Bereiche zu recyceln (z. B. für Gewächshäuser), sodass Treibhausmissionen sinnvoller eingesetzt werden können.

Natürlich wird ein sozialistisches Deutschland, vor allem wenn es noch isoliert ist, stark auf Rüstungsindustrie setzen müssen, um die Revolution zu verteidigen. Gleichzeitig wird es aber keine Angriffskriege aus Profitinteresse führen. Ein Großteil der Umweltzerstörung ist auf solche Raubkriege zurückzuführen.

Ein anderer Aspekt ist die rücksichtslose ökonomische Ausbeutung anderer Länder, die dem Sozialismus fremd ist.

Die sozialistische Ökonomie vermeidet eine Ressourcenverschwendung, wodurch viele Produkte länger halten und nicht weggeworfen werden.

Die sozialistische Landwirtschaft wird umgestaltet, sodass Lebensmittel hauptsächlich vor Ort produziert werden und keine unnötig weiten Transportwege haben; Lebensmittel werden auch nicht aufgrund von Überproduktionskrisen vernichtet. Die Wunschvorstellungen der Öko-Bewegung regional einzukaufen und möglichst auf Müll wie Plastikverpackungen zu verzichten, war im Sozialismus gelebte Praxis.

Nein der Sozialismus ist kein „Heilsversprechen“, er ist aber die einzige Alternative diese „Klimaprobleme“ potentiell zu lösen – selbst bei allen vorhandenen Schwierigkeiten. Eins wissen wir ganz genau: Kapitalismus kennt sicher absolut keine Lösung des Klima-Problems.

Nur Frieden, Zusammenarbeit aller Völker, Planwirtschaft, geregeltes Arbeitsleben, öffentlicher Verkehr, neue Forschung und Ausbau umweltfreundlicher Methoden der Produktion und Energiegewinnung – das alles zusammen ist die Lösung des Klima-Problems.

Es gibt nur eine Lösung: Sozialismus.

Kommunistische Partei der Schweiz: Die Klimastreiks vor einem Scheideweg

In der aktuellen Klimadebatte ergreifen auch die beiden Zeitungen der italienischen Schweiz, «Corriere del Ticino» und «La Regione», Partei. Die erste Zeitung, die sich an einer liberal-konservativen redaktionelle Linie orientiert, tendiert dazu, der Kritik an Klimastreiks Raum zu geben, während die andere deren Vorhaben lobt und eine für die europäische und “liberale” Linke typische Linie vertritt.

Als Marxist fühle ich mich von beiden Ansätzen weit entfernt: wenn der erste die Beschränktheit der wachstumsfeindlichen “Degrowth” -Ideologie richtig sieht, so gelten seine Sorgen eigentlich nur der Tatsache, dass die Dogmen des kapitalistischen Produktionsmodells von den neuen Generationen in Frage gestellt werden; der zweite, der zu Recht die sparsame Nutzung der natürlichen Ressourcen als wichtig markiert, betont nachdrücklich die “ethisch-individualistischen” Tendenzen derjenigen, die – mit politischer Intelligenz, muss man sagen – die Vermarktung von “Fridays for future” verwalten.

In der online-Ausgabe von «La Regione» vom 18. Januar 2020 lese ich einen Kommentar des Journalisten Lorenzo Erroi, der – in einer Polemik mit den Kollegen des «Corriere del Ticino» – zugibt: “Es ist wahr, dass ein Teil der Bewegung sich mit dem radikalsten Flügel der Linken und dessen Utopien und antikapitalistischen Impulsen überlappt. Und es ist ebenso wahr, dass manchmal auf der Strasse eine Logik des „Wir gegen sie“ herrscht, welche Regierungen und Unternehmen insgesamt dämonisiert. Die grundlegende Rolle der Mobilisierung bleibt in der Abrechnung mit individuellen Lastern und Konsumverhalten“.

Indem Erroi die Klimastreiks verteidigt, schwächt er sie in Wirklichkeit und hilft, sie unschädlich zu machen. Die Behauptung, dass dieselben der Selbstkritik betreffend des individuellen Konsum dienen sollen, ist gerade der beste Weg zur Propaganda jener Vision, die ich oben als “ethisch-individualistisch” definiert habe: einer Vision, die dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem völlig immanent ist, das sich gewiss ein “grünes” Make-up für seine Selbstreproduktion verpassen wird: die multinationalen Konzerne, die Armeen, die Banken usw. werden diese Wiedergeburt der ökologischen Sensibilität fördern, um einen neuen Schub der Ausbeutung von Arbeitnehmern und zum Ausbau des

Kriegsapparats zu rechtfertigen, wobei jedoch die Aufmerksamkeit der jungen Menschen von wirklich einschneidenden sozialen Reformen (auch für die Umwelt) auf vornehmlich auf die Fassade gerichtete grüne Reformen gelenkt wird, wie die unsoziale CO₂-Steuer, welche die Arbeitenden bezahlen werden!

Und während eine gewisse radikal-chique Linke die “Laster” der breiten Volksschichten kritisiert (die, auf den Punkt gebracht, mit dem Billigflugzeug reisen und Fleisch essen!), können Arbeitgeber und Bourgeoisie ruhig schlafen: denn das konfliktorientierte Anliegen, das in den Klimastreiks hervortritt und seinem Klassengehalt nach nicht mit dem Absingen abstrakter Parolen begnügt, sondern richtigerweise konkret diejenigen identifiziert, die für die Verschlechterung der Natur verantwortlich sind, das wird auch seitens der “befreundeten” Presse verurteilt, welche die Jungen einlädt, ... Banken nicht zu “dämonisieren”.

Wenn die Klimabewegung eine solche Wendung nimmt, indem sie zur Kritik am individuellen Konsum, zur veganen Propaganda oder zum Kult des modischen Neo-Pauperismus abdriftet, dann wird sie in einer Seifenblase enden. Wenn es andererseits gelingen wird, wie es heute in einigen Kantonen der Schweiz der Fall ist, eine Klassenlinie aufrechtzuerhalten, mit den Arbeiter- und Studentengewerkschaften zusammenzuarbeiten und nicht bloss soziale Rechte einzufordern (z. B. öffentliche Verkehrsmittel, die in Richtung Nulltarif gehen), sondern auch eine einschneidende Planung der produktiven Entwicklung unter Vorrang der Kollektivs vor den Profiten (z. B. mit gesetzgeberischen und steuerlichen Massnahmen gegen multinationale Unternehmen, die arme Länder verwüsten und in schmutzige Energie investieren), dann – und nur dann – können wir sagen, dass die Klimastreiks es geschafft haben, das Land vorwärts zu bringen.

Kommunistischen Partei (Schweiz),

Massimiliano Ay, Generalsekretär

Diskussion über die Volksfronttaktik

Thanasis Spanidis: Für eine Diskussion ohne „heilige Kühe“

Eine Erwiderung auf Richard Corell zur Einschätzung des VII. Weltkongresses der Komintern

Vor etwa zweieinhalb Jahren, im Jahr 2017 hatte ich einen Diskussionsbeitrag unter dem Titel „Der VII. Weltkongress der Komintern und seine Folgen. Für eine kritische Neubewertung der antifaschistischen Politik der Komintern“ verfasst und auf der damaligen Website „wieweiter.net“ veröffentlicht. Nun hat der Genosse Richard Corell in den Ausgaben 367 und Ausgabe 368 der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ) eine zweiteilige Erwiderung auf diesen Text geschrieben⁸. Auch wenn sein Ton dabei über weite Strecken unangemessen ist, ist das erfreulich und verdient Anerkennung. Denn die Diskussionskultur ist in der heutigen kommunistischen Bewegung immer noch unterentwickelt. Die Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Standpunkten kann sogar dann eine gute Sache sein, wenn sie, wie bei Corell, in überspitzter und polemischer Form vorgetragen wird.

Bevor ich mich mit den Argumenten des Genossen Corell beschäftigen werde, sind dennoch einige Worte zu seiner grundlegenden Haltung der Diskussion gegenüber zu verlieren. Sein zweiteiliger Text ist eine einzige, vor Wut schäumende Polemik gegen ein vermeintliches Linkssektierertum. Möglicherweise liegt das daran, dass er die Intention meines Diskussionsbeitrages von 2017 völlig missverstanden hat – Er war eben als Diskussionsbeitrag, als Aufschlag zur Diskussion, als erste Infragestellung von bisher weitgehend unhinterfragten Standpunkten in der deutschen kommunistischen Bewegung gedacht. Er war nicht das Ergebnis jahre- oder jahrzehntelanger kollektiver Forschung. Er beanspruchte nicht, fertige Schlussfolgerungen zu präsentieren, an denen nicht mehr gerüttelt werden darf – ganz im Gegenteil zur Intention

⁸ Richard Corell: „Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale – ein Schwenk nach rechts?“ Teile 1 und 2, Kommunistische Arbeiterzeitung, Ausgaben 367 und 368. www.kaz-online.de

Corells, für den es offenbar keinen Zweifel an irgendeiner Aussage Dimitroffs geben darf. Das ist der rote Faden von Corells Antwortartikel: Jede Kritik, jede Infragestellung von Standpunkten, die jahrzehntlang in der kommunistischen Weltbewegung fest zum Kern der strategischen Ausrichtung und politischen Identität gehört haben, ist ein Sakrileg und darf nicht sein. Auf dieser Grundlage wird sich eine Diskussion nur schwer führen und eine Klärung nur schwer herbeiführen lassen. Versuchen wollen wir es trotzdem.

Ich werde im Folgenden versuchen, mich kurz zu halten und auf ein paar wesentliche Aspekte zu beschränken. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den verschiedenen Fragen, die durch den VII. Weltkongress berührt werden, wird im Rahmen des kommunistischen Klärungsprozesses eine kollektive Aufgabe für die Zukunft sein. Dafür hat die Kommunistische Organisation sieben thematische AGs aufgestellt, in denen auch Außenstehende sich konstruktiv einbringen können, um zur Klärung der umstrittenen Fragen beizutragen. Die bisherigen Ergebnisse lassen sich auf der Plattform BolscheWiki nachlesen (wiki.kommunistische.org).

Richtigerweise hebt Corell die aktuelle Bedeutung der Diskussion um den VII. Weltkongress hervor:

„Es geht aber um einige zentrale Fragen kommunistischer Politik und um z.T. sehr aktuelle Probleme: Wie kommt die Arbeiterklasse an die Revolution heran? Sind auf dem Weg zur Revolution „Übergänge“, Übergangsetappen, Übergangsstadien zu berücksichtigen? Welche Bedeutung haben dabei die Tageskämpfe um Arbeit und Lohn, gegen Faschismus und Krieg, die Kämpfe um Reformen? Mit wem kann und muss sich die Arbeiterklasse verbünden, mit wem die Kommunisten?“ KAZ Ausgabe 367

Gerade diese Fragen sind es, in denen Corell und ich zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen. Entscheidend für meine Sichtweise auf den VII. Weltkongress und überhaupt kommunistische Geschichte ist, dass wir aus heutiger Sicht, im Lichte der Erfahrungen vergangener Jahrzehnte zu anderen Erkenntnissen kommen können, als es den Genossen zur damaligen Zeit möglich war. Denn politische Einschätzungen entstehen nie im historischen Vakuum, sondern immer durch die Verarbeitung bestimmter Erfahrungen. Dies bedeutet ausdrücklich auch, dass die heutige kritische Sichtweise auf einige Beschlüsse des VII. Weltkongresses oder andere Fehlentwicklungen nicht den

Charakter einer Abrechnung, einer Entsorgung der eigenen Geschichte haben darf. Eben weil wir betonen, dass es sich um unsere Geschichte handelt, müssen wir analysieren, zu welchen späteren Entwicklungen bestimmte Entscheidungen geführt haben. Dabei kann es vorkommen, dass auch mal über das Ziel hinausgeschossen wird. Wenn dies bei meinen Ausführungen irgendwo der Fall war, bin ich dankbar für jede konstruktive Kritik.

Die Diskussion um die Staatstheorie

Die Diskussion um die Analyse des bürgerlichen Staates führen wir im Rahmen der AG „Formen bürgerlicher Herrschaft“. Dabei geht es auch um solche Fragen wie die Einschätzung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, das Verhältnis von Monopolkapital und Staat oder die Analyse des faschistischen Staates.

Hat Dimitroff zu diesen Fragen fragwürdige Einschätzungen getroffen? Seine Bestimmung des Faschismus als „*offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals*“ stellt zwar einerseits richtigerweise heraus, dass nicht die gesamte Bourgeoisie die Machtübergabe an den Faschismus aktiv unterstützt hat und danach auch nicht alle Gruppen des Kapitals im gleichen Maße mit dem faschistischen Staat verwoben waren. Auf der anderen Seite legt diese Definition aber auch nahe, es wäre möglich, dass der faschistische Staat ausschließlich die Herrschaft einer begrenzten Gruppe des Finanzkapitals repräsentieren würde. Das würde bedeuten, dass die sonstigen Monopole und sowieso die nichtmonopolistische Bourgeoisie in keiner Weise an der Herrschaft beteiligt wären; dass ihre Interessen in keiner Weise in der staatlichen Politik zum Ausdruck kämen; dass die staatlichen Institutionen diesen Fraktionen des Kapitals in keiner Weise zur Organisierung ihrer Herrschaft, zur Formulierung und Durchsetzung ihrer Strategie gedient hätten. Teile des Kapitals würden demnach zu den Beherrschten gehören, denn in einer antagonistischen Klassengesellschaft gibt es nur herrschende und beherrschte Klassen. War das im Faschismus der Fall? Das denke ich nicht. Möglicherweise hat Dimitroff diese Formulierung anders gemeint, eher in dem Sinne, dass er auf die primären gesellschaftlichen Träger des Faschismus hinweisen wollte. Dennoch ist es so, dass seine Aussage oft anders interpretiert wurde, nämlich so, dass der Faschismus als Herrschaft nur eines Teils der Bourgeoisie verstanden

wurde, womit es nahelag, andere Teile als potenzielle Bündnispartner im antifaschistischen Kampf zu sehen.

Ich möchte hier erneut darauf hinweisen, dass Dimitroff an anderer Stelle den Charakter des faschistischen Staates allgemeiner bestimmte, als „Diktatur der Großbourgeoisie“. Streng genommen ist auch diese Bestimmung unzureichend, da die nichtmonopolistische Bourgeoisie im Monopolkapitalismus immer noch zur herrschenden Klasse gehört, also nie völlig von der Herrschaft ausgeschlossen ist. Dass ich diese Formulierung in meinem Artikel als „fehlerhaft“ charakterisiert habe, war aber möglicherweise übertrieben: Denn auch wenn der imperialistische Staat nicht ausschließlich die Herrschaft des Finanzkapitals ist, so ist er doch vornehmlich die Herrschaft dieser dominierenden Gruppe innerhalb der Bourgeoisie. Die Einbeziehung der anderen Teile der Bourgeoisie in die politische Herrschaft findet statt, aber eben unter der Führung der großen Monopole aus Industrie und Banksektor.

Ebenfalls interessant ist die Frage, ob der Faschismus eine grundsätzlich andere Staatsform darstellte als die bürgerliche Demokratie. In der Darstellung des Faschismus als „*bloße Variante des bürgerlichen Staates*“ sieht Corell die „*Wurzel von Spanidis' Weg in den Sumpf*“. Aber habe ich wirklich geäußert, dass es zwischen beiden Varianten kapitalistischer Herrschaft qualitative Unterschiede gibt? Nein. Sicherlich ist es ein qualitativer Unterschied, ob die Bourgeoisie ihre Differenzen z.B. über ein Mehrparteiensystem austragen kann oder nicht; ob auf das Betreiben einer illegalen Druckerei die Todesstrafe steht oder nicht usw. Die Bestimmung des Faschismus als offen terroristische Diktatur, während die bürgerliche Demokratie eher eine verdeckte Diktatur darstellt, ist sicherlich korrekt. Doch was bedeutet es, wenn man wie Dimitroff den Faschismus als eine grundsätzlich andere Staatsform bestimmt? Trägt das wirklich zum Verständnis dessen bei, was der Faschismus ist? Ich glaube nicht. Ich denke vielmehr, dass die marxistische Sichtweise auf den Faschismus stark von der deutschen Erfahrung geprägt war, in der der Übergang zur offen terroristischen Diktatur rasant, innerhalb weniger Wochen mit der Annullierung sämtlicher noch verbliebener bürgerlicher Freiheitsrechte von statten ging. Doch diese Sichtweise ist irreführend: Zum einen unterschlägt sie die vorausgegangene langsame Faschisierung in Form der Präsidialkabinette. Zum anderen ignoriert sie, dass in anderen Ländern die Herausbildung der faschistischen Herrschaft viel gradueller und über längere Zeit-

räume stattfand. In den osteuropäischen Ländern verlief die Schaffung der faschistischen Diktaturen teilweise schrittweise über ansteigende Repressionen, Personalaustausch innerhalb bereits reaktionärer Regierungen usw – so z.B. in Rumänien mit der Etablierung der Königsdiktatur 1938, aus der 1940 die faschistische Diktatur von Ion Antonescu hervorging. Oder in Ungarn während der langen Regierungszeit von Miklos Horthy. Auch in Italien verlief dieser Übergang sehr viel langsamer als in Deutschland, in einem Prozess über einige Jahre.

Und gibt es überhaupt Elemente des Faschismus, die nicht auch von bürgerlich-„demokratischen“ Staaten massenweise angewandt wurden? Systematischer Massenmord, Vernichtungskrieg, die Ausrottung ganzer Nationen, die Internierung politischer Gegner, die Terrorisierung der Arbeiterbewegung, all das finden wir auch in der Geschichte der liberalen „Demokratien“: Von den Kongogräueln mit ihren vielen Millionen Todesopfern, über das Abschlachten Zehntausender Zivilisten im Koreakrieg durch die US-Armee, das Ausradieren ganzer Dörfer im Algerienkrieg (wohlgemerkt zählte Frankreich Algerien damals zu seinem Staatsgebiet) oder das Massakrieren Hunderter Demonstranten in Paris am 17. Oktober 1961 bis hin zur Organisierung faschistischer Terroranschläge durch NATO-Geheimdienste im Rahmen der „Strategie der Spannung“. Waren das nicht Elemente des Faschismus innerhalb von formal „demokratischen“ Staaten? Wo ist also die saubere Grenze, die den Faschismus rasiermesserscharf von der bürgerlichen Demokratie unterscheidet? Ich denke, es gibt sie nicht. Es handelt sich, wie schon gesagt, um Varianten (!) der bürgerlichen Herrschaft, die wechselseitig ineinander übergehen können. Wie Rajani Palme Dutt, einer der wichtigsten Theoretiker der Komintern in den 1930ern, schreibt: *„Der Faschismus ist tatsächlich keine besondere, unabhängige Doktrin und System in Opposition zur bestehenden kapitalistischen Gesellschaft. Der Faschismus ist im Gegenteil die vollständigste und konsistenteste Auswirkung – unter bestimmten Bedingungen des extremen Verfalls – der typischsten Tendenzen und Politiken des modernen Kapitalismus“* (Rajani Palme Dutt 1934: *Fascism and Social Revolution*, Wildside Press, S. 92).

Aus diesem Grunde ist es auch falsch, zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie aufzurufen. Dies war die Linie der Komintern seit dem VII. Weltkongress und Corell bezieht sich zustimmend darauf. Doch so richtig es auch ist, erkämpfte demokratische Rechte wie das Versammlungsrecht, die Koaliti-

onsfreiheit, die Tarifautonomie, die Pressefreiheit usw. gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu verteidigen – es ist etwas ganz anderes, sich auf die bürgerliche Demokratie an sich, auf den kapitalistischen Ausbeuterstaat hinter seiner „freiheitlichen“ Maske zu berufen. Eine solche Orientierung führt in die Irre. Historisch hat sie eindeutig eine programmatische Rechtsentwicklung der kommunistischen Bewegung gefördert: Die bürgerliche Demokratie wurde zunehmend nicht mehr als grundsätzlicher Gegensatz zur sozialistischen Demokratie gesehen, sondern als Vehikel, um von der einen in die andere Form überzugehen. Viele kommunistische Parteien, nicht nur die „eurokommunistischen“, die offenen Verrat am Marxismus begangen haben, entwickelten Sozialismuskonzeptionen, wonach der Sozialismus alle Charakteristika der bürgerlichen Demokratie beibehalten, aber diese im Sinne des Volkes anwenden und mit staatlichem Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln verbinden würde. Es waren eben solche Unklarheiten, die, da sie nicht korrigiert wurden, die Entwicklung zum Reformismus begünstigt haben.

Bündnisse mit der Sozialdemokratie?

Die Bündnisfrage ist die zweite Frage, anhand derer Corell mir vorwirft, ins Linkssektierertum abzugleiten. Damit kritisiert er indirekt auch eine Vielzahl kommunistischer Parteien als „sektiererisch“, die heutzutage Bündnisse mit sozialdemokratischen und anderen bürgerlichen Kräften ablehnen. Dafür, dass Corell sich hier weit aus dem Fenster lehnt, führt er leider nicht sehr viele Argumente an, warum Bündnisse mit sozialdemokratischen Parteien denn richtig sein sollten.

Indirekt kann man aus einem Dimitroff-Zitat herauslesen, dass er wohl meint, dass die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Parteien in keinem Widerspruch dazu stehe, einen „unversöhnlichen Kampf gegen den Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis des Kompromisses mit der Bourgeoisie“ zu führen.

Ebenso kann man herauslesen, dass er wohl der Ansicht ist, die Sozialdemokratie wäre im Betrieb und den Gewerkschaften so stark, dass man die Massen nicht gegen sie in Bewegung bringen könne.

Im zweiten Teil seines Artikels stellt er den Maßstab auf, wonach jede Bewegung danach zu beurteilen sei, inwieweit sie zum Aufbau der KP beiträgt.

Der dritte Punkt ist unstrittig, allerdings auch nicht sehr aussagekräftig. Denn gerade hier kommen Kommunisten ja zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen in der Frage, welche Bewegungen zum Aufbau der Partei beitragen und welche dem eher entgegenstehen.

Den ersten und zweiten Punkt halte ich für schwerwiegende politische Irrtümer. Wenn wir mit der Sozialdemokratie in Bündnissen zusammenarbeiten, entsteht selbstverständlich ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen dem Ziel, einerseits das Bündnis aufrecht zu erhalten und andererseits die Sozialdemokratie zu bekämpfen, ihre Ideologie und Politik zu entlarven, ihre Massenbasis ihrem Einfluss zu entziehen. Tun wir letzteres erfolgreich, dann entziehen wir der Sozialdemokratie den Boden unter den Füßen, woraufhin sie das Bündnis eher früher als später aufkündigen wird. Noch stärker fällt aber ins Gewicht, dass die Agitation und Propaganda der Kommunisten zur Entlarvung der Sozialdemokratie als Feind der Arbeiterklasse, als Urheber von Kriegen, arbeiterfeindlichen Gesetzen usw. kaum glaubwürdig werden kann, wenn wir mit genau diesen Feinden der Klasse überall in Bündnissen sitzen. Das bezieht sich selbstredend nicht auf einzelne ehrliche Vertreter, sondern auf die Sozialdemokratie als solche und ihre Führung. Allgemein gilt, dass es eins der größten Hindernisse für die Entstehung von Klassenbewusstsein ist, dass den Menschen der Unterschied, ja der Gegensatz zwischen Kommunisten und reformistischen „Linken“ nicht klar ist, dass sie uns nur für eine Variante der „Linken“ halten, die in ihren Augen bereits abgewirtschaftet hat.

Wenn man Corells zweiten Punkt teilt, wonach es ohne und gegen die Sozialdemokratie schlicht unmöglich wäre, die Arbeiterklasse zu mobilisieren und zu organisieren, dann kann man vielleicht der Ansicht sein, dieser gravierende Widerspruch müsse einfach „ausgehalten“ werden. Doch auch diese Annahme ist grundfalsch. Sowohl unsere Erfahrungen im Betrieb oder im Stadtteil als auch die Erfahrungen der kommunistischen Parteien anderer Länder zeigen das Gegenteil: Nicht nur ist es möglich, in der Gewerkschaft, im Betrieb, im Wohnviertel die Kollegen, Nachbarn und Klassengenossen in Kämpfe für konkrete Verbesserungen ihrer Lebenslage einzubinden, sie dadurch zu organisieren und zu politisieren. Es ist sogar so, dass dieser Kampf immer an den Punkt kommt, wo der Einfluss der Sozialdemokratie oder ähnlich wirkender bürgerlicher Kräfte zum Hindernis wird, das sich nur überwinden lässt, indem ein Bewusstsein über die Rolle und den Charakter dieser Kräfte entsteht und

die Arbeiter den Bruch mit ihnen vollziehen. Damit die Arbeiterklasse diesen Bruch vollziehen kann, ist es richtig und wichtig, mit sozialdemokratischen oder sozialdemokratisch beeinflussten Arbeitern zusammenzuarbeiten. Die „Einheitsfront von unten“, also die gemeinsame Aktion der Arbeiterklasse über ideologische und Parteigrenzen hinweg war und ist richtig. Bündnisse mit den politischen Führungen der Sozialdemokratie sind etwas anderes, insbesondere dann, wenn die Sozialdemokratie in ihnen die ideologische Führung hat. Ob eine solche Form der Einheitsfront jemals erfolgreich war und wenn ja, unter welchen besonderen Bedingungen, müsste konkret historisch ausgewertet werden, statt es einfach anzunehmen.

Wir haben uns im vergangenen Jahr ausführlich kollektiv damit auseinandergesetzt, wie die Arbeiterklasse für den Klassenkampf organisiert werden kann. Wir haben dazu ein umfassendes Dokument beschlossen (Beschluss zur Arbeit in den Massen). Vielleicht ist Corell dieser Beitrag entgangen. Daher möchte ich ihn an dieser Stelle dazu einladen, sich ausführlich mit unseren Vorstellungen zur Massenarbeit zu befassen und uns seine Kritik daran zukommen zu lassen.

Fazit

Corell versucht, den VII. Weltkongress der KI gegen jede Kritik in Schutz zu nehmen. Das gelingt ihm nicht. Auf zentrale Kritikpunkte meines Artikels am Kongress, die meine Einschätzung als „Rechtsruck in der kommunistischen Weltbewegung“ begründeten, wie z.B. die Forderung, die kommunistischen Parteien mit den sozialdemokratischen zu verschmelzen oder in nichtkommunistischen Parteien aufzugehen. Wir können nur spekulieren, warum. Ist er der Ansicht, dass die eigenständige Existenz der kommunistischen Partei nicht um jeden Preis gewahrt werden muss? Auch hier gibt es wohl Ausnahmen: So war die Vereinigung von KPD und SPD unter den besonderen Bedingungen in der SBZ vermutlich richtig und auch alternativlos. Darauf habe ich auch in meinem Referat auf der wissenschaftlich-strategischen Konferenz der KPD zum 70. Jahrestag der DDR hingewiesen, das sich in dem mittlerweile veröffentlichten Konferenzband nachlesen lässt. Im Allgemeinen halte ich eine solche Orientierung jedoch für fatal.

Vor allem aber beruht seine Argumentation darauf, die seit 1935 gemachten historischen Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung weitgehend zu

ignorieren. Diese Erfahrungen hatte ich in meinem Artikel jedoch zumindest oberflächlich auszuwerten versucht: Vom verhängnisvollen Versagen der KPen Italiens und Griechenlands dabei, den bewaffneten antifaschistischen und nationalen Befreiungskampf in einen Kampf um die Macht und den Sozialismus umzuwandeln über die problematischen Übergangsvorstellungen, in denen die Wiedererrichtung der bürgerlichen Demokratie als strategische Zwischenetappe auf dem Weg zum Sozialismus formuliert wurde, bis hin zum „Eurokommunismus“, der den Marxismus-Leninismus endgültig verwarf. Indem er diesen Pfeiler meiner Argumentation ignoriert, kann er auch nur daran scheitern, die Argumentation insgesamt zu kritisieren.

Ungeachtet dessen: Hoffen wir auf weitere Diskussionsbeiträge zur Politik der Komintern, zu den Fragen der Volks- und Einheitsfront, der Bündnispolitik, der Übergänge, der Staatstheorie und weiteren Aspekten. Sie werden uns dabei helfen, unsere Analyse zu schärfen, Einseitigkeiten zu korrigieren und schließlich die programmatische Grundlage für den Wiederaufbau der kommunistischen Bewegung in Deutschland zu schaffen.

Hans Christoph Stoodt: „Diese Losung wird zurückgenommen.“

Die Volksfrontpolitik der Komintern zu Beginn des 2. Weltkriegs. Eine kurze Anmerkung zur erneuten Diskussion über den VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale

Es ist gut, daß die Diskussion zur Frage von Theorie, Praxis und Folgen des Volksfrontkonzepts Fahrt aufnimmt, das im August 1935 während des VII. Weltkongresses (WK) der Kommunistischen Internationale (KI) beschlossen wurde.

Die Genossen Richard Correll und Thanassis Spanidis schenken sich dabei nichts⁹, und das ist auch angemessen angesichts der bündnispolitischen und strategischen Bedeutung, die diese Diskussion hatte und hat. Es muß hier

9 Thanassis Spanidis, Für eine Diskussion ohne „heilige Kühe“ (<https://kommunistische.org/diskussion/fuer-eine-diskussion-ohne-heilige-kuehe/>). Dort auch Links zu zwei Texten mit der Kritik von Correll. Siehe oben

nicht wiederholt werden, welche aktuelle Bedeutung sie hat – nicht nur in Bezug auf die tiefe Krise des heutigen Antifaschismus, sondern auch bezüglich der keineswegs beendeten Diskussion über Zwischenetappen und Übergangsepochen vom Imperialismus zum Sozialismus – die heftigste Diskussion in der heutigen weltweiten kommunistischen Bewegung¹⁰.

In den Dialog von Correll und Spanidis möchte ich ein Detail einbringen, das in der bisherigen Diskussion zur Einschätzung der Beschlüsse des VII. Weltkongress zur Volksfrontpolitik - wie mir scheint - nicht weit genug bekannt ist. Die Frage lautet: wie bewerteten führende Vertreter der kommunistischen Weltbewegung die Volksfrontpolitik, nachdem Nazideutschland den 2. Weltkrieg begonnen hatte?

Die Herausbildung der Volksfrontpolitik der KI hat eine lange, hier nicht zu referierende Vorgeschichte, die mindestens auf die Arbeit der Antifaschistischen Aktion seit 1932 zurückführt. Weitere Punkte ihrer Herausbildung war die Rede Ernst Thälmanns im Sporthaus Ziegenhals 1933, und das XIII. Plenum des Exekutivkomitees der KI im Dezember 1933.

Referent der für die Volksfrontpolitik entscheidenden Rede des VII. Weltkongresses am 2. August 1935 war bekanntlich Georgi Dimitroff, der weltweit geachtete Held des Leipziger Reichstagsbrandprozesses. Seine Tagebücher liegen vor. Es ist möglich, auch an ihrem Text zu überprüfen, wie er, damals führende Person im Präsidium des EKKI, Anfang 1939 zur Volksfrontpolitik stand.

Unter dem Datum des 7. September 1939 notiert er folgendes:

„Im Kreml (Stalin, Molotow, Shdanow). Stalin: Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt – (arme und reiche im Hinblick auf Kolonien, Rohstoffe usw.) um die Neuaufteilung der Welt, um die Welt-herrschaft!

10 Hans Christoph Stoodt, Für eine Rekonstruktion antifaschistischer Theorie und Praxis. Zehn Thesen, zur Diskussion gestellt für das Rapoport-Kolloquium „Medizin und Antifaschismus“, Medizinhistorisches Museum Hamburg UKE, Freitag, 13.12.2019 (<https://wurfbude.wordpress.com/2020/01/02/fuer-eine-rekonstruktion-antifaschistischer-theorie-und-praxis/>) - hier finden sich Links und Nachweise zu weiteren Texten der aktuellen Diskussion seit 2016.

Die Kommunisten der kapitalistischen Länder müssen entschieden gegen ihre Regierungen, gegen den Krieg auftreten.

Bis zum Krieg war es völlig richtig, dem Faschismus das demokratische Regime entgegenzustellen. Während des Krieges zwischen den imperialistischen Mächten ist das schon nicht mehr richtig.

Die Unterscheidung der kapitalistischen Länder in faschistische und demokratische Länder hat ihren bisherigen Sinn verloren. Der Krieg hat einen grundlegenden Bruch herbeigeführt.

Die Einheitsvolksfrontpolitik von gestern (sic!) diente dazu, die Lage der Sklaven im kapitalistischen Regime zu erleichtern. Unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges steht die Frage nach der Vernichtung der Sklaverei!

Heute Positionen des gestrigen Tages einzunehmen (Einheitsvolksfont, Einheit der Nation) – bedeutet, auf die Positionen der Bourgeoisie abzugleiten.

Diese Losung wird zurückgenommen.

Es ist notwendig, Thesen des Präsidiums des EKKI vorzubereiten und zu veröffentlichen. ^{“11}

Nun könnte man der Ansicht sein, bei dieser Position Stalins, geäußert in einem möglicherweise informellen Gespräch¹² wenige Tage nach dem Angriff Deutschlands auf Polen, handele es sich um eine für die kommende Entwicklung nicht weiter bedeutsame Episode. Aber das ist nicht der Fall. Das bezeugen erneut die Dimitroff-Tagebücher.

11 Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933 – 1943, hg. Bernhard Bayerlein, Berlin 2000, Band 1, S. 273f

12 Aus den Tagebuchnotizen geht nicht hervor, welche formale Bedeutung das Zusammentreffen im Kreml am 7.9. hatte. Für die Ausarbeitung eines Dokuments des EKKI nach dem faschistischen Überfall hatte am 2.9. dessen Präsidium eigentlich Dimitroff, Kuusinen und Manuilski bestimmt (ebenda, S. 272), nachdem festgestellt worden war, daß in der entstandenen Lage besonders wichtige Parteien, nämlich die Frankreichs und Großbritanniens (also der Garantiemächte Polens), in der Reaktion auf den Beginn des Krieges unterschiedliche Positionen bezogen (a.a.O.).

Das Gespräch zwischen Stalin, Dimitroff, Molotow und Shdanow hatte nämlich unmittelbare Folgen. Schon am nächsten Tag, 8. September 1939, bereite tatsächlich das Präsidium des EKKI nicht etwa nur Thesen, sondern „*Direktiven*“ vor, die ausführlich in den Tagebüchern zitiert werden. Sie entsprechen voll und ganz dem Inhalt des Gesprächs vom Vortag. Am Ende heißt es dann: „*Die Kommunistischen Parteien, besonders Frankreichs, Englands, Belgiens und der Vereinigten Staaten von Amerika, welche im Gegensatz zu dieser Einstellung auftreten, müssen sofort ihre politische Linie korrigieren.*“ Und am nächsten Tag, 9. September, verzeichnet das Tagebuch: „*Sitzung des Sekretariats. Diskussion und Annahme der Direktive durch die Parteien.*“¹³

Genosse Correll hatte Genossen Spanidis vorgeworfen, in seiner Bewertung der Volksfrontpolitik das Verhältnis von Strategie und Taktik nicht richtig dargestellt zu haben.

Hier scheint mir aber doch ganz klar zu sein: die Volksfrontpolitik war keine strategische Neuorientierung der KI, als die sie oft dargestellt wird. Es handelte sich bei ihr um eine taktische Maßnahme im Rahmen der Gesamtstrategie der kommunistischen Weltbewegung, deren grundlegendes Dokument das Programm der KI von 1928 war und das nirgendwo in Frage gestellt wurde.

Anders ist es nicht zu interpretieren, daß vier so zentrale Personen der KI gemeinsam und ohne Widerspruch untereinander zu der Einschätzung kommen können, bei der Volksfrontpolitik habe es sich um eine bloße „*Losung*“ gehandelt, die „*zurückgenommen*“ werden könne, und zwar nicht auf dem Weg über eine weitere breite Diskussion der gesamten KI, sondern über Direktiven des Präsidiums des EKKI.

Bekanntlich wurde die KI im Mai 1943 aufgelöst. Wir wissen heute nicht wirklich, wie die Diskussion um die Volksfrontpolitik und ihre Rücknahme im September 1939 im Rahmen eines weiteren EKKI-Plenums oder weiteren Weltkongresses diskutiert worden wäre.

Man kann am Verhalten von Parteien wie des PCI oder des PCF ablesen, wie sie nach der Zerschlagung des Faschismus agierten – beide kämpften trotz guter Ausgangsbedingungen nicht um die sozialistische Revolution sondern

13 ebenda, S. 274f

blieben, keineswegs ohne Widerspruch in den eigenen Reihen, im Rahmen der Aufbau einer antifaschistischen bürgerlichen Republik, von deren Boden aus sie später in den Kampf um die sozialistische Revolution eintreten wollten – wozu es dann nie mehr kam.

Die griechische Partei (KKE) hat dasselbe Verhalten bekanntlich später als Fehler und Weg in die Niederlage eingeschätzt.

Eine ganze Reihe von Fragen, die sich aus der oben beschriebenen Episode von 1943, dem Weg zur Auflösung der KI 1943 und den darauf folgenden Jahren ergibt, ist aus meiner Sicht bis jetzt nicht gründlich diskutiert und ausgewertet, um für die heutige revolutionäre strategische Diskussion als Lernfeld genutzt zu werden. In zwei früheren Beiträgen aus der Zeit 2016/17 zum Thema¹⁴ - beide entstammen dem weiteren Umfeld der Diskussion, die 2018 zur Gründung der KO führten – habe ich einen ganzen Katalog von offenen Fragen zu diesem Themenbereich vorgestellt, der aus meiner Sicht notwendigerweise zu untersuchen ist.

Ich möchte sie für die aktuell geführte Diskussion auf eine einzige, schon damals breiter ausgeführte Frage reduzieren: wann und wo hatte die Volksfrontpolitik jemals Erfolg?

Ich denke, aus einer Diskussion über diese Fragestellung ergäbe sich schnell die historische und die unmittelbar praktische heutige Relevanz des Themenfeldes.

14 <https://wurbude.wordpress.com/2017/01/11/was-ist-ein-breites-buendnis/> und <https://wurbude.wordpress.com/2017/03/02/breites-buendnis-volksfront-amd/> Ich finde aus heutiger Sicht, daß die kritische Würdigung der Volksfrontpolitik des VII. WK der KI, die Genosse Spanidis vorgetragen hat, vollständiger und richtiger ist als meine.

Kommunistische Organisation: Der 100. Jahrestag der Gründung der Komintern und das 21. Internationale Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien¹⁵ im Oktober 2019

Im vergangenen Jahr fanden eine Vielzahl internationaler Veranstaltungen und Konferenzen zum 100. Jubiläum der Gründung der III. Internationalen, der Kommunistischen Internationale, kurz KOMINTERN, statt. Höhepunkt und einen gewissen Abschluss der Jubilar-Feiern bildete das vom 18. bis 20. Oktober in Izmir, Türkei, statt gefundene Internationale Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien (IMCWP). Unter dem Motto: 100th Anniversary of the founding of the Communist International. The fight for peace and socialism continues! (100. Jahrestag der Kommunistischen Internationale – der Kampf um Frieden und Sozialismus geht weiter!) nahmen 74 Parteien aus 58 Ländern teil – unter ihnen eine Reihe Parteien, welche sich in der Plattform der Europäischen Kommunistischen Initiative (EKI) sammeln. Wir möchten in diesem Beitrag auf einige Referate, die in Izmir gehalten wurden, eingehen und einige vorstellen, da wir es für wichtig halten, dass sich die deutschen KommunistInnen mit der internationalen Debatte vertraut machen und die in anderen Ländern gemachten Erfahrungen und Analysen kennenlernen, um sie berücksichtigen zu können.

Wir unterstellen, dass die ideologischen und politischen Unterschiede zwischen den Kommunistischen und Arbeiterparteien, welche sich im Solidnet international verbunden haben, allgemein bekannt sind. Dabei handelt es sich um Unterschiede der Bewertung der Vergangenheit der internationalen Kommunistischen Bewegung, der Bewertung des Sozialismus des XX. Jahrhunderts als auch Unterschiede in der Analyse des gegenwärtigen Imperialismus, und politisch daraus folgernd in der Strategie der Kommunistischen und Arbeiterparteien zur Erreichung des Sozialismus/Kommunismus und die Bewertung politisch-ökonomischen Veränderungen wie sie bspw. in der VR China umgesetzt werden. Es handelt sich um Unterschiede, die in einigen Fällen zu Widersprüchen werden, wie es der Generalsekretär der TKP, Kemal Okuyan,

¹⁵ International Meeting of Communist and Workers' Parties (IMCWP)

auf Fragen der Zeitschrift SOL zur Auswertung des Treffens in Izmir, betonte. [1]¹⁶

Das IMCWP dient dem Austausch von Erfahrungen und der ideologischen Debatte zwischen den Parteien, um zentrale Fragen der Bewegung zu klären und spielt eine zentrale Rolle im Vorantreiben der internationalen Organisation der kommunistischen Parteien, wie wir bereits im Beitrag zum 20. Internationalen Treffen festhielten [2]. Letzteres, das Vorantreiben der internationalen Organisation, stand mit im Mittelpunkt einiger Referate und Überlegungen der KonferenzteilnehmerInnen und gipfelte in der Forderung einen Arbeitsausschuss zu gründen, der Schritte darlegt, damit auf dem nächsten Internationalen Treffen mit der Gründung einer neuen Internationalen begonnen werden kann.

1 Zur Behandlung des Themas “100 Jahre Komintern”

Auf das Thema der Tagung „100 Jahre Komintern“ gingen bei weitem nicht alle Parteien in Ihren Referaten ein. Zu der Bedeutung der Komintern auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung in ihren jeweiligen Ländern und einer kritischen Reflektion der Erfahrungen für heute, wurde fast ausschließlich von den Parteien, die Mitglied in der Europäischen Kommunistischen Initiative (EKI) sind, eingegangen. Die meisten anderen Parteien beschränkten sich auf eine formale Anerkennung der Rolle der Komintern oder gingen gar nicht in ihren Referaten auf die Thematik ein, wie bspw. die DKP, die Partei der Arbeit Belgiens (PVdA/PTB) oder die KP Venezuelas. Ein weiterer Teil betonte die Volksfrontpolitik, mit der die Strategieentwicklung auf dem 7. Weltkongress zum positiven Abschluss gekommen sei (KP Luxemburg) und damit sektiererische Positionen überwunden wurden (KP Indien).

Wie eingangs erwähnt, fanden schon vor dem 21. IMCWP Tagungen zur Thematik statt. So veranstalteten die EKI und einige andere kommunistische Parteien Konferenzen zum 100. Jahrestag der Gründung der Komintern. Die EKI traf sich im Februar 2019 zu einer Tagung in Istanbul zum Thema „Kampf für den Kommunismus: 100 Jahre politisches Erbe“ ausgerichtet durch die TKP. Dort legten sie den Stand ihrer Analysen dar und gingen auf die Bedeutung der Komintern für ihre Parteientwicklung, den gemachten Er-

¹⁶ Die Fußnoten zu diesem Artikel findet Ihr am Ende des Artikels.

fahrungen in den Klassenkämpfen ihrer Länder während und nach der Auflösung der Komintern sowie auf die Strategieentwicklung und der Entwicklung und Einfluss von Opportunismus und Revisionismus in ihren Parteien ein [3]. Im Juni trafen sich zum selben Thema einige kommunistische Parteien auf Einladung der RCWP und der KPdSU (ein Parteienzusammenschluss von Parteien aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, die den Namen Kommunistische Partei der Sowjetunion weiterführt) in Moskau und verabschiedeten ein gemeinsames Kommuniqué, indem sie ihre Erkenntnisse in Bezug auf Rolle und Bedeutung der Komintern, die gegenwärtigen Probleme der Internationalen Kommunistischen Bewegung (IKB) und ihr gemeinsames Vorgehen zur Überwindung letzterer festhielten [4]. Die Parteien des EKI referierten in Izmir ihre Debatten und gaben ihre gemeinsamen Ergebnisse an die Delegierten des IMCWP weiter. So legte die **Kommunistische Partei Schwedens** ein stark gekürztes Referat, ihrer Ausführungen vom Februar in Istanbul vor, indem sie die negative Auswirkungen auf die ideologische und damit auch organisatorische Parteienentwicklung durch die Volksfrontstrategie während und ihrer weiteren Tradierung nach dem II. Weltkrieg beschrieb:

„Das Streben nach Einheit mit der Sozialdemokratie zwang die Kommunisten, ihre Analyse der Sozialdemokratie anzupassen. Es war unmöglich, die Sozialdemokratie zu kritisieren und sie als das zu entlarven, was sie ist, und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit ihnen zu suchen. Diese zeitliche Entwicklung war nicht nur deshalb entscheidend, weil sie die Beziehungen der Kommunisten zur Sozialdemokratie angepasst hat, sondern auch, weil es eine Verschiebung der Widersprüche gab, die uns bis heute betrifft: Die Kommunisten haben den grundlegenden Widerspruch im Kapitalismus als den zwischen Arbeit und Kapital richtig identifiziert. Es ist der grundlegende Widerspruch und existiert objektiv innerhalb der wirtschaftlichen Basis des Kapitalismus. Er kann daher wissenschaftlich analysiert werden. In diesem Sinne haben sich auch die Kommunisten und die Arbeiterbewegung organisiert. Dies änderte sich im Laufe der 30er Jahre. Als der Fokus auf den Kampf gegen den Faschismus gerichtet war, wurde der Hauptkonflikt des Kapitalismus in den Hintergrund gestellt. Anstelle des Widerspruchs Kapital-Arbeit wurde der Widerspruch zwischen Faschismus und kapitalistischer Demokratie in den Vordergrund gerückt. Um diesen Widerspruch herum war es möglich, auch Sozialdemokraten und kapitalistische Elemente einzubeziehen, was in Schweden versucht wurde. Dies ist eine sehr deutliche Schwerpunktverschiebung,

denn der Widerspruch, um den sich die Kommunisten jetzt organisieren, befindet sich im Oberbau. Sowohl der Faschismus als auch die kapitalistische Demokratie sind politische Ausdrucksformen der wirtschaftlichen Basis des Kapitalismus. Sie können nicht auf dieselbe Weise analysiert werden und sie sind keineswegs von einer revolutionären Perspektive geprägt – sie erlauben nur Entscheidungen im Rahmen des Kapitalismus. Nachdem der Faschismus besiegt war, erfuhr dieser Widerspruch eine weitere Entwicklung. Im Laufe dieser Zeit sahen die schwedischen Kommunisten nun ihren Hauptgegner in der Reaktion. Dies ermöglichte es der Partei, ihre Analyse und ihr Streben nach der Einheits- und Volksfront fortzusetzen. Solche Widersprüche plagten die Arbeiterbewegung bis heute. Kommunisten richten die Kritik gegen den Neoliberalismus, nur um auf der anderen Seite einen stärker regulierten Kapitalismus, den Keynesianismus, zu indizieren. Kommunisten richten die Kritik an den rechtsgerichteten Politiken, nur um dann am anderen Ende die kapitalistischen linksgerichteten Politiken zu präsentieren. Letztendlich entsprechen alle diese Kategorien den Bedürfnissen des Kapitalismus in der einen oder anderen Phase seiner Entwicklung. Das bedeutet, dass die Gegensätze, an denen sich viele Kommunisten orientieren, es ihnen nicht erlauben, den Rahmen des Kapitalismus zu durchbrechen, denn was sie anstreben, sind kapitalistische Alternativen.“[5]

Die **Kommunistische Partei der Arbeiter Spaniens (PCTE)** ging vor allem in ihren Ausführungen zur Komintern als unersetzliches Leitzentrum und die Bolschewisierung als Bedingungen ihres Einflusses im spanischen Bürgerkrieg ein [6] und konzentrierte sich dann auf die historische und für heute weiterhin notwendige Spaltung von der Sozialdemokratie:

„Das Erbe der kommunistischen Internationale hat in der heutigen Zeit, in der sich die interimperialistischen Widersprüche verdichten und die Gefahr eines allgemeinen Krieges immer größer wird, eine große Bedeutung gewonnen, während gleichzeitig die Bedeutung der Trennung von der Sozialdemokratie – wieder einmal – als eine notwendige Aufgabe erwiesen wird. [...] Die Instabilität und Stärkung des kommenden Klassenkampfes wird auch dadurch gekennzeichnet sein, dass die neue Sozialdemokratie, die in Spanien ihre gesamte Strategie auf den Regierungseintritt nach den gescheiterten Wahlen im April ausgerichtet hat, trotz ihrer Versprechungen nur den Willen hatte, den Kapitalismus zu managen und zu versuchen, die Herrschaft der Kapitalisten

im Bündnis mit der alten Sozialdemokratie der PSOE zu garantieren. [...] Die Geschichte hat immer wieder bestätigt, dass es nicht möglich ist, den Kapitalismus zum Wohle des Volkes zu verwalten, dass es für die Arbeiterklasse im Kapitalismus keinen Ausweg gibt. Deshalb muss die Arbeiterklasse aufhören, an demokratisch-bürgerliche Illusionen zu glauben. Es wird keine Verbesserungen geben ohne einen harten Kampf der Arbeiter und Völker. Die Wege, die die Sozialdemokratie uns zeigt, sind ein Sackgasse. Eine neue Krise wird ausbrechen und die Bourgeoisie und ihr Staat werden reagieren, indem sie die Ausbeutung verstärken und gleichzeitig die Repression gegen die Arbeiter- und Volksbewegung verstärken. Um dieser Situation zu begegnen, muss die Arbeiterklasse ihre ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit erlangen.“ [7]

Die **KP Mexikos (PCM)** ging auf vermeintlich „ewige Wahrheiten“ ein, die durch Verfälschung der Geschichte und der Notwendigkeit sich diese neu zu erarbeiten, ein. Sie plädierte für eine Aneignung der eigenen Geschichte durch eine gründliche und radikale Analyse:

„Die Tätigkeit der Dritten Internationale ist eine unerschöpfliche Quelle der Lehren für die Bewegung der zeitgenössischen Arbeiter und Kommunisten, und ihr Studium ist eine unverzichtbare Aufgabe für jede kommunistische Partei. In unserem Fall sind wir seit einigen Jahren mit der systematischen Studie beschäftigt, die uns Schlussfolgerungen liefert, die einige historische Versionen in Frage stellen, die nach 1956 zirkulierten. Erstens: Was das Funktionsprinzip betrifft, so hat der Revisionismus innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung etwas sehr Negatives in Bezug auf die anti-kommunistische Geschichtsschreibung, und das wurde vom Revisionismus wiederholt, nämlich dass die Dritte Internationale die Entscheidungen in einem Zentrum getroffen hat, das weit von der Realität ihrer Sektionen entfernt zu sein scheint. In der Tat wird bestritten, dass die Kongresse, das Exekutivkomitee, das Kleinkomitee, die Kommissionen nach Sektionen und in den eigenen Sektionen offen und demokratisch diskutiert wurden, basierend auf der marxistisch-leninistischen Methodik der konkreten Analyse der konkreten Realität unter Berücksichtigung der Interessen des Proletariats, der unterdrückten Völker, des sozialistischen Aufbaus, der Loyalität zu den Klassenkriterien und zum proletarischen Internationalismus. Es gibt viele Beweise für die Tiefe der Diskussionen, für die Ernsthaftigkeit und Verantwortung sowie

für die Schlussfolgerungen und Entschließungen. Eine solche Verleumdung ist also unerträglich. Zweitens: Es ist eine Ungenauigkeit und eine Verformung, alles vor dem VII. Kongress von 1935 als sektiererisch, massen isoliert und dogmatisch darzustellen. In den konkreten Erfahrungen der mexikanischen Sektion der Kommunistischen Internationale in den Perioden vom V. und VI. Kongress bis 1935 wurde die PCM in eine starke Partei verwandelt, die es unter Geheimhaltung sogar schaffte, die Arbeiter- und Bauernbewegung zu führen, die dann mit großem Einfluss auf die proletarischen Massen ins öffentliche Leben trat, mit einer Zeitung mit Zehntausenden von Lesern – dem historischen El Machete -; Im Gegenteil, die Linie der Volksfront verursachte große Probleme, unabhängig davon, dass sie sehr gut zu den Aufgaben gegen den Faschismus beigetragen hat [...]“[8]

Die **KP Norwegen (NKP)** referierte aus der gemeinsam gemachten Einschätzungen aus Moskau und betonte Ähnlichkeiten und Unterschiede der Situation heute mit der Situation zur Zeit der Gründung der Komintern:

„Die NKP unterstützt die Abschlusserklärung der internationalen Konferenz in Moskau am 1. und 2. Juni 2019 ‚100 Jahre Kommunistische Internationale und Aufgaben der Kommunistischen Bewegung heute‘. Wir betrachten die Rolle der III. Kommunistischen Internationale unter der Führung von Lenin als positiv und schätzen ihren Beitrag zur Sache der Entwicklung und Stärkung der weltweiten kommunistischen und Arbeiterbewegung. Es gibt Ähnlichkeiten zwischen der revolutionären Bewegung zu Beginn des XX. Jahrhunderts und heute. Erstens der Zusammenbruch der Zweiten Internationale, eine starke Welle des Opportunismus, mit der die kommunistische und linke Bewegung umgarnt wird. [...] Heute ist der Opportunismus und Revisionismus eine gut geführte und organisierte Waffe der Bourgeoisie. Die Europäische Linkspartei gilt als der oberste Verfechter, ein ideologisches und organisatorisches Zentrum der Revisionisten, das von EU-Geldern lebt und entsprechend funktioniert, die sich für die Stärkung des EU-Imperialismus einsetzen.“[9]

Auch Kemal Okuyan ging in seiner Eröffnungsrede für die **TKP** auf Gleiches und Verschiedenes in der Situation heute mit der zum Zeitpunkt der Gründung der Komintern ein und beleuchtet dabei einen anderen Punkt:

„Es ist von entscheidender Bedeutung, das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zu bestimmen und sich von einer administrativen politischen Linie

fernzuhalten. Revolutionen passieren nicht nur durch die Entscheidungen, die wir treffen. Unsere Aufgabe ist es nicht, eine Revolution zu machen, sondern die Revolution zu leiten, denn eine Revolution ist nicht etwas, das man machen kann. Es ist aber auch wahr, dass es einen dialektischen Zusammenhang zwischen den Krisen des Kapitalismus und der Zunahme revolutionärer Möglichkeiten und sogar der Zunahme der Revolution gibt. In diesem Sinne ist es sehr irreführend, das Kräfteverhältnis gerade in Krisenzeiten statisch zu bewerten. 1919 waren die kommunistischen Parteien extrem schwach, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Wenn wir heute die Welt betrachten, beklagen wir uns verständlicherweise über die Schwäche der kommunistischen Bewegung, aber 1919, als die Kommunistische Internationale gegründet wurde, hatte sie auch keine größere Macht. Worin bestand also der Unterschied?

[1.] Zuerst kommt einem die Mobilität und Organisation der werktätigen Massen in den Sinn. Auch wenn die Arbeiterklasse unter dem Dach sozialdemokratischer Parteien stand, war sie weitgehend im politischen Kampf engagiert, in einigen Ländern hatten die Gewerkschaften ernsthafte Potenziale.

[2.] Ein weiteres Phänomen, das als Unterschied erwähnt werden kann, ist die Reaktion auf die Zerstörung und Armut, die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufen wurden, und die Tatsache, dass der Krieg die tiefe Wirtschaftskrise nicht beendet und sogar neue Dimensionen hinzugefügt hatte.

Niemand kann jedoch behaupten, dass das internationale Kapital heute stärker oder dauerhafter ist als vor 100 Jahren. [...]

[3.] [...] war für große Massen von Menschen, Hunderte von Millionen von Menschen, Sozialismus oder eine egalitäre Ordnung eine greifbare, aktuelle Forderung. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war jeder Kampf der Arbeiterklasse von dem Wunsch geprägt, den Kapitalismus zu stürzen, wenn auch primitiv. Ich spreche hier nicht von politischen Strategien und Programmen. Der Wunsch, die Ordnung zu ändern, war eine soziale Realität. Dieser Wunsch entstand nicht mit der Oktoberrevolution von 1917. Die Oktoberrevolution brachte diesem Wunsch ein neues Gefühl von Energie und Realität und verbreitete ihn in einer größeren Geografie. [...]

[4.] [Einer] der wichtigsten Unterschiede gegenüber vor 100 Jahren [besteht] darin [...], dass die Idee, dass der Kapitalismus zerstört werden kann und

dass eine egalitäre Ordnung geschaffen werden kann, weitgehend außerhalb des Geistes der Menschheit liegt.

[Schlussfolgernd] Dies lässt sich nicht allein durch objektive Bedingungen erklären. Diese Idee am Leben zu erhalten und in den Köpfen und Herzen großer Massen von Menschen, ausgehend von der Arbeiterklasse, zu konkretisieren, ist die Hauptaufgabe der Kommunisten. Mit dem Hinweis auf das Kräfteverhältnis kann diese Idee nicht vernachlässigt werden. Im Gegenteil, es ist die Verbreitung dieser Idee, die das Kräftegleichgewicht verändern wird.“ [10]

Auf die vom II. Weltkongress im Juli/August 1920 beschlossenen Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale (21 Bedingungen) ging die Russische Kommunistische Arbeiterpartei ein. Neben ihr, für die Parteien des EKI, betonte die Workers Party of Ireland die 21 Bedingungen. Außerhalb dieser beiden Organisationsplattformen bezogen sich positiv noch die KP Australien, die KP Kanadas und die Partei der Kommunisten Serbiens auf die 21 Bedingungen. Die **Russische Kommunistische Arbeiterpartei** legte dar:

„Unter den gegenwärtigen Bedingungen halten wir es für nützlich und unerlässlich, an ein derartiges Basisinstrument der Komintern zu erinnern, wie es die 21 Bedingungen für die Zulassung zur Komintern sind. Das war ein entschlossener Schritt, der auf eine unwiderrufliche Abgrenzung zu den Opportunisten abzielte. Diese Bedingungen wurden als eine Art Charta verwendet, deren Ziel nicht nur darin bestand, die Zusammensetzung der Internationalen zu bestimmen, sondern sie dienten vielmehr als Referenz für diejenigen Parteien, die danach strebten, das Niveau der Parteien zu erreichen, die die revolutionärsten, die wissenschaftlichsten, die am besten auf revolutionäre Kämpfe vorbereitet waren. Dieses Dokument war und ist das Leuchtfeuer für die gesamte kommunistische Bewegung. Moderne Kommunisten sollten diese Bedingungen untersuchen und versuchen, ihre Aktivitäten an ihren Kriterien auszurichten. Dies ist eine der wichtigsten Lektionen für moderne Kommunisten. Die Komintern wurde gegründet, mit dem Ziel, wirkliche kommunistische, revolutionäre Kräfte innerhalb verkommener opportunistischer sozialdemokratischer Parteien zu trennen, um auf ihrer Basis kommunistische Parteien zu gründen, die sich dem wissenschaftlichen revolutionären Marxismus anschließen. Die Komintern wurde als ein einheitliches ideologisches und orga-

nisatorisches Zentrum für die Entwicklung solcher Parteien geschaffen. Diese Aufgabe wurde hervorragend erfüllt. “[11]

Abschließend und Zusammenfassend zur Bewertung der Komintern sei noch auf das Referat der **Kommunistischen Partei (Italien)** verwiesen. Die KP (Italien) hatte ebenfalls das Moskauer Kommuniqué unterzeichnet und ist gleichzeitig Mitglied der EKI. Die KP (Italien) führt darin aus:

„Anlässlich der Feierlichkeiten im Rahmen des dritten Internationalen Jubiläums nahm unsere Partei an der Sitzung der Europäischen Kommunistischen Initiative in Istanbul und an der wissenschaftlichen und politischen Konferenz teil, die von der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in Moskau organisiert wurde. Im März dieses Jahres haben wir in Rom ein internationalistisches Treffen zum Jahrestag der Gründung der Komintern unter Beteiligung brüderlicher Parteien und diplomatischer Vertreter der sozialistischen Länder organisiert. Alle diese Veranstaltungen fanden nicht in einem nostalgischen Geist statt, sondern mit der Absicht, die reiche Erfahrung der Komintern für die Entwicklung von Klassenkampf und proletarischem Internationalismus unter den gegenwärtigen Bedingungen zu studieren. Der grundlegende Ausgangspunkt der Kommunistischen Internationale war der endgültige Bruch mit Opportunismus und Reformismus der Zweiten Internationale und die Entscheidung für den revolutionären Weg zum Sozialismus. Der Kampf gegen Opportunismus und Reformismus ist auch heute noch sehr wichtig, da diese beiden Aspekte in der internationalen kommunistischen Bewegung weit verbreitet sind. Sie basieren hauptsächlich auf einem unwissenschaftlichen, klassenlosen Verständnis des Staates und der Kategorie des Imperialismus. Einige Parteien, die formal dem Solidnet angehören und parallel zu opportunistischen Organisationen wie der Partei der Europäischen Linken stehen, haben längst den Begriff der proletarischen Diktatur aus ihrem Programm gestrichen und sprechen wie die Parteien der Zweiten Internationale abstrakt von ‚Demokratie‘ und ‚Staat‘ und vergessen, dass es sich um die ‚bürgerliche Demokratie‘ und den ‚bürgerlichen Staat‘ handelt. Diese falsche ideologische Aussage führt zu einer politischen Praxis, die der Arbeiterklasse schadet. Wie Lenin warnte, ist der demokratischste Staat immer noch ein Mittel, um das Proletariat durch eine Handvoll Ausbeuter zu unterdrücken. Mit Lenins Worten: In den Momenten der Verschärfung des Klassenkampfes ,gibt es nichts anderes als die Diktatur der

Bourgeoisie oder die Diktatur des Proletariats.‘ Der Traum vom anderen, vom dritten Weg ist nur ein reaktionärer Schrei der Kleinbourgeoisie. Es ist wichtig, dies zu betonen, gerade weil ein solches klassenloses Staatsverständnis zusammen mit einem Missverständnis der Kategorie des Imperialismus die sozialdemokratischen Parteien der Zweiten Internationale dazu veranlasste, ihre eigene Bourgeoisie während des Ersten Weltkriegs zu unterstützen, und heute einige kommunistische Parteien dazu veranlasst, ihre eigenen kapitalistischen Monopole in ihrem Wettbewerb mit den Monopolen anderer Länder zu unterstützen und so die Einheit des Proletariats als Weltklasse und die Gemeinschaft ihrer Interessen zu untergraben. Dies gilt auch für die allgemeine Frage, inwieweit und zu welchem Zweck Kommunisten das Recht haben, an den Institutionen der bürgerlichen Demokratie teilzunehmen. Natürlich sollten Kommunisten, wann und wo immer möglich, in gewählten Gremien teilnehmen und in ihnen arbeiten, aber gegen sie als ‚Saboteure im Lager des Feindes‘, aber das bedeutet nicht, in das Sumpfgebiet des ‚parlamentarischen Kretinismus‘ zu fallen und andere Formen des Kampfes zu vergessen. Ein weiterer Punkt ist die Teilnahme an bürgerlichen Exekutivorganen. Die Erfahrung zeigt, dass die Beteiligung von Kommunisten an bürgerlichen Regierungen sowie an Wahlkoalitionen mit bürgerlichen Parteien die Partei in den Augen der Arbeiterklasse diskreditiert, sie kompromittiert und zur Erneuerung ihres Klassencharakters und zum politischen Zusammenbruch führt. Natürlich müssen die Kommunisten kämpfen, um alle demokratischen Nischen zu erhalten und zu erweitern, die dem Proletariat unter der bürgerlichen ‚demokratischen‘ Diktatur offen bleiben, aber das bedeutet nicht, dass dieser Kampf ein Kampf für den Schutz der bürgerlichen Demokratie als solche ist. Dem Beispiel der Komintern folgend, müssen die kommunistischen Revolutionäre rücksichtslos gegen den Opportunismus kämpfen, den inneren Feind der internationalen kommunistischen Bewegung. [...]“[12]

2 Vorschläge und Forderungen zur Entwicklung des IMCWP

Von der Mehrzahl der anwesenden Parteien wurde angesprochen, welche Entwicklungsrichtung sie dem IMCWP wünschen als auch welche Schritte sie für deren Weiterentwicklung für notwendig erachten. Die Bandbreite der Auffassungen war sehr groß und ging von „beibehalten wie es ist“, über einer engeren Verzahnung bis hin zur Forderung umgehend eine Plattform einzu-

richten, um auf dem nächsten Treffen Schritte hin zur Gründung einer neuen Kommunistischen Internationale einzuleiten. Wichtig ist dabei zu beachten, dass die weitestgehende Forderung von Parteien gemacht werden, die einerseits den Imperialismus als Einheit verstehen, dabei als Hauptfeind die USA ausmachen und mit Bezug auf die Geschichte der Komintern die Bildung einer heutigen Volksfrontstrategie für die IKB ableiten. Diese Forderung erhebt insbesondere die KP der Ukraine [13], die KP der Russischen Föderation [14], als auch die Kommunistische Partei in Dänemark [15] und die KP Indien [16] – aber auch die KP der USA, wenn sie ein globales Anti-Rechts-Netzwerk fordert [17]. Der Beitrag der KP Venezuela geht in ähnliche Richtung, wenn sie dringend empfiehlt, dass das IMCWP ein Führungszentrum und Kampfprogramm einrichten soll. Sie selber verfolgt dabei eine Strategie der Etappen mit Ausrichtung auf eine antiimperialistische Front [18]. In dieselbe Richtung gehen die Forderungen der KP Bangladesch [19]. Dem gegenüber steht die Feststellung anderer kommunistischer Parteien, dass die Voraussetzungen heute fehlen und solche erst geschaffen werden müssen durch die Klärung ideologischer strittiger Fragen. Eine Mehrheit in Izmir anwesenden Parteien spricht sich für eine engere Kooperation und Diskussion aus.

So argumentierte z.B. die **KPdSU** im Abschlusskommuniqué der Moskauer Konferenz [20], dass es heute keine Bedingungen für die sofortige Errichtung einer kommunistischen Internationale gibt und ging darauf ein, welche Aufgaben zu bewerkstelligen sind, um die IKB weiter zu entwickeln:

„Wir sehen, dass es heute keine Bedingungen für die Errichtung einer neuen kommunistischen Internationale gibt, keine maßgebenden und mächtigen Parteien der Bolschewiki, kein Land der siegreichen sozialistischen Revolution, das die organisatorische und materielle Unterstützung für das Funktionieren des gemeinsamen Zentrums übernehmen würde und auch eine moderne revolutionäre Strategie entwickeln müsste. All dies unterstreicht, dass eine gemeinsame Arbeit im Bereich der Theorie, der gemeinsamen praktischen Arbeit, der Koordination von Positionen und Aktionen – für die organisatorische, politische und ideologische Stärkung der Kommunistischen Partei – erforderlich ist. Einige Arbeiten in dieser Richtung zur Stärkung des kommunistischen Pols werden konsequent von den Mitgliedsparteien der Europäischen Kommunistischen Initiative – durchgeführt. Dies ist auch die Durchführung von Konferenzen. [...] [Die Teilnehmer der Moskauer Konferenz rufen]

zur Weiterentwicklung der bestehenden Formen der Zusammenarbeit in den folgenden Schlüsselbereichen [auf] [...]:

– Kampf gegen den Opportunismus als integraler und obligatorischer Bestandteil des Kampfes gegen den Imperialismus. Wir sehen, dass der krebsartige Tumor des Opportunismus die kommunistische und linke Bewegung befallen hat. Ein ähnliches Phänomen, bei dem der Opportunismus die kommunistischen und linken Bewegungen überwältigte, wurde in den Zeiten des Zusammenbruchs der Zweiten Internationale beobachtet. In der Abschlusserklärung der Moskauer Konferenz wurde festgestellt, dass Opportunismus und Revisionismus eine kontrollierte und gut organisierte Waffe der Bourgeoisie sind. Das Spitzenprodukt dieser Politik des Renegatentums ist das Beispiel der Europäischen Linken Partei. Es ist ein ideologisches und organisatorisches Zentrum der Revisionisten, das mit dem Geld der Europäischen Union existiert und nach EU-Recht lebt und sich für die Stärkung des Imperialismus der EU einsetzt. Auf der Grundlage dieser Beobachtung halten wir die leninistische Erfahrung der Schaffung einer Kommunistischen Internationale mit der Organisation eines entschlossenen und kompromisslosen Kampfes gegen den Opportunismus, die Ausarbeitung theoretischer Prinzipien für die revolutionären Parteien, die als Bedingungen für die Mitgliedschaft in der Komintern formuliert wurden, für besonders wertvoll. Heute ist ein gemeinsamer theoretischer und praktischer Kampf gegen den Opportunismus für die kommunistische Bewegung absolut notwendig.

– die Entwicklung der Arbeitsbewegung, die Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und die Ausrichtung auf eine sozialistische Revolution. Daher ist unser gemeinsames vorrangiges Ziel, jede Partei auf nationaler Ebene zu stärken und in jedem Land Arbeiter-Massenwiderstand zu entwickeln, die Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung auf der Grundlage des Klassenkampfes gegen Kapitalismus, Ausbeutung und Unterdrückung zu internationalisieren. Diese Arbeit ist ein wesentliches Instrument, um die Parteien selbst zu stärken und ihren Einfluss in der Masse der Arbeiter in ihren Ländern zu erweitern;

– Gemeinsame Analyse des Kampfes von Kommunisten und Arbeitskollektiven im vergangenen Jahrhundert, die Erfahrung mit dem Aufbau des Sozialismus in der UdSSR und anderen Ländern, eine grundlegende, kritische Analyse von Fehlern und Mängeln. Neben vielen der bei unserem Treffen angesprochenen

Probleme ist es notwendig, die Beziehungen zwischen dem Nationalen und dem Internationalen zu identifizieren und zu verstehen, insbesondere in den Aktivitäten der regierenden kommunistischen Parteien. Schließlich war und ist die kommunistische und arbeitende Bewegung in der Praxis immer wieder mit der Priorität des Nationalen gegenüber dem Internationalen im politischen Kampf auf der internationalen Bühne konfrontiert, die sich in der Tat an den Interessen der Geopolitik und manchmal auch an der bürgerlich-nationalistischen Propaganda orientiert, zum Nachteil der Solidarität und der Unterstützung der kämpfenden Kommunisten und Arbeiterparteien sowie der Arbeiterbewegungen. Die Führung einiger kommunistischer Parteien ist sich nicht bewusst, dass sie als Zahnräder im bürgerlichen politischen System benutzt werden, und deshalb dienen sie eher dem bürgerlichen Nationalismus als dem proletarischen Internationalismus;

Die ständige Vernetzung unserer Parteien und die gegenseitige Unterstützung bei der Stärkung der Position jeder Partei auf nationaler Ebene als Voraussetzung für die allgemeine Stärkung des kommunistischen Pols“ [21]

Und die **Russische Kommunistische Arbeiterpartei** ergänzte:

„Die Parteien, die die Erklärung unterzeichnet haben, betonten, dass bestimmte Arbeiten zur Stärkung des kommunistischen Pols seit mehr als 20 Jahren im Gange sind. Dies sind die Treffen des SolidNet-Systems, die 1998 auf Initiative der KKE begannen; die Herausgabe des Magazins International Communist Review; die Gründung der Europäischen Kommunistischen Initiative; Konferenzen in Leningrad und Moskau [...]. [Wir sollten] unsere Aufmerksamkeit auf die Entwicklung bestehender Kooperationsformen in die folgenden Richtungen [legen]:

– das Thema des Kampfes gegen den Opportunismus als untrennbaren und unverzichtbaren Teil des Kampfes gegen den Imperialismus;

– unsere gemeinsame vorrangige Aufgabe ist die Stärkung jeder Partei auf nationaler Ebene und die Entwicklung des Massenwiderstands der Arbeiter in jedem Land, die Internationalisierung der Arbeiter und der Gewerkschaftsbewegung auf der Grundlage des Klassenkampfes gegen den Kapitalismus und aller Arten von Ausbeutung und Unterdrückung. Diese Arbeit soll nicht nur zu dem Thema werden, das uns verbindet, sondern sie sollte auch als

Instrument zur Stärkung unserer Parteien und zur Stärkung ihres Einflusses auf die Werktätigen in unseren Ländern genutzt werden;

– Es besteht die dringende Notwendigkeit, solche komplexen Erscheinungen, die die Entwicklung in der Welt maßgeblich beeinflussen, wie den „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ sowie Modelle wie den „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ gemeinsam zu analysieren und, wenn möglich, gemeinsam zu bewerten. Wir sind der Meinung, dass die oben genannten Modelle nicht den grundlegenden Prinzipien der sozialistischen Revolutionstheorie und des sozialistischen Aufbaus entsprechen;

– ständige Verbindung zwischen den Parteien und gegenseitige Unterstützung auf nationaler Ebene, um die Positionen jeder Partei als wesentliche Voraussetzung für die Stärkung des kommunistischen Pols als Ganzes zu stärken“.[22]

Etwas ausführlicher sei hier auch die Gegenposition zitiert. So argumentierte die KP der Ukraine folgendermaßen:

„Bei der Verteidigung der theoretischen Grundprinzipien des Marxismus müssen wir uns natürlich von der leninistischen These leiten lassen, dass der Marxismus kein Dogma, sondern eine Handlungsanleitung ist, die die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen eines Landes berücksichtigen muss, die Bedingungen, unter denen die Kommunisten dort arbeiten müssen (wie beispielsweise in der Ukraine, wo de facto Kommunisten verboten sind, dass sie an Wahlen teilnehmen, wo ihre Ansichten und Symbole verfolgt werden), sowie das sich ständig verändernde internationale Umfeld. Deshalb ist es für uns heute wichtig, mit Lenins Worten den Prozess der Entstehung und Entwicklung der organisierten arbeitenden (proletarischen) Bewegung sowohl im allgemeinen historischen Kontext als auch unter Berücksichtigung ihrer Besonderheiten in jedem der Länder noch einmal zu analysieren. [...]Dank der Bemühungen der kommunistischen Parteien in der Komintern wurden die Grundlagen für die internationale antifaschistische Front auf der Grundlage der Beschlüsse des 7. Kongresses gelegt. [...]Heute erheben Nazismus und Faschismus wieder einmal die Köpfe. Und nicht nur in der Ukraine [...]Tägliche Nachrichtenfeeds sind voll von Berichten über neonazistische Allianzen in verschiedenen Teilen der Welt und unter den Bedingungen der globalen Krise und der Verschärfung sozialer Widersprüche, auch in den

Ländern der „goldenen Milliarde“, ist die Bedrohung durch die Machtübernahme neonazistischer Kräfte in Schlüsselzentren mehr als real. [...] Deshalb müssen wir uns dem globalen Neofaschismus widersetzen, der sich unter dem Deckmantel des Liberalismus und anderer bürgerlicher Demagogie sowie moderner Formen der Organisation von Arbeiterklassen versteckt. Und in diesem Fall können wir heute nicht auf eine gemeinsame permanente Koordinationsstelle verzichten. Wir glauben, dass das diesjährige Internationale Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien als Impuls für die Schaffung einer solchen Kommunistischen und Arbeiter-Internationalen auf der Grundlage der Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus dienen kann und sollte, bereichert durch die jahrhundertealte, moderne Erfahrung mit kommunistischen Organisationen und Arbeitnehmerverbänden verschiedener Länder, und unter Berücksichtigung der gemeinsamen Herausforderungen und Bedrohungen von uns allen – Einer Internationale XXI (Internationale des 21. Jahrhunderts, einer Internationalen, die auf dem 21. Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien begann), mit einem einzigen Schwerpunkt: des Kampfes der Arbeiter und Unterdrückten unseres Planeten um ihre Grundrechte und -freiheiten.“ [23]

3 Ergebnisse des 21. IMCWP

Nach viertägiger Tagung schloss das 21. Internationale Treffen mit einer Reihe von internationalen Solidaritätserklärungen [23] und einem gemeinsamen Abschlussdokument [24]. Die anwesenden Delegierten beschlossen das 22. IMCWP in der Hauptstadt der Demokratischen Volksrepublik Koreas abzuhalten, dessen Gastgeber die Arbeiterpartei Koreas sein wird.

Zur Bewertung des Verlaufs und der Ergebnisse des 21. IMCWP wollen wir auf ein Interview der Zeitschrift SOL mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), Kemal Okuyan hinweisen, welches die Mitglieder der TKP in Deutschland auf ihrer Homepage in deutscher Sprache veröffentlichten. Auswertungen und Stellungnahmen anderer Parteien liegen uns bisher nicht vor, bzw. sind uns nicht bekannt. Zur Bedeutung der Ausrichtung des Treffens durch KKE und TKP betonte Okuyan:

„Natürlich hat dies eher eine politische Bedeutung als eine technische. Die Beziehungen zwischen den beiden Parteien vertieften sich und wir haben eine Phase hinter uns gelassen. Die Mitglieder der beiden Parteien nahmen ge-

meinsam an der Sitzung teil, die beiden Parteien bildeten gemeinsam den Versammlungsrat, und auf der Sitzung wurden zwei Eröffnungsreden gehalten. Das bedeutet mehr als symbolisch“.

Und auf die Frage, ob zum Abschluss des Treffens eine Gewichtszunahme der Linie (gemeint ist die der KKE und TKP) gewertet werden kann, sagte der Generalsekretär der TKP:

„Wir sehen es nicht so. Zuallererst war es unsere Verpflichtung, die Effizienz und Sicherheit zu gewährleisten und zur Schaffung eines gesunden Beurteilungs- und Diskussionsumfelds zwischen den Parteien beizutragen. Dies ist das Erfolgskriterium des Treffens. Die Existenz unterschiedlicher Tendenzen unter den kommunistischen Parteien ist kein Geheimnis. Darüber hinaus kann gesagt werden, dass in einigen Fällen diese Unterschiede sogar zu Widersprüchen werden. Andererseits stellen die kommunistischen Parteien eine große Anhäufung dar, in der ein gewaltiges Kampfexperiment dahinter steckt, und in einigen Ländern gehören die kommunistischen Parteien zu den führenden Akteuren in ihren Ländern. Die Treffen, die wir abhalten, sind für die Parteien von großer Bedeutung, um sich zu verstehen, einander zuzuhören, Experimente auszutauschen und die Zusammenarbeit zu entwickeln. Es ist für kommunistische Parteien möglich, zu einem mächtigeren, besser organisierten, kämpferischeren, revolutionäreren Prozess mit einer stärkeren Interaktion zwischen den Parteien, einer theoretischeren und mehr politischen Produktion überzugehen. Das Erfolgskriterium dieser Treffen ist nicht die Stärkung des einen oder anderen Trends, sondern die Stärkung der Interaktion zwischen den Parteien. In dieser Hinsicht war das Treffen in Izmir recht erfolgreich“[25]

4 Fußnoten

- 1). http://www.tkp-deutschland.com/zentral-komitee_hauptseite/imcwp_einleitungsseite_interview_kemal_okuyan/
- 2). <https://kommunistische.org/hintergrund/zum-20-internationalen-treffen-der-kommunistischen-und-arbeiterparteien/>
- 3.) <https://www.initiative-cwpe.org/en/news/Struggle-for-Communism-100-Years-of-Political-Heritage/>
- 4.) <https://inter.rkrp.ru/без-рубрики/final-declaration-of-the-participants-of-international-conference-100-years-to-the-communist-international-and-tasks-of-the-communist-movement-today-moscow-1-2-june-2019/#more-698>

- 5.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-CP-of-Sweden>
- 6.) Die umfanglichen Schwierigkeiten und negativen Erfahrungen der spanischen Kommunisten in Bezug auf die Volksfrontpolitik während des Bürgerkrieges sprach sie hier nicht an, sind aber im Protokollband zur Tagung in Istanbul nachzulesen. Siehe Fußnote 3
- 7.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-the-CP-of-the-Workers-of-Spain/>
- 8.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-CP-of-Mexico/>
- 9.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-CP-of-Norway/>
- 10.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Opening-Speech-Communist-Party-of-Turkey/>
- 11.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-Russian-CWP/>
- 12.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-CP-Italy/>
- 13.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-CP-of-Ukraine/>
- 14.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-CP-of-the-Russian-Federation/>
- 15.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-CP-in-Denmark/>
- 16.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-CP-of-India/>
- 17.) <http://www.solidnet.org/article/21st-IMCWP-Written-Contribution-of-CP-USA/>
- 18.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-CP-of-Venezuela/>
- 19.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-CP-of-Bangladesh/>
- 20.) Siehe Fußnote 4
- 21.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Contribution-of-CP-of-the-Soviet-Union/>
- 22.) Ebenda, aaO. Siehe Fußnote 12
- 23.) <http://www.solidnet.org/meetings-and-statements/imcwp/21st-international-meeting-of-communist-and-workers-parties/>
- 24.) <http://www.solidnet.org/article/21-IMCWP-Appeal-of-the-21st-International-Meeting-of-Communist-and-Workers-Parties/>
- 25.) Ebenda aaO. Siehe Fußnote 1

Kommunistische Organisation: Zu einigen Problemen und Unklarheiten des Leitantrages an den 23. Parteitag der DKP

Der Leitantrag (LA) des DKP-Parteivorstandes (PV) an den 23. Parteitag der DKP unternimmt den Versuch, „Kampffelder im Rahmen der antimonopolistischen Strategie“ zu bestimmen. Die Übersetzung einer Strategie in eine konkrete Praxis ist ebenso richtig wie schwierig. Sie ist einerseits notwendig, wenn Kommunisten kollektiv, einheitlich und zielgerichtet handlungsfähig sein wollen. Andererseits treten dabei Unterschiede zutage, die sich auf theoretische Fragen zurückführen lassen und denen wir dementsprechend nachgehen müssen. In den LA spielen z.B. einige zentrale Streitfragen der kommunistischen Bewegung in Deutschland hinein: Was ist unter Imperialismus zu verstehen? Wie sind Länder wie China und Russland einzuschätzen? Was ist die Hauptaufgabe von Kommunisten und wie müssen sie sich organisieren? Und natürlich: Wie sieht überhaupt hier und heute eine Strategie, die zum Sozialismus führt, aus? In diesem Beitrag wollen wir nicht auf alle Aspekte des Antrags eingehen, sondern einige Punkte hervorheben, an denen sich große Fragen auftun oder an denen sich unseres Erachtens grundsätzliche Probleme der Antimonopolistischen Strategie (AMS) der DKP zeigen. Ebenso wie wir uns an der Diskussion der DKP beteiligen, begrüßen wir es, wenn es öffentliche Kritik an unseren Veröffentlichungen und Beschlüssen gibt. Aus unserer Sicht ist in den zentralen Fragen der kommunistischen Bewegung ein Klärungsprozess notwendig, um die Einheit der Kommunisten auf Grundlage ihrer Einigkeit herzustellen. Je stärker sich Kommunisten mit den schwerwiegendsten Streitpunkten auseinandersetzen und je aktiver sie sich in die Auseinandersetzungen einbringen und diese vorantreiben, desto besser stehen die Chancen für einen solchen Prozess.

Die Unklarheiten von Brüchen und einer Wende

Im LA bezieht der PV die Kampffelder auf grundsätzliche strategische Fragen: *„Das nächste strategische Ziel der Kommunistinnen und Kommunisten ist es, diese Offensive [des Monopolkapitals, KO] in einzelnen Bereichen zu bremsen und zu stoppen und längerfristig eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten des Monopolkapitals zu erreichen. Das meinen wir mit einer Wende zu Frieden und Abrüstung, zu demokratischem, sozialem und*

ökologischem Fortschritt. Dabei gehen wir davon aus, dass Fortschritte im Kapitalismus nicht dauerhaft gesichert werden können und der Kampf für die sozialistische Umwälzung weitergeführt werden muss. Mit diesem Dokument wollen wir Kampffelder bestimmen, in denen wir es für möglich halten, dass sich die Arbeiterklasse punktuell aus der Defensive befreien und die Offensive des Monopolkapitals durchkreuzen kann.“ (LA Z. 9ff)

Die hier zugrundeliegende strategische Orientierung auf eine sogenannte Wende nimmt Bezug auf den Abschnitt „Unser Weg zum Sozialismus“ des Parteiprogramms von 2006 („Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“) bzw. den Beschluss des 22. Parteitags („Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt“). Wir halten diese Orientierung für falsch. Exemplarisch ließe sich dies am neuen Zusatz zeigen, dass es sich um eine Wende zu ökologischem Fortschritt handeln soll, die Kritik trifft aber grundsätzlich das Konzept der Wende.

Prinzipiell verstehen wir die Wende so, dass es sich noch nicht um eine sozialistische Revolution handelt, sondern um politische Reformen innerhalb der bestehenden Ordnung des Monopolkapitalismus, die Ausdruck eines veränderten Kräfteverhältnisses sind. Im Beschluss des 22. Parteitags heißt es beispielsweise: *„Als Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt bezeichnen wir den Beginn der Durchsetzung sozialer Reformen und demokratischer Alternativen auf breiter Front durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Er wäre auf Seiten der herrschenden Klasse mit einem Zurückweichen verbunden.“* Dabei stellen sich weitreichende Fragen: Ist die Wende notwendig und wenn ja: warum? Ist eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten des Monopolkapitals überhaupt möglich? Worin würde der demokratische, soziale oder ökologische Fortschritt bestehen, der ja – wie der LA sagt – immerhin erreicht, wenn auch nicht dauerhaft im Kapitalismus gesichert werden kann? Es ist richtig, dass Abwehrkämpfe notwendig sind. Das Konzept der Wende hilft aber nicht dabei weiter, zu verstehen, mit welcher Schlagrichtung sie geführt werden müssen, auf welche Art der Kampf der Arbeiterklasse politisch werden kann, um ein Kampf für den Sozialismus zu werden:

Erstens ist die Vorstellung einer solchen Wende illusorisch: je mehr sich objektive Widersprüche zuspitzen und je stärker das Klassenbewusstsein in der Arbeiterklasse wächst, desto intensiver wird der Klassenkampf geführt wer-

den, und zwar von beiden Seiten. Tatsächlich benennt der LA, dass der Kampf auf den „*erbitterten Widerstand der aus- und inländischen Monopolbourgeoisie*“ stoßen und daher eine Wende „*nur das Ergebnis eines ebenso erbitterten antimonopolistischen Widerstands*“ sein kann (LA, Z. 606f). Es gibt aber keinen Grund anzunehmen, dass die herrschende Klasse das Mittel der Einbindung über Zugeständnisse als besser geeignet ansieht als andere Mittel, beispielsweise einen verstärkten ideologischen Kampf oder Repression.

Zweitens ist sie zu statisch: DKP-Programm und LA zeichnen die Wende als eine Art Zwischenplateau auf dem Weg zur Revolution – von hier aus (und nur von hier aus) lässt sich dann der nächste Schritt gehen, denn nun ist die Offensive des Monopolkapitals gestoppt, das Kräfteverhältnis hat sich sogar gegen das Monopolkapital gewendet; die Wende wird so zu einem strategischen Meilenstein. Dahinter steht eine problematische Sicht auf die Faktoren, die für die sozialistische Revolution zusammenkommen müssen: die objektiven Bedingungen (eine Krise der Herrschaft, oder wie Lenin es sagt, „wenn die „Unterschichten“ das Alte nicht mehr wollen und die „Oberschichten“ in der alten Weise nicht mehr können“, LW 31, S.71) und der subjektive Faktor (die Vorbereitung der Arbeiterklasse, der Partei und gesellschaftlicher Bündnisse). Objektive und subjektive Faktoren laufen nicht synchron: weder schlägt sich die Entwicklung des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse oder die Entwicklung der kommunistischen Partei direkt in einer gesamt-nationalen Krise nieder, noch bewirkt eine solche Krise automatisch die Verbesserung des subjektiven Faktors. Gleichzeitig lässt sich nicht exakt vorhersagen, wie sich die objektiven Faktoren entwickeln, sie können hochdynamisch sein. Lenin bemerkt dazu: „Das Merkmal einer jeden wirklichen Revolution ist die schnelle Verzehnfachung, ja Verhundertfachung der Zahl der zum politischen Kampf fähigen Vertreter der werktätigen und ausgebeuteten Masse, die bis dahin apathisch war.“ (LW 31, S.72) Wieso bereits vor der stürmischen Entwicklung in einer revolutionären Situation weitreichende Veränderungen gegen das Monopolkapital umsetzbar sein sollen oder notwendig sind, erschließt sich uns nicht.

Der PV benennt richtigerweise im LA die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und der Erringung der politischen Macht. Der entsprechende Abschnitt verbleibt aber im Unklaren, wie dies nun mit den Kampffeldern und

der Wende zusammenhängt: *“In dieser Situation halten wir es für notwendig, die Kampffelder genauer zu bestimmen, an denen wir Bruchpunkte in der Offensive des Monopolkapitals für möglich halten. Brüche, die wir für möglich halten, stehen noch keinesfalls für einen Hegemoniewechsel. Sie stehen für die Möglichkeit, in einzelnen Kampffeldern die durchgängige Offensive des Monopolkapitals zu behindern, zu erschweren und eventuell zu durchkreuzen. Solche Brüche können, müssen aber nicht der Beginn eines Bruchs mit der Offensive des Monopolkapitals sein, das heißt, der Beginn einer Wende zu Frieden und Abrüstung, zu demokratischem, sozialem und ökologischem Fortschritt.”* (LA, Z. 141ff)

Worin bestehen solche Brüche? Was wäre ein Bruch mit der Offensive des Monopolkapitals? Ein Bruch suggeriert einen signifikanten qualitativen Schritt – woran wäre dieser festzumachen? Es wäre gut, diese Fragen klar zu beantworten. Die momentane Fassung ist gewissermaßen ein Rückschritt gegenüber dem Parteiprogramm von 2006 und dem Beschluss des 22. Parteitags. In diesen wird von einem Bruch lediglich im Singular und im revolutionären Sinn gesprochen, wohingegen der Begriff hier diese Bedeutung offensichtlich verliert.

Eine weitere hilf- und zahnlose Stelle schließt sich ab Z. 263 an: *„Die Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte aller antimonopolistischen Klassen und Schichten gegen die Interessen der Monopole ist der entscheidende Kampf um die Demokratie unserer Epoche und Hauptinhalt aller Facetten des demokratischen und antifaschistischen Kampfes. Bestandteil dieses Kampfes ist zunehmend auch die Verteidigung demokratischer Rechte gegen ihnen entgegengesetzte Bestimmungen der EU.“* (LA, Z. 263)

Eine Verbindung mit dem Ziel des Sozialismus fehlt in dieser strategisch zu verstehenden Formulierung vollkommen.

Die Unklarheit in der Bündnisfrage

Die Frage, welchen Charakter eigentlich der Staat hat, in dem solche Brüche erreicht werden können, wird im LA ausgeklammert, was an sich schon problematisch ist. Ebenso problematisch ist die Behandlung der Bündnisfrage: *„Die Kräfte dieses Widerstandes setzen sich aus allen Klassen und Schichten zusammen, die im zunehmenden Widerspruch zu den Monopolinteressen stehen: Arbeiter und Angestellte, Beamte, Ingenieure und Wissenschaftler, Leh-*

rer und Künstler, Kleinbauern, Handwerker und Gewerbetreibende; zu ihnen zählen in ihren spezifischen Ausprägungen die Auszubildenden genauso wie Schüler und Studenten. Zentrale Aufgabe der DKP ist es zu helfen, dieses Bündnis auf Grundlage der objektiven gemeinsamen Gegnerschaft zur Monopolbourgeoisie zu formieren, zu verstetigen und voranzutreiben“. (LA, Z. 609f)

Das erste Problem besteht darin, den Grundwiderspruch zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse zugunsten der monopolistisch/antimonopolistischen Trennlinie in den Hintergrund zu rücken. Unschärfe zeigt sich dabei auch, wenn dieses Verhältnis konkret bestimmt wird: *„Die DKP sieht objektiv eine wachsende Interessenidentität von Mittelschichten und Arbeiterklasse im Kampf gegen Angriffe der Monopolbourgeoisie. Dies betrifft zum Beispiel die bereits beschriebenen Bereiche der Reproduktions-sphäre, also Kämpfe gegen die Enteignung öffentlichen Eigentums, Personalnotstände oder Kürzungen oder Verteuerungen kommunaler Leistungen. Diese Anknüpfungspunkte für ein antimonopolistisches Bündnis ändern nichts an dem sozialen Gegensatz zur Arbeiterklasse“* (LA, Z. 799f). Einen sozialen Gegensatz von Arbeiterklasse zu – der Mittelschicht? Was ist dann mit Mittelschicht gemeint? Die nichtmonopolistische Bourgeoisie? Es wäre verhängnisvoll zu denken, dass mit dieser derartige Kämpfe zusammen geführt werden könnten.

Das zweite Problem besteht darin, dass die Rolle der Sozialdemokratie überhaupt nicht benannt wird. Im Mittelpunkt der Darstellung des LA steht das antimonopolistische Bündnis, in dem die Arbeiterklasse als Hauptkraft (LA Z. 621) gesehen wird. Was ist der Zweck dieses gesellschaftlichen Bündnisses? Der PV schreibt: *„Es geht darum, eine gemeinsame antimonopolistische Stoßrichtung der Kämpfe an die Stelle des Gegeneinander-Ausspielens zu setzen. Nur gemeinsam lässt sich die Offensive des Monopolkapitals durchkreuzen, lassen sich der Einfluss der Lobbyisten, die Macht der Konzerne, der Banken, der reichen Großaktionäre und der Finanzoligarchie zurückdrängen“* (LA Z. 127f) . Eine „Wende“ hin zu einer entsprechenden Politik schließt, wenn sie innerhalb des bürgerlichen Staates stattfinden soll, notwendigerweise das Bündnis mit der Sozialdemokratie ein. Wir gehen davon aus, dass aus kommunistischer Sicht der insgesamt schädliche Einfluss der Linkspartei und erst Recht der SPD auf die Arbeiterbewegung auf der Hand liegen. Sie schüren

Illusionen in den Parlamentarismus, sie decken den Klassenwiderspruch zu, sie dämpfen aufkommende Kämpfe ab und lenken sie in ungefährliche Bahnen. Kurzum: sie organisieren die Desorganisation der Arbeiterklasse. Überdeutlich wird dies überall, wo sie in Regierungen sitzen, auch die Linkspartei stellt es eindrücklich in Thüringen oder Berlin zur Schau. Aber die Sozialdemokratie büßt dennoch an Integrationskraft ein. Ein gewichtiger Teil der Arbeiterklasse hat sich bereits von diesen Parteien abgewendet und sucht nach Antworten. Antworten, die eine kommunistische Partei schuldig bleibt, wenn sie nicht auch die schädliche Rolle der Sozialdemokratie und die Gefahr der parlamentarischen Einbindung klar benennt.

Die DKP muss ihre eigene Rolle in den Kämpfen kritisch hinterfragen und gleichzeitig den Stand der Kämpfe kritischer unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes bewerten. Beispielsweise wird die Mieterbewegung angesprochen (LA Z. 528 – 541), deren Teil die DKP sei. In dieser Bewegung mangelt es an Klassenbewusstsein und sie ist im Griff der Sozialdemokratie. Dies müsste zuerst einmal benannt werden, um dann die Frage zu stellen, welche Interessen die Arbeiterklasse hier hat und wie dieser Kampf ein politischer wird, in dem ein Klassenbewusstsein entwickelt werden kann. Eine unkritische Aufzählung von Forderungen, die die Partei erheben kann (Verbot von Privatisierung öffentlichen Wohnraums, Vergesellschaftung privater Wohnungsbaugesellschaften, Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus, ...), helfen nicht weiter. Die Strategie der DKP unterschätzt und überschätzt gleichzeitig die Arbeiterklasse: Sie unterschätzt sie in ihrem Potential, die führende Kraft auf dem Weg zu und in einer sozialistischen Revolution zu sein, weshalb sie selbst in der antimonopolistischen Bourgeoisie noch Bündnispartner wittert. Und sie überschätzt die Arbeiterklasse in ihrem jetzigen Stand, wenn sie nicht sieht, dass der Einfluss der Sozialdemokratie aktiv bekämpft werden muss und Wege gefunden werden müssen, in den Kämpfen einen Klassenstandpunkt zu etablieren.

Die Unklarheiten in der Imperialismusanalyse

Ein drittes großes Problem des LA besteht in der Imperialismusanalyse. Zum einen halten wir die Charakterisierung Russlands und Chinas als antiimperialistisch für falsch. Zum anderen leistet der PV der Vorstellung Vorschub, dass eine friedliche oder fortschrittliche Weiterentwicklung im Kapitalismus möglich sei. Beispielhaft zeigt sich dies in Zeile 43: *“Die VR China und die Russi-*

sche Föderation sind im Wirken für friedliche Koexistenz, für die Respektierung des Völkerrechts, für Kooperation statt Konfrontation in einer multipolaren Weltordnung zusammengedrückt und stellen den Dominanzanspruch des Imperialismus ökonomisch, politisch und militärisch zunehmend in Frage.“ (LA, Z. 43)

Wir sind uns einig mit der DKP, dass die momentanen Aggressionen vornehmlich von der NATO und insbesondere den USA ausgehen. Dies zeigt sich beispielsweise in dem militärischen Großmanöver „Defender 2020“, mit dem die NATO Stärke demonstrieren will. Russland und China sind demgegenüber militärisch in der Defensive, sowohl was den Rüstungsstand als auch was die konkrete Politik angeht.

Eine Darstellung von China und Russland als Friedensmächten, die auf Kooperation setzen und „objektiv antiimperialistisch“ (diese Bezeichnung taucht allerdings nicht explizit im LA auf) wirken, täuscht dennoch über den Charakter dieser Länder hinweg. Wir meinen, dass es sich um innerimperialistische Auseinandersetzungen handelt, in denen die USA versuchen, ihre Vormachtstellung verstärkt mit militärischen Mitteln zu sichern, während China darauf setzt, zunächst ökonomisch an den USA vorbeizuziehen. Diese ungleiche Entwicklung wird nur schwerlich aufzuhalten sein – aber das Mittel eines präventiven zwischenimperialistischen Krieges zur zeitweiligen Schwächung der neuen Rivalen liegt auf dem Tisch.

Eine Position der Äquidistanz, die die Akteure als gleichermaßen imperialistisch und zu bekämpfen ansieht ist daher falsch, und es ist dringend notwendig, sich gegen die ideologische Mobilmachung des Westens gegen China und Russland zu stellen.

Trotzdem muss eine kommunistische Partei klarstellen, dass der Imperialismus nicht friedensfähig ist. Aus dem Aufstieg Chinas und dem stärkeren Eintreten Russlands für die eigenen Interessen ergibt sich keine Perspektive einer friedlicheren Welt – genau davon spricht der LA aber, wenn er in der internationalen Entwicklung „*Chancen für die Friedens- und antiimperialistischen Kräfte*“ (LA Z. 81-83) sieht. China greift die globale Vormachtstellung der USA an, eine Neuaufteilung der Welt nimmt ihren Lauf und wird voraussichtlich in den nächsten Jahren eskalieren. Kommunisten müssen der Arbeiterklasse eine historisch-materialistische Analyse vermitteln: Aus der ökonomi-

schen Entwicklung des Imperialismus geht notwendig der Krieg hervor. Der LA schafft diese Klarheit nicht.

Zur Geschichte des Sozialismus

N. Starikow: Methode der Erhöhung der Effektivität in der Stalinschen Ökonomie (Übersetzung eines Artikels aus dem Russischen von der Internet-Seite svoy-put.ru von H. Münch)

Einleitung vom Übersetzer: Ich bin überzeugter ("gläubiger") Sozialist schon mein ganzes Leben lang, da ich in der DDR aufgewachsen bin und die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus sehr ernst genommen habe, die ich auf Grund meiner beiden Studien (eins davon in der UdSSR) auch immer lesen und lernen musste.

Dabei fiel mir auf, dass viele theoretischen Lehren dieser Vordenker in der Praxis nicht umgesetzt und auch nicht weiter entwickelt wurden, was zu teils schizophrenen Zuständen in der Wirtschaft und im täglichen Leben in der DDR, aber vor allem in der UdSSR, führte. Ich bemerkte dies vor allem, als ich 1976 zum ersten Mal in der SU und dabei auch südlich Saratov in dörflichen Gegenden war. Der Eindruck, dass da etwas gewaltig schief läuft, verstärkte sich sehr, als ich von 1980 bis 1984 in der SU studierte und danach die ökonomischen Folgen der Gorbatschowschen Politik der "Perestroika" miterlebte. Ich war am Anfang auch Anhänger von Gorbatschow, weil ich die Folgen seiner Politik nicht einschätzen konnte und nur wusste, dass sich etwas ändern musste.

Ich beobachtete voller Horror die Entwicklung und den Zusammenbruch der UdSSR und damit des sozialistischen Weltsystems sowie die Annexion der DDR durch die BRD. Dies waren für mich die tragischsten Erlebnisse in meinem Leben. Ich habe mich 30 Jahre lang nicht mit diesen Problemen beschäftigt, weil es für mich zu schmerzhaft war, mich daran zu erinnern. Jetzt aber denke ich, dass man einfach gezwungen ist, diese Probleme aufzuarbeiten und

nach Alternativen zu dem heutigen Monopol- und finanzkapitalistischen System zu suchen, welches die Welt beherrscht, weil wir an einem Wendepunkt angekommen sind und die nächste große Krise des imperialistischen Systems vor der Türe steht.

Von der deutschen Sozialdemokratie, die nach Liebknecht und Luxemburg immer wieder die Interessen der Werktätigen verraten hat und dies auch heute weiter tut, kann man keine Alternativen erwarten, da sie grundsätzlich anti-sozialistisch eingestellt ist. Das gilt heute leider auch für die "Linke", die schon so weit "systemintegriert" ist, dass man sie von der Sozialdemokratie kaum noch unterscheiden kann. Ich hatte einige Hoffnung auf S. Wagenknecht gesetzt, da sie mir von den bekannteren Politikern noch die sozialistischsten Positionen zu vertreten schien und habe mir deshalb das Buch von D. Goëßmann "Sahra Wagenknecht, Von links bis heute" gekauft und gelesen, weil ich hoffte, darin Antworten zu finden. Ich wurde aber ziemlich enttäuscht. Davon abgesehen, dass der Autor, der über Wagenknecht schreibt, diese ziemlich voreingenommen aus seiner westlichen Sicht einschätzt, bleibt zum Schluss doch der Eindruck, dass Wagenknecht die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft verteidigt und von der Sache her einen reformierten Kapitalismus im Sinne der "sozialen Marktwirtschaft" anstrebt.

Damit bin ich aber ganz und gar nicht einverstanden, denn dieses System hat auf der ganzen Linie versagt und ich gebe Lenin Recht, der sagt, dass es unmöglich ist, den Imperialismus in den Kapitalismus der freien Konkurrenz zurück zu führen.

Deshalb habe ich mich weiter umgesehen, vor allem im Internet auf russischsprachigen Seiten. Dabei bin ich in YouTube auf einige Vorträge von renommierten russischen Ökonomen und Politologen gestoßen, die sich mit der Politik Stalins in der UdSSR auseinandersetzen, vor allem mit der Ökonomie. Ich bin dabei auf die so genannte Methode der Erhöhung der Effektivität der Produktion in der Stalinschen Ökonomie aufmerksam geworden, die ich sehr interessant fand und habe im Weiteren dann einen Artikel dazu gesucht, den ich unter der oben genannten Überschrift gefunden und jetzt z.T. übersetzt habe, da ich denke, dass es Zeit ist, sich ernsthaft mit dem theoretischen Erbe und der praktischen Politik Stalins auseinander zu setzen und von der neoliberalen Verteufelung seiner Person weg zu kommen und Chrustschow, Gorbatschow sowie Solshenyzin (sein Buch "Archipel Gulag" ist nachgewie-

sener maßen eine Anhäufung von Halbwahrheiten, Lügen und Übertreibungen) als eindeutige Verräter der sozialistischen Ideen zu brandmarken.

In Russland werden inzwischen "Stalin-Lesungen" durchgeführt, die man sich im Internet anschauen kann und die viele "Klicks" erhalten. Ich bin auf jeden Fall im Verlauf meiner Suche zum "Stalinisten" geworden und schäme mich dessen überhaupt nicht, auch wenn dies in der heutigen "aufgeklärten und progressiven Gesellschaft" ein Schimpfwort ist.

H. Münch

Nun aber zum Text!!

N. Starikow: Methode der Erhöhung der Effektivität (MEÖ) in der Stalinschen Ökonomie/Stalin J.V.

Die Politik der planmäßigen Senkung der Preise.

Für Sie eine kleine Aufgabe. Sie sind Staatsoberhaupt. Sie stellen ein bestimmtes Volumen an Produkten her, welches wir als 100 % annehmen. Aber nach einem Jahr erhielten Sie als Resultat der Erhöhung der Produktivität der Arbeit auf Grund der Einführung neuer Technologien, der Organisation der Arbeit usw. eine Erhöhung des Volumens der hergestellten Produkte und dieses beträgt jetzt 110 % vom vorherigen. Frage: nutzen Sie diesen Zuwachs um 10 % , um mehr Geld zu drucken oder verringern Sie die Preise um den Betrag dieses Zuwachses?

Falls Sie die Preise senken, wächst die Kaufkraft der Bevölkerung: die Armen werden reicher, aber die Reichen werden nicht ärmer. Falls Sie aber Geld ohne Senkung der Preise drucken, bleibt die Kaufkraft insgesamt die frühere, aber das Geld aus den Taschen derer, die arbeiten, geht in die Taschen der über, die es verstehen, Geld zu machen. Jetzt steigen die Preise, weil man auf Grundlage des Zuwachses mehr Geld druckt.

Im Jahr 1939 wurde in der UdSSR eine neue Methode der Erhöhung der Effektivität der Ökonomie (MEÖ) ausgearbeitet. Die MEÖ nutzte man in der Mehrzahl der Zweige der Volkswirtschaft. Die MEÖ arbeitet effektiv in der sozialistischen wie auch in der kapitalistischen Ökonomie, aber in der sozialistischen Ökonomie war die Effektivität der MEÖ um mehr als zwei Mal höher.

Im Jahr 1955 übernahm Japan die MEÖ, was dessen stürmisches ökonomisches Wachstum auf Grund vor allem innovativer Technologien (Japanisches Wunder) sicherstellte, aber die UdSSR hat im gleichen Jahr auf diese MEÖ verzichtet (Chruschtschow), was in der Folge die Degeneration der Ökonomie hervorrief.

In der UdSSR verwendete man von 1939 bis 1955 eine „Zaubermethode“, welche einen beispiellosen Aufschwung der Ökonomie sicherstellte. Über diese Methode ist zur heutigen Zeit absolut nichts bekannt, obwohl man sie in jenen Jahren in der UdSSR überall angewandt hat.

Aber beginnend mit der Mitte der 50-iger Jahre hat sich die Situation stark verändert. Das Wachstumstempo verringert sich, in einer Reihe von Zweigen traten wirkliche Ausfälle auf.

So hat der japanische Milliardär Cherosi Teravama im Jahr 1991 gesagt, indem er sich an die sowjetischen Ökonomen wandte:

"Sie sprechen nicht über das Grundlegende, über Ihre Vorreiterrolle in der Welt. Im Jahr 1939 waren Sie, die Russen, die Klugen, aber wir, die Japaner, die Dummköpfe. Im Jahre 1949 wurden Sie noch klüger, aber wir blieben noch Dummköpfe. Aber im Jahr 1955 wurden wir klüger, doch Sie verwandelten sich in fünfjährige Kinder. Fast unser gesamtes ökonomisches System haben wir praktisch von Ihrem kopiert, mit dem einzigen Unterschied, dass wir Kapitalismus, private Produzenten haben und wir mehr als 15 % Zuwachs nie erreichten, aber Sie bei gesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln erreichten 30 % und mehr. In allen unseren Firmen hängen Eure Losungen der Stalinzeit."

Die überwältigende Mehrheit der Bürger des modernen Russland, vom Liberalen bis zum Kommunisten, sind überzeugt, dass die Bevölkerung der UdSSR immer wesentlich schlechter als in den westlichen Ländern lebte. Niemand vermutet, dass gerade bei Stalin in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die sowjetischen Menschen in materieller und moralischer Hinsicht wesentlich besser lebten als in jedem anderen Land jener Zeit und besser, als in der modernen USA, über das heutige Russland schon gar nicht zu reden.

Dann aber kam Chruschtschow und verdarb alles. Und nach 1960 gerieten die Einwohner der UdSSR unmerklich in ein ganz anderes Land und nach einiger

Zeit vergaßen sie, wie sie früher lebten. Gerade zur Chruschtschow-Zeit erschienen in diesem neuen Land all diese negativen Linien, welche man heute fälschlich dem sozialistischen System als organisch eigen zurechnet. Und dieses Land eines inzwischen von den Chruschtschow-Reformen geschwächten Sozialismus, welches überhaupt nicht der früheren UdSSR ähnlich war, stürzte im Jahr 1991 unter der Last der angehäuften Probleme zusammen. Gorbatschow hat diesen Prozess nur beschleunigt, indem er im Stile Chruschtschows weiter handelte.

Im Laufe der Reformen der Jahre 1956-1960, welche N.S.Chrustschow verwirklichte, wurden kardinale Veränderungen im politischen wie auch im ökonomischen System des Sozialismus vorgenommen. Diese Veränderungen führten zu einer wesentlichen Verschlechterung der materiellen Lage praktisch aller Schichten der Bevölkerung, zur Verringerung der Produktion von landwirtschaftlichen und industriellen Waren, der Verkleinerung des Assortiments dieser Waren und Verringerung ihrer Qualität, der Erhöhung der Preise.

„Die Unterschiede des "stalinschen" ökonomischen Modells vom "chrustschowschen". Eine Mine mit verzögerter Wirkung wurde von Chrustschow in das Fundament der UdSSR gelegt.

Bis zum "Chruschtschowschen Tauwetter", also in der "Epoche des Stalinismus", wirkte in unserer Ökonomie ein interessanter und sehr effektiver Mechanismus - die Kontrolle und Vergütung der Senkung der Selbstkosten der Produktion. Im Zusammenwirken mit anderen, sicherte er die bekannte jährliche Senkungen der Preise.

Wie war das aufgebaut? Schauen wir uns das genauer an.

Am Anfang des Jahres werden auf alle Basiswaren, in Übereinstimmung mit den erreichten Selbstkosten, feste, für dieses Jahr unveränderliche Preise festgelegt. Aber für die Senkung der Selbstkosten zahlte man Prämien - und gute! Und, beachten Sie! Man hatte etwas, wovon man sie zahlen konnte, weil im Laufe des Jahres die Produktion verbessert wurde, und wenn bei unverändertem Preis die Selbstkosten fallen, dann wächst der Gewinn! Und davon wurden dann die Prämien gezahlt.

Es ist natürlich, dass zum Ende des Jahres die Selbstkosten der Waren wesentlich gesenkt worden waren und der Gewinn anstieg. Das Nachdenken über die Produktion war vorteilhaft.

(Anm. des Übersetzers: nach meiner Erinnerung an einen Vortrag auf YouTube: weil die Prämien, die teilweise bis zu Jahresgehältern und mehr betragen, unmittelbar an die Ideengeber und Verwirklicher ausgezahlt wurden, und nicht, wie später durch Chruschtschow eingeführt, an die Partei- und Betriebsführungen. Chruschtschow schuf damit ein staatlich sanktioniertes Korruptionssystem, um sich die Unterstützung der Partei- und Wirtschaftslieder zum persönlichen Machtausbau zu sichern, womit natürlich das Interesse der eigentlichen Produzenten an der Effektivitätserhöhung geradezu vernichtet wurde. In dem Vortrag wurde auch ein ganzes Bündel an Methoden zur Erhöhung der Effektivität genannt, an die ich mich aber nicht mehr erinnere, die von Chruschtschow außer Kraft gesetzt wurden).

Jetzt weiter. Zum Ende des Jahres wurden die Ergebnisse erfasst. Derjenige, bei dem die Selbstkosten mehr gesenkt wurden als bei den anderen, wurde zusätzlich prämiert (zusätzlich zu den Prämien im Verlaufe des Jahres!). Den volkswirtschaftlichen Effekt, der durch die Steigerung der Effektivität der Produktion, wie sie eben geschildert wurde, entstand, führte dazu, die Preise im kommenden Jahr verringern zu können.

Er wurde also den Leuten übergeben, dem ganzen Volk des Landes. Der Gewinn war kein Selbstzweck. Mehr noch, am Ende des Jahres wurde der Gewinn durch die Senkung der Preise bewusst und geplant "beschnitten".

Das wurde folgendermaßen gemacht. Zu den neuen (verminderten) Selbstkosten wurde eine Norm des Gewinns dazu gerechnet, nehmen wir an, 20 % (in unterschiedlichen Zweigen der Produktion und den unterschiedlichen Jahren waren die Ziffern unterschiedlich, in Abhängigkeit von den Bedingungen und den Zielen der Regulierung) und so erhielt man neue, auf natürliche Weise gesenkte Preise, welche bis zum nächsten Jahr galten. Die Absenkung der Preise wurde jährlich durchgeführt und die Liste der so gesenkten Preise wurde veröffentlicht. Über dieses Ereignis sang Wysotskiy (*Anm. Übers.: sehr bekannter und beliebter sowj. Dichter und Sänger*): „war eine Zeit, und die Preise wurden gesenkt“.

Ist dies nun gut oder schlecht? Urteilen Sie selbst. Unter Kontrolle befanden sich die Selbstkosten sowie der Preis. Und sogar der Gewinn war die ganze Zeit unter Kontrolle und konnte nicht riesengroße Ausmaße annehmen. Und das ist von mehreren Seiten her sehr gut. Betrachten wir wenigstens einige.

Erstens, das war sehr gut für den Betrieb, denn ein geringer, nämlich normierter Gewinn blähte den Preis der Waren nicht auf und die Waren konnten auf Grund dessen allen zugänglich sein, fanden einen einfachen Absatz und das stellte dem Unternehmen einen gleichmäßigen Zufluss an Finanzmitteln sicher.

Zweitens, dieser Mechanismus der Formierung der Preise und des Gewinns existierte in allen Unternehmen und nicht ein Unternehmen konnte sich in die Stellung des "Monopolisten" bringen und anfangen eine Erhöhung der Preise zu diktieren, einen nicht erarbeiteten Gewinn erhalten – einen Gewinn auf Grund der Beraubung des Anderen. Oder anders ausgedrückt, einen höheren Gewinn ohne die Verringerung der Selbstkosten.

Warum ist die Beraubung des Anderen schrecklich? Nicht nur deshalb, weil irgendwer auf Kosten von irgendwem "umsonst durchfuhr". Nicht nur deshalb ist das schlecht. Viel schlechter ist, dass "die Explosion der Preise", welche in diesen Fällen immer auftritt, eine nicht zulässige Disharmonie in die Produktion und Konsumtion einführt und diese Disharmonie bringt im besten Fall eine Anarchie der Produktion, oder aber ihre vollständige Einstellung, mit sich.

Den Schaden durch das "Chruschtschowsche" Modell kann man leicht erkennen, wenn man zu den angeführten Überlegungen eine Analyse mit Hilfe der Regeln der Bewegung der Geldströme durchführt. Auf ihm ist dargestellt, wie der Mechanismus anfang zu arbeiten, wenn im Zentrum der Aufmerksamkeit (im Zielmodul) anstelle der Senkung der Selbstkosten der Gewinn gestellt wurde und die Regeln der Geldströme folgendermaßen gemacht wurden: Den Gewinn des Unternehmens hat man als wichtigstes Merkmal geplant, für dessen Erfüllung man entweder prämiert oder bestraft wurde. Der Gewinn wurde dabei in absoluten Ziffern geplant, d.h. man plante direkt, dass das Unternehmen verpflichtet war, so und so viel Tausend (Millionen) Rubel Gewinn zu erhalten. In der gleichen Zeit wurde unter dem Vorwand, dass "wir kein kapitalistisches System sind und die Beraubung der Bevölkerung durch

hohe Preise nicht zulässig ist", der Gewinn im prozentualen Verhältnis fest an die Größe der Selbstkosten angebunden, was es im stalinschen System nicht gab.

Erinnern wir uns, in ihm war es so. Auf eine Periode (nehmen wir ein Jahr an) wurde ein fester Preis festgelegt und es wurde die ANZAHL der Erzeugnisse geplant. Die Hauptsache war die Erfüllung des Planes nach ARTEN und der ANZAHL der Erzeugnisse und dabei wurde die Senkung der Selbstkosten prämiert. Auf diese Art und Weise hatten im Verlauf der Planungsperiode die Selbstkosten und der Gewinn keine feste Verbindung. Am Ende der Planungsperiode war der Selbstkostenanteil gegenüber dem Beginn um eine bestimmte Prozentzahl verringert, und so erhielt man den neuen (verringerten) Preis für die nächste Planungsperiode. Die Steigerung des Gewinns spielte in dem stalinschen System überhaupt keine Rolle, aber Vergrößern konnte man ihn nur auf zwei Wegen: durch Vergrößerung des Ausstoßes von Waren im Vergleich zum Plan und durch ABSENKUNG DER SELBSTKOSTEN, welche zum Ende der Planungsperiode die Grundlage für die laufende Preissenkung bildete.

Auf diese Art und Weise forderten die Regeln der Bewegung der Geldströme des stalinschen Systems eine Absenkung der Selbstkosten durch Erfüllung und Übererfüllung des Planes den ARTEN und den ANZAHLEN der Erzeugnisse nach zu erreichen.

Jetzt sehen Sie, was das "chrustschowsche" System forderte. In ihm war ALLES GENAU ANDERS HERUM. In ihm war die Hauptsache, den Gewinn (in Rubeln) zu erhalten, der geplant war. Aber der Gewinn selbst wurde als fester prozentualer Anteil der Selbstkosten berechnet. So erhielt man eine Abhängigkeit, JE HÖHER DIE SELBSTKOSTEN, DESTO HÖHER DER GEWINN. So erhielt man, dass man nicht zur Absenkung der Selbstkosten strebte, sondern zur ERHÖHUNG DER SELBSTKOSTEN.

Im Weiteren werden auf 6 Seiten von 16 Seiten einige Beispiele angeführt, zu welcher unsinnigen Reaktionen und Auswirkungen dieses "chrustschowsche" System in den Unternehmen geführt hat. Ich spare mir dies, da ich denke, dass jedem normal denkenden Mensch klar geworden ist, wie schädlich Chrustschow für die sozialistische Wirtschaft war. Aber er hat sich auch auf anderen

Gebieten ähnlich "hervorgetan", so dass ein Untergang des sozialistischen Systems schwer zu vermeiden war.

Unsere Aufgabe ist es, aus diesen Fehlern zu lernen und die ursprünglichen Grundlagen des Sozialismus von Lenin und Stalin zu erforschen.

Goethe und Hegel, auf die sich S.Wagenknecht beruft, schreiben zwar schöne, intelligente Sachen, sie sind aber Schreibstubegelehrte, die von der ökonomischen Praxis keine Ahnung haben und schon gar nicht unter den Bedingungen des entwickelten Imperialismus. Da halte ich mich lieber an Lenin, dessen Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" so aktuell wie nie ist und an Stalin, der eine riesige Volkswirtschaft unter den Bedingungen der imperialistischen Umkreisung und des Krieges erfolgreich geleitet hat und von dessen ökonomischen Prinzipien und Erfolgen zu seiner Zeit selbst Imperialisten begeistert waren.

Mit sozialistischem Gruß, Ihr "Stalinist" H. Münch

Karsten Schönsee (Übersetzung): 75 Jahre Partei der Arbeit Koreas - VZI, historische Wurzel der PdAK

Dieses Jahr markiert den 75. Gründungstag der Partei der Arbeit Koreas (PdAK). Die Gründung der PdAK war ein historisches Ereignis für das koreanische Volk, um ein unabhängiges Leben nach ihrem Herzensinhalt zu beginnen und zu führen. Und die kluge Führung der Partei hat die großartige Geschichte des sozialistischen Koreas hervorgebracht und es dem Volk ermöglicht auf dem Weg zum Sieg voller Zuversicht voranzuschreiten.

Im frühen 20. Jahrhundert wurde Korea zu einer alleinigen Kolonie der japanischen Imperialisten unter deren militärischen Besetzung. Sie hatten ein Monopol aller politischen Macht in Korea, vollstreckten eine beispiellose kolonialistische unterdrückerische Politik. Sie stationierten riesige Besatzungstruppen im Land und schufen viele repressive Organe.

Unter der kolonialen Herrschaft wurde Korea auf eine koloniale und halbfeudale Gesellschaft reduziert und das Leben der breiten Volksmassen, einschließlich der Arbeiter und Bauern, wurde extrem elend. Dies führte zu den sich täglich verschlechternden nationalen und Klassengegensätzen zwischen der absoluten Mehrheit der Massen, einschließlich der Arbeiter und Bauern,

auf der einen Seite und den japanischen Imperialisten, Großgrundbesitzern, Kompradorenkapitalisten und den pro-japanischen Bürokraten auf der anderen Seite.

Die finstere sozio-ökonomische Situation, die schwerwiegenden nationalen und Klassenwidersprüche, die Ausbildung des anti-japanischen Bewusstseins der Arbeiter, Bauern und anderen breiten Volksmassen sowie ihr revolutionäres Streben bildeten eine wichtige Bedingung für einen kräftigen anti-japanischen nationalen Befreiungskampf.

Die anti-japanische nationale Befreiungsbewegung drückte sich in Form der anti-japanischen patriotischen Freiwilligenbewegung aus und die patriotische kulturelle Aufklärungsbewegung konnte ihren Fehlschlag nicht vermeiden, der ihren eigenen Klassenschranken geschuldet war.

Mit Beginn der 1920er Jahre nahm die Arbeiterklasse aktiver Teil an dem Kampf. Die Entwicklung der Massenbewegungen wie der Arbeiterbewegung erforderte eine starke politische Führungskraft, die in der Lage war sie in koordinierter Weise zu führen.

Um die historische Anforderung zu erfüllen, wurde die Kommunistische Partei Koreas im April Juche 14 (1925) gegründet. Die Partei gab jedoch ihre Existenz drei Jahre nach ihrer Gründung auf, was der brutalen Unterdrückung durch die japanischen Imperialisten und dem Fraktionsstreit innerhalb der Partei geschuldet war.

Die koreanische Revolution, die Schwierigkeiten in den frühen Tagen der kommunistischen Bewegung schmerzlich erfahren hatte, erforderte eine militante Partei, die in der Lage war die Revolution durch alle Feuerproben zum Sieg zu führen.

Die Anforderung wurde erfolgreich verwirklicht durch den Beginn KIM IL SUNGS, die koreanische Revolution in der dunkelsten Periode der japanischen imperialistischen Herrschaft zu führen.

Um einen neuen Pfad der Revolution aufzuzeigen, beschloss KIM IL SUNG die Vorhut der Revolution zu formen, welche den anti-japanischen nationalen Befreiungskampf mit einem richtigen Kampfprogramm führen und sich auf die Massen stützen würde. Zu diesem Zweck schuf er den *Verband zur Zerschlagung des Imperialismus* (VZI) im Jahr 1926.

Während er eifrig vorhergehende Klassiker und revolutionäre Bücher las, studierte er tiefgreifend die Prinzipien der Revolution in enger Verbindung mit den aktuellen Bedingungen Koreas und analysierte die historischen Lehren des anti-japanischen Kampfes. Dabei wurde er davon überzeugt, dass sie den Weg nehmen müssen, der von der kommunistischen Ideologie gewiesen wurde, wenn sie die japanischen Imperialisten zerschlagen würden und die Unabhängigkeit des Landes und die Freiheit und Befreiung des Volkes erringen würden.

Um den Kampf zu beginnen einen neuen Weg der koreanischen Revolution zu erkunden, gewann er zunächst Genossen. Während er die kommunistische Ideologie unter Studenten geheim verbreitete, bildete er Jugendliche, die sich nach neuen Ideen sehnten und von denen er dachte, dass sie eine Ideologie, einen Zweck, Leben und Tod mit ihm teilen würden, als seine revolutionären Genossen aus und unternahm Anstrengungen sie in einer Organisation zu sammeln.

Am 17. Oktober 1926 rief er eine Versammlung zur Gründung des VZI zusammen. Auf dieser Zusammenkunft gab er einen Bericht mit dem Titel „*Nieder mit dem Imperialismus*“ ab, in dem er die Gründung des VZI bekannt gab.

Der VZI war ein unverfälschtes und frisches politisches Organ neuen Typs, den die Jugendlichen einer neuen Generation schufen, durch die Krisen der Geschichte für das Ziel der Realisierung der nationalen und Klassenbefreiung unter den Idealen des Antiimperialismus, der Unabhängigkeit und der Souveränität.

Die Gründung des VZI wurde der Beginn des Kampfes eine revolutionäre Partei vom Juche-Typus zu gründen und die Organisation diente dem als Wurzel der PdAK. Das Programm des VZI wurde die Grundlage des Programms der PdAK; das Prinzip der Unabhängigkeit aufgestellt vom VZI wurde das der PdAK in ihrem Aufbau und Aktivitäten. Und die Kommunisten einer neuen Generation, ausgebildet vom VZI, wurden das Rückgrat der Partei.

Nachher wurde der VZI rasch gestärkt und organisatorisch sowie ideologisch entwickelt.

KIM IL SUNG unternahm Anstrengungen, um Jugendliche zu politischem Bewusstsein zu ermuntern und sie zu organisieren, um sie zu Kommunisten einer neuen Generation zu erheben. Zu diesem Zweck formte er den Antiimperialistischen Jugendverband, eine geheime antiimperialistische und Jugend-Massenorganisation, die das Programm des VZI weiterführte.

Zu dieser Zeit waren revolutionäre Organisationen wie jene der Jugend und Studenten schnell auf dem Vormarsch, und der revolutionäre Vormarsch des Volkes, insbesondere der Jugendlichen, verstärkte sich mit jedem Tag. Dies erforderte, dass eine neue Vorhutorganisation gebildet werden muss, um die vereinigte Kontrolle und Führung all diesen Organisationen zu geben und dem anti-japanischen Kampf des Volkes eine stärkere Führung zu geben.

Dazu gründete KIM IL SUNG den *Kommunistischen Jugendverband Koreas* (KJVK) am 28. August 1927. Der Verband war eine revolutionäre Vorhutorganisation, der den massenbasierten anti-japanischen Organisationen die vereinigte Führung gab und die Verantwortung dafür übernahm, den Weg der koreanischen Revolution unter dem vorherrschenden Zustand zu erkunden, dass eine neue Generation in der kommunistischen Bewegung entstanden war.

Mit der Gründung des KJVK wurde ein neuer Fortschritt im Kampf, eine revolutionäre Partei zu gründen, gemacht, er begann mit dem VZI.

Ri Jong Nam

Quelle des englischen Originals: KOERA TODAY No. 1 – Januar Juche 109 (2020), S. 12-13

Anmerkung des Übersetzers: Im **Band I** der „**Gesammelten Werke**“ von KIM IL SUNG (Verlag für fremdsprachige Literatur, Pyongyang, Juche 99, 2010) sind die Originaldokumente aus dieser Zeit nachzulesen (Oktober 1926 – August 1945). Weiterhin gibt es in den „**Erinnerungen. Mit dem Jahrhundert 1**“ von KIM IL SUNG (Verlag für fremdsprachige Literatur, Pyongyang, 1992, besonders Kapitel II und III) viel Material zum weiteren Verständnis. Hier der Link zur PDF-Datei mit den „Erinnerungen. Mit dem Jahrhundert 1“: <http://www.korean-books.com.kp/KBMbooks/de/work/memoirs/2001.pdf>

Karsten Schönsee: Sozialistische Marktwirtschaft oder Schaffen aus eigener Kraft ?

Auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der linken Tageszeitung „junge Welt“, die am zweiten Samstag im Januar stattfand, konnte man die Werke des chinesischen Präsidenten Xi Jinping erwerben, in denen dieser kräftig für den chinesischen Weg der „sozialistischen Marktwirtschaft“ und die Politik der Öffnung und Reformen wirbt. Und nicht nur Egon Krenz, der vor 30 Jahren durch einen Parteiputsch im Politbüro der SED an die Macht in der DDR gekommen ist, rührt in seinem neuesten Buch und auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz kräftig die Werbetrommeln für den chinesischen „Marktsozialismus“.

Hoffungsvoll kann einen da - angesichts solcher Verwirrung in der internationalen kommunistischen Bewegung - nur ein Beitrag des Auslandssenders der DVRK, der „Stimme Koreas“, stimmen, der den Grundsatz der sozialistischen Planwirtschaft, das Schaffen und sich Verlassen auf die eigene Kraft der Arbeiterklasse und des Volkes, verteidigt:

„Stimme Koreas“: Das Schaffen aus eigener Kraft

Im historischen Wendepunkt, wo man unter der Leitung der großen Partei der Arbeit Koreas für den neuen Sieg beim Aufbau des starken sozialistischen Staates kämpft, wurde die 5. Plenartagung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas in der 7. Wahlperiode einberufen. Auf der Tagung wurde der revolutionäre Kurs darauf vorgelegt, entsprechend der gegenwärtigen Lage und der revolutionären Entwicklung, einen Kampf zum frontalen Durchbruch zu führen. In diesem Kampf dafür die Sanktionen und Erpressungen der feindlichen Kräfte zu vereiteln und einen neuen breiten Weg zum Aufbau des Sozialismus zu eröffnen, tragen die Koreaner unverändert das Banner des Schaffens aus eigener Kraft hoch. Das Schaffen aus eigener Kraft ist das Banner für Sieg und Gedeihen. Der Grund dafür liegt vor allem darin, dass man mit dem lebenswichtigen Geist des Schaffens aus eigener Kraft die stolze und heilige Geschichte der koreanischen Revolution von Paektu einleitete und kräftig voranschritt. Die Koreaner kämpften mit selbstgebauten Gürtelbomben gegen die räuberischen japanischen Imperialisten und gewannen den großen antijapanischen Krieg. Der souveräne Geist ermutigte sie dazu, mit eigener Kraft das Land wiederzuerlangen. Mit dem revolutionären Geist des Schaffens aus

eigener Kraft, der in der Zeit des antijapanischen revolutionären Kampfes ins Leben gerufen wurde, setzten sich die Koreaner für die Neugestaltung der Heimat nach deren Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft ein. In der Nachkriegszeit wurde dieser Geist die Triebkraft, die das legendäre Werk Chollima weit blicken ließ. Das koreanische Volk bekundete den Geist des Schaffens aus eigener Kraft besonders auf der Ruine den Aufbau in der Nachkriegszeit erfolgreich vorantrieb und in kurzer Zeit von nur 14 Jahren die sozialistische Industrialisierung verwirklichte und Korea in ein sozialistisches Land mit fester und selbständiger Wirtschaftsbasis und Landesverteidigungskraft verwandelte. Korea ein politisch, ideologisch und militärisch starker Staat errichtet mit eigener Kraft und Technik rühmensewerte monumentale Bauwerke. Die stolze Realität bestätigt eindeutig, dass man mit dem oben genannten Geist jede Schwierigkeit überwinden und jedes Ziel erreichen kann. Das Schaffen aus eigener Kraft gilt als Banner für Sieg und Gedeihen aus dem weisen Grund, weil es für alle Länder und Nationen der beste Weg dazu ist, trotz komplizierter internationaler Umstände, ihre eigene Entwicklung zu fördern. Die Erfahrungen jener unglücklichen Länder und Nationen, die auf Hilfe der anderen hofften und schließlich untergingen, bekräftigen die Wahrheit, dass man nur mit eigener Kraft und auf eigene Art und Weise den Weg zum Gedeihen bahnen kann. Korea, das die Menschen der Welt um Fortschritt beneiden, errichtet mit dem Geist des Schaffens aus eigener Kraft das Gedeihen des Landes und der Nation und schützt seine Souveränität und Würde. Ohne eigene Stärkung sind die Länder und Nationen nicht dazu fähig, den Traum des Volkes von einer neuen Gesellschaft zu erfüllen. Die Realität Koreas, in der das Ideal des Volkes realisiert wird, zeigt durch Praxis, dass nur der Weg zum Schaffen aus eigener Kraft der einzige Weg für das Land und die Nation ist.

Die Koreaner werden unter der weisen Führung von Herrn Kim Jong Un mit dem Geist des Schaffens aus eigener Kraft Weltwunder schaffen und unbedingt ihr Land in einen starken sozialistischen Staat verwandeln.

Quelle: <http://www.vok.rep.kp/index.php?CHANNEL=9&lang=>

Kommunistische Organisation: Wie hat sich die Konterrevolution auf die kommunistische Weltbewegung ausgewirkt?

Und was ist unsere Sicht als KO darauf und was denken wir, was jetzt zu tun ist?

In der kommunistischen Weltbewegung kam es nach der Auflösung der kommunistischen Internationale zu mehreren Spaltungen.

Die erste tiefe Spaltung erfolgte in den 50er Jahren zwischen der KPdSU und den meisten Kpen einerseits und der KP Chinas sowie der Partei der Arbeit Albanien's andererseits, die nach und nach zu einer feindlichen Stellung gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder übergingen. Diese Spaltung hatte Auswirkungen in fast allen Ländern und hält bis heute an.

Eine weitere Spaltung, die ebenfalls verheerende Folgen hatte, war die Entstehung des sogenannten „Eurokommunismus“ in den 70er Jahren. Einige große kommunistische Parteien wandten sich in den folgenden Jahren vom Marxismus und der Solidarität mit den sozialistischen Staaten ab. Die dort entwickelten opportunistischen Positionen existieren bis heute unter anderem in den Parteien der Europäischen Linkspartei, die zur Spaltung der kommunistischen Bewegung beiträgt.

Den größten Einschnitt in die internationale kommunistische Bewegung markierte jedoch unzweifelhaft die Konterrevolution 1989/91.

Die meisten kommunistischen Parteien verloren innerhalb kürzester Zeit einen Großteil ihrer Mitglieder, ihrer Verankerung, ihrer Infrastruktur. In Deutschland waren es nur wenige Tausend, die sich nach 1990 noch in der DKP und KPD organisierten.

Diejenigen, die blieben, weigerten sich, an das sogenannte „Ende der Geschichte“ zu glauben und standen nun vor einer gewaltigen Aufgabe. Sie mussten in einer Atmosphäre der totalen Demoralisierung den unkontrollierten Zerfall, in dem sich die kommunistische Bewegung nun befand, aufhalten und die Wende zum Wiederaufbau einleiten.

Aber zunächst waren oft Einflüsse dominant, die keineswegs eine marxistisch-leninistische Erneuerung der Parteien anstrebten, sondern eine Einglie-

derung in das Spektrum der Sozialdemokratie, als „roter Splitter einer bunten Bewegung“.

Die kommunistische Weltbewegung begann sich jedoch schon einige Jahre nach der Konterrevolution zu reorganisieren und erste kleine Schritte zur Überwindung ihrer tiefen Krise zu gehen. Von unschätzbarem Gewicht ist dabei das Verdienst, dass der Kommunistischen Partei Griechenlands zukommt.

Die KKE war selbst dabei, einen Klärungsprozess zu durchlaufen, in dem sie die opportunistischen Einflüsse ihrer Vergangenheit immer mehr überwand. 1998 berief die KKE zum ersten Mal seit der Konterrevolution ein Internationales Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien ein. Seitdem hat es jedes Jahr ein solches Treffen gegeben.

Auf den internationalen Treffen wurden auch die teilweise grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten deutlich. Im Zentrum stand und steht die Frage der Strategie der Kommunistischen Partei und die Frage, ob es eine Kommunistische Internationale braucht.

Diejenigen Parteien, die davon überzeugt sind, dass es eine internationale Koordinierung und Klärung braucht, haben die seit 2009 erscheinende internationale Kommunistische Rundschau und die Initiative der Kommunistischen und Arbeiterparteien gegründet.

Wo steht also heute die kommunistische Weltbewegung? Wir können feststellen, dass der akute Schockzustand, der nach dem Sieg der Konterrevolution eintrat, überwunden ist.

Einige Parteien wie die KKE und die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) haben es geschafft, den Niedergang zu stoppen und in ihrem Land erneut eine kraftvolle revolutionäre Arbeiterbewegung aufzubauen.

In anderen Ländern wurden neue kommunistische Parteien gegründet und konnten sich erfolgreich stärken und in der Arbeiterklasse verankern, so z.B. die Partito Comunista (PC) in Italien und die Kommunistische Partei Mexikos (PCM). All diese Parteien sind deshalb erfolgreich,

– weil sie erstens entgegen aller Aufforderungen, ihre Weltanschauung zu „modernisieren“, am wissenschaftlichen Sozialismus festhalten,

- weil sie zweitens einen zum Teil jahrelangen Klärungsprozess in Bezug auf die Strategie und die eigene Geschichte eingeleitet haben, der die Voraussetzung für ihr Erstarren war
- weil sie drittens in den Klassenkämpfen konsequent für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten,
- weil sie es viertens schafften, auf Grundlage der Leninschen Parteitheorie schlagkräftige Kampfparteien aufzubauen.

Wir werten diese Entwicklung als Zeichen dafür, dass eine positive Veränderung, dass Schritte nach vorne möglich sind. Die Möglichkeit, die Krise der kommunistischen Parteien zu überwinden, ist real. Damit wird noch nicht die Krise der Arbeiterbewegung überwunden. Aber die wichtigste Voraussetzung dafür wird geschaffen.

Als Teil dieser Bewegung, die versucht, die Lehren aus der Niederlage des Kommunismus im 20. Jahrhundert zu ziehen, hat sich auch die Kommunistische Organisation in Deutschland gegründet.

Ihre Gründung war die Schlussfolgerung aus unserer Analyse, dass die Organisation eines Klärungsprozesses innerhalb der bestehenden Organisationen nicht möglich ist.

Wir können feststellen, dass dieser Schritt bei allen Problemen und Herausforderungen richtig war. Wir haben mit dem Bolschewiki und den Arbeitsgruppen eine Struktur entwickelt, mit der wir an der Klärung der brennenden Fragen arbeiten.

Wir wollen an dieser Stelle betonen, dass wir zu den Organisationen aus denen wir zum Teil ausgetreten sind, DKP und SDAJ, ein konstruktives Verhältnis anstreben.

Seit unserem Austritt haben wir zur KPD freundschaftliche Beziehungen entwickelt und gemeinsam an Themen gearbeitet, unter anderem zum Revisionismus und Niederlagenanalyse. Uns eint der klare Bezug auf DDR und Sowjetunion und der Kampf gegen Revisionismus und Anti-Stalinismus.

Wir wollen, dass es ein gemeinsamer Klärungsprozess aller Kommunisten wird, eine gemeinsame, gerne auch kontroverse Diskussion und inhaltliche Arbeit.

Wir sind fest davon überzeugt, dass trotz der langen Phase der Niederlage und der heftigen ideologischen Angriffe der Bourgeoisie die Arbeiterklasse in Deutschland großes Potential hat.

Die Arbeiterklasse steht im Zentrum unserer Bemühungen, ideologische Klarheit und organisatorische Stärke zu entfalten. Es geht um die vielen Arbeiterinnen und Arbeiter, für die es existenziell wichtig ist, Antworten auf die brennenden Fragen zu finden und sich für den Klassenkampf zu organisieren.

Also vorwärts zur Klärung und zu einer starken kommunistischen Partei. Macht mit, bringt euch ein. Lasst uns die Reihen enger schließen, Aufgaben und Verantwortung auf alle Schultern verteilen und Schritt für Schritt mit klarem Blick voranschreiten.

Denn Geschichte wird gemacht – organisiert zur Revolution!

Kommunistische Partei der Türkei, Kommunistische Partei Griechenlands: Gemeinsame Erklärung der Kommunistischen Partei der Türkei und der Kommunistischen Partei Griechenlands zu den Entwicklungen in den griechisch-türkischen Beziehungen

Januar 2020

Mit unserer gemeinsamen Stellungnahme wollen wir, die KP Griechenlands und die KP der Türkei, in die gefährlichen und besorgniserregenden Entwicklungen in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer, sowie in den griechisch-türkischen Beziehungen eingreifen, verursacht durch gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Kräfte, welche, eigenen Interessen folgend, beide Völker in blutige Abenteuer hineintreiben wollen.

Die griechisch-türkischen Beziehungen, die heute durch die Planungen der herrschenden Bourgeoisien beider Länder, sowie durch die Interessen anderer Bourgeoisien und mächtiger imperialistischer Kräfte geprägt werden, haben einen Tiefpunkt erreicht. Grund dafür ist ihre Beteiligung an den heftigen Auseinandersetzungen zur Aufteilung der Energieressourcen in der Region, für die Energie- und Warentransportwege. Resultat der erbitterten Konkurrenzkämpfe sind die imperialistischen Interventionen und Kriege in den Regi-

onen, wie z.B. in Syrien und Libyen, die bedrohlichen Entwicklungen im Persischen Golf, genährt auch durch den US-amerikanischen Angriff gegen den Irak und die Ermordung iranischer und irakischer Amtsträger.

Teile des „Teufelskreises“ der Konkurrenzkämpfe zugunsten der Monopole sind verschiedene kapitalistische Staaten, darunter die Türkei und Griechenland, welche die Interessen der Bourgeoisien voranbringen. Achsen und Gegenachsen werden gebildet, während die imperialistischen Vereinigungen NATO und EU eine gesonderte und selbständige Rolle anstreben.

Teil dieser Entwicklungen sind die griechisch-türkischen Beziehungen. Die Völker der Türkei und Griechenlands können nichts Positives von der Verwicklung der USA, der NATO, der EU und anderer imperialistischer Kräfte erwarten.

Unsere beiden Parteien stützen sich auf den proletarischen Internationalismus, die internationalistische Solidarität. Von diesen Prinzipien geleitet, stellen wir uns den komplexen Entwicklungen in unserer Region, kämpfen für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes.

Wir heben hervor, dass sowohl die Kooperation als auch die Konkurrenz zwischen den Bourgeoisien der Türkei und Griechenlands, um beispielsweise die Frage, welches Land zum Energieknotenpunkt wird, nur ihren Eigeninteressen dienen und mit den Interessen der Völker nichts zu tun haben.

Es gibt nichts, was die Völker der Türkei und Griechenlands trennt! Es liegt in ihrem Interesse, ein friedliches Leben einzufordern, für ihre eigene Zukunft zu kämpfen, gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die kapitalistischen Profite, die zum Krieg und zur Umweltzerstörung führen. Für die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und für die Befriedigung der heutigen Bedürfnisse des Volkes, für die Ausmerzungen der Ursachen, die die Völker in den „Fleischwolf“ des imperialistischen Krieges treiben.

In diesem Sinne erklären die Kommunistischen Parteien Griechenlands und der Türkei:

- Wir stellen uns gegen jegliche Eventualität eines Zwischenfalls und gegen eine mögliche Verwicklung in einen Krieg.

- Wir stellen uns gegen die Verletzungen von Grenzen und das Infragestellen der internationalen Abkommen, die die Grenzen in der Region festgesetzt haben.
- Wir unterstützen die Position für die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Einhaltung der Abkommen, die sie festsetzen.
- Wir verurteilen die Versuche, aus Positionen militärischer Stärke vollendete Tatsachen in der Ägäis und im Östlichen Mittelmeer zu schaffen, sowie die enormen Militärausgaben beider Länder, die den Hintergrund für eine kriegerische Auseinandersetzung bilden.
- Wir prangern die Pläne für die gemeinsame Ausbeutung von Kohlenwasserstoffen in der Ägäis durch die Bourgeoisien beider Länder an, die darauf abzielen, dass die ausländischen und einheimischen Monopole die Kontrolle über die Energieressourcen gewinnen, um ihre Profite zu maximieren. Damit schaffen sie Bedingungen für noch größere Komplikationen und die Verschärfung der Konfrontation, sowie Gefahren für die Umwelt. Für die Arbeiterklasse, die Völker beider Länder gehen keine Vorteile aus diesen Plänen hervor.
- Wir kämpfen für die Loslösung beider Länder von den imperialistischen Plänen und für die Rückkehr der Streitkräfte aus den NATO-Auslandseinsätzen und anderen imperialistischen Auslandsmissionen.
- Wir kämpfen für die Loslösung unserer Länder von den imperialistischen Vereinigungen der NATO und der EU, für die Schließung der US- und NATO-Stützpunkte aus unseren Ländern.

Die Kommunistische Partei der Türkei und die Kommunistische Partei Griechenlands rufen die Arbeiterklasse und die anderen Volksschichten auf, den Kampf gegen die Pläne der Bourgeoisien und der imperialistischen Vereinigungen, gegen Nationalismus und Rassismus zu verstärken. Damit vermitteln sie die Botschaft, dass die als Nachbarvölker gewillt sind in Frieden zu leben und dies auch weiterhin fordern werden.

Kommunistische Partei der Türkei, Kommunistische Partei Griechenlands

Vor 100 Jahren: Der Kapp-Putsch

Heinz Ahlreip: Die Bedeutung des Kapp-Putsches

Im März 1920 marschierten 5.000 Faschisten mit dem Hakenkreuz am Helm durchs Brandenburger Tor, das war die Mannschaftsstärke der Brigade Ehrhardt und sie traf auf keinen Widerstand der Reichswehr, deren Stärke sich auf 20.000 Mann belief. Vom Offizierskorps in Berlin wollten nur zwei Offiziere(!), 2 von 20.000, General Reinhardt und Major Gilsa, bei einem verfassungsfeindlichen Umsturz bewaffneten Widerstand gegen den staatsfeindlichen faschistischen Putsch leisten, in Baden-Württemberg nur noch Generalmajor Bergmann, der dritte Außenseiter. Der Putsch dauerte nur fünf Tage, weil die Ausbreitung des Generalstreiks phänomenal war. Er vereinigte nach den Worten Ossietzkys „das ganze arbeitende Deutschland“.

Das Phänomenale ist einfach: Es gibt im Manifest nur eine Zeile, die Marx und Engels haben kursiv drucken lassen – „*Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!*“ Sie gilt, sich ihrer zu erinnern, um sich nicht in Spitzfindigkeiten der Tagespolitik zu verlieren. Zugleich zeigt die deutsche Geschichte, dass *ein* Generalstreik noch keinen sozialistischen Frühling ausmacht. Wie die Novemberrevolution blieb auch der Widerstand gegen Kapp stecken.

Das deutsche Kleinbürgertum schaffte bei diesem Anlass nicht den Dreh vom Reservisten der Bourgeoisie zu dem des Proletariats. Weil diese Kehrtwendung unterblieb, kamen auch die Monopolherren und Bankiers nach diesem Putsch mit einem blauen Auge davon.

Es waren fünf Tage im März 1920, die es in sich hatten. Was ist dieses ‚es‘? Nun, die Widersprüche, die der Putsch verdeutlichte, wurden durch ein eklatantes Fehlverhalten der SPD, vornehmlich ihres rechten Flügels, keiner progressiven Lösung zugeführt. Die SPD versagte innerhalb von sechs Jahren zum dritten Mal. (Kriegskredite, Novemberrevolution mit Beihilfe zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Kapp-Putsch.)

In einem ‚Aufruf an das deutsche Volk‘ hatte das sozialdemokratisch geführte Reichskabinett den Gedanken aufgeschrieben, dass der Putsch in wenigen Tagen an seiner inneren Unmöglichkeit zusammenfallen werde. Auch blinde sozialdemokratische Hühner finden manchmal ein Korn. Gegen die frischen

Ergebnisse eines Weltkrieges und einer mit der Oktoberrevolution verflochtenen Novemberrevolution war 1920 noch kein reaktionäres Kraut gewachsen. Aber man durfte dieses Kraut nicht als ausgerissen betrachten. 12 Millionen verhinderten damals eine weltgeschichtliche Relevanz der Kappisten, die sich in einen Schlamassel hineinmanövriert hatten. Ihr Putsch sank auf einen Spuk herab, der, wie gesagt, nur fünf Tage das Volk unterdrückte, einer seiner Teilnehmer war Ludendorff.

Dieser unternahm 1923 zusammen mit Hitler in München einen weiteren dilettantischen Putsch, der zeigte, dass er aus dem Debakel von 1920 nichts gelernt hatte, es folgten zehn Jahre später zwölf Jahre Hitler-Diktatur. Hitler war der ausgewachsene Kapp, der im Gegensatz zu Ludendorff die Bedeutung der Massen erkannt hatte, und diese ins politisch-strategische Kalkül miteinbezog. Rückständige deutsche Massen, meistens kleinbürgerlicher Provenienz, brachten ihn nach oben; fortschrittlichere, von der Oktoberrevolution aufgeweckte und inspirierte Massen in Europa und Übersee brachten ihn im Zusammenhang mit dem tödlichen Stoß der Roten Armee auf Berlin zu Fall.

Nach dem Kapp-Putsch wurde die 100.000 Mann starke Rote Ruhrarmee aufgelöst, was aus heutiger Sicht ein fataler Fehler war. Terrain für die deutsche Konterrevolution wurde freigemacht und damit zugleich ein Fünftageputsch bedeutsam, und zwar als einer kurzen Generalprobe der deutschen Konterrevolution. 1920 waren es 100.000 rote Soldaten der Ruhrarmee.

Die Märzkämpferinnen und Märzkämpfer gegen den Rechtsputsch standen vor einer Weggabelung: Nur den Kampf im Sinne der Verteidigung des Parlaments zu führen und die Militärdiktatoren zur Aufgabe zwingen, oder den Kampf als sichtbaren Klassenkampf außerhalb des Parlaments als Massenaktionen, als die unabwendbaren Fragen der Gegenwart und Zukunft im Sinne der weiterreichenden sozialen Interessen des Proletariats und der armen Landarbeiter und Bauern, die einen gemeinsamen Feind haben, das Kapital, mit nach vorne weisenden Parolen zu erweitern?

Natürlich lag mehr das dumpfe Empfinden vor: ‚Kapp muss weg‘ und ‚Nieder mit der Säbeldiktatur‘ als eine präzise wissenschaftliche Analyse des Putsches im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus. Die ‚Rote Fahne‘ der KPD brachte es auf den Punkt: „Ihr könnt nicht kämpfen für die Wiedereinsetzung der Regierung Ebert-Noske-Bauer oder einer anderen mehrheitssozialistisch-

bürgerlichen Koalitionsregierung, weil ihr nicht kämpfen könnt für die Wiederherstellung der Schrittmacher und Mitverbrecher der Militärdiktatur“. Das wurde zur rechten Zeit veröffentlicht, an dem Tag, an dem Kapp die Reichskanzlei auf Druck der Volksabwehr verlassen musste.

In die Kanzlei zogen dann aber wieder Ebert und Bauer ein, zunächst auch noch Noske, den die Opportunisten aber nicht gegen den Druck der Volksmassen, insbesondere der Gewerkschaften halten konnten. Und die neuen alten Politiker drangen auf den Abbruch des Streiks, der auch am 22. März erfolgte, und rührten gleich in der antikommunistischen Jauche weiter.

Die Bourgeoisie hatte ein feines Gespür entwickelt, dass die Arbeiterklasse noch vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit einer proletarischen Revolution zurückschreckte. Dass dies möglich war und sich so ereignete, war eben ein Zeichen, dass in Deutschland der Sozialismus noch nicht spruchreif war, der Einfluss der SPD und der USPD war im Vergleich mit dem der KPD noch zu groß.

Russland stand im Sommer 1917 vor der Alternative: Diktatur Kornilows oder Diktatur Lenins?

1920 war die Situation in Deutschland anders: Eine sozialistische Diktatur war vom Bewusstseinsgrad der Arbeiter und Bauern her verfrüht, es ging den progressiven Kräften in Deutschland bei der Abwehr Kapps um die Aufrechterhaltung der antifeudalen Demokratie, noch nicht um die Überleitung der Demokratie gegen den Feudalismus in eine gegen den Kapitalismus. Der Volkskampf ging nicht in einen Volkskrieg über. Die deutsche SPD kippte mit Leichtigkeit ins reaktionäre Lager, sie verletzte die Aktionseinheit der Arbeiterklasse mit der Tendenz einer (bolschewistischen?) Rätedemokratie, vor der sie zurückschreckte und sich in die Arme einer bürgerlich-parlamentarischen Koalition warf, wohlwissend, dass in ihr kontraproduktiv gegen den Sozialismus, gegen die Kontrolle der Produktion durch die Produzierenden vorgegangen wurde, schöne rote und betörende Worte musste auch eine sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition für die Volks- und Parteimasen finden.

In Deutschland schlug jetzt gerade die Stunde der Demagogie, um die Offensive gegen Kapp umzukehren in eine Defensive, um aus den Siegern Verlierer und aus den Verlierern Sieger zu machen. Kurz: Um die Früchte des Volks-

kampfes einzuheimen. Die Arbeiter waren Sieger und Verlierer, standen wie vor dem Putsch wieder unter den Stiefeln der Reichswehr, die SPD-Spitze setzte sich aus feigen politischen Flüchtlingen und hinterhältigen Siegern durch politische Würfelverdrehung zusammen.

Der brutale Kapp-Putsch war zusammengebrochen, „an der einmütigen Abwehr von Arbeiterschaft und Bürgertum zerschellt“, wie es die preußische Staatsregierung durch Paul Hirsch, sozialdemokratischer Ministerpräsident des Freistaates Preußen, am 17. März verlauten ließ, das System ‚Lloyd-Georgeismus‘ war wieder in Kraft, das anschmiegsame System der raffinierten Täuschung der Massen durch wohlklingende demokratische Phrasen, mit denen bürgerliche Ideologie in die werktätigen Massen eingeflößt wurde. Die Kautskyaner leugnen, dass es einen Lloyd-Georgeismus gäbe. Die Art und Weise, wie die Gewerkschaften und die ganze Arbeiterklasse mit ihren weitreichenden Erwartungen, zum Bsp. die Ersetzung der Reichswehr durch eine Arbeitermiliz, um die Früchte ihres Sieges über Kapp von der rechten Sozialdemokratie geprellt wurden, bezeugt die effektive Tätigkeit politischer Rosstäuscher, die nach dem Putsch die politischen Uhren stellten und die militärischen Weichen nach rechts, zur Bourgeoisie und zum Untergang der Weimarer Republik hin.

Das politische Hoch der Gewerkschaften, aus dem heraus sie die Wiedereinführung von Mitbestimmungsrechten in den Betrieben forderte, verzog sich schnell und es zog ein Tief auf in Form von sozialdemokratischer Seite geförderter Freikorpsseinheiten, die gegen Streikende vorgesehen waren. Die einzige treibende Kraft nach links, zur Fortsetzung des Generalstreiks auch nach Kapps Flucht aus Berlin hinaus, zur *Diktatur des Proletariats hin*, war die KPD. Die Quittung für die SPD folgte auf den Fuß: In Dortmund zum Beispiel sank ihr Stimmenanteil bei Wahlen von 46,5% im Jahr 1919 auf 19,6% ein Jahr später, der der USPD stieg von 3,3% auf 28,6%. Der rechte Flügel der SPD hatte sich nie klar und eindeutig vom Freikorpsfaschismus mit dem Hakenkreuz auf den Helmen abgegrenzt. Es gibt in ihm Beispiele für eine Votierung für Kapp, Beispiele für einen verkappten Faschismus.

Die 1920 in Deutschland vorliegende Klassenkampfkonstellation hatte die Linien der Wegbahnen einer möglichen politischen Weiterentwicklung vorgezeichnet: Im Makroraster waren dies von links nach rechts aufgeführt: Rä-

tediktatur, Parlamentsdiktatur, Militärdiktatur. Die erste und letzte Bewegung beinhaltete einen Umsturz mit neuen Verfassungen.

Es liegt die Einheit der Gegensätze vor, inhaltlich aber natürlich ein Kampf: Die Perspektive einer Welt, die im entwickelten Kommunismus keine politische Herrschaft mehr nötig hätte versus einer „tausendjährigen“ faschistischen Herrschaftstyrannie. Für die Räte und über sie hinaus als Keimformen des Absterbens jedes Staates waren die KPD und mit Schwankungen die linke USPD. Die „Demokraten“ der SPD und des rechten USPD-Flügels als Anhänger der alten Bauer-Noske-Regierung sind durch Verrat an der Arbeiterklasse als Sieger aus der Kapp-Affäre hervorgegangen. Ein Terror der Minderheit mit der Potenz industriell angelegter Massenvernichtung, der ab 1933 formvollendet sein hässliches Haupt erhob, war damit angelegt. Es kann gar nicht in Abrede gestellt werden, dass die deutsche SPD an den Konturen der Fratze dieses Hauptes mitgezeichnet hat.

Fernstudium

Frank Flegel: Referentenseminare des gemeinsam von offen-siv und KPD durchgeführten marxistisch-leninistischen Fernstudiums abgeschlossen

Mitte Dezember 2019 und Ende Januar 2020 fanden die beiden Referenten/innen-Seminare unseres Fernstudiums statt. Der aktuelle Studiengang war nach eineinhalb Jahren im September zu Ende gegangen, und wir haben für Interessierte diese Referentenseminare abgeschlossen.

Die Teilnehmer/innen waren Genossinnen und Genossen, die lernen wollten, aufzutreten, Wissen zu vermitteln, in ihren Gruppen vor Ort marxistisch-leninistische Bildungsarbeit zu organisieren und das Fernstudium zu unterstützen, indem sie dort beim nächsten Studiengang Referate übernehmen.

Wir haben zur Schulung der dafür notwendigen Fähigkeiten zwei Wochenenden miteinander verbracht. Dabei ging es einerseits um die Frage, was marxistisch-leninistische Bildung ist, nämlich das Erkennen und Erlernen eines Wis-

senschaftssystem, eines Gesamtzusammenhangs von philosophischer Grundlage, ökonomischer Analyse, Ableitung des Überbaus, Partei- und Revolutionstheorie, Geschichte der kommunistischen Bewegung, Geschichte des Aufbaus des Sozialismus und Geschichte der Konterrevolution. Nicht zu vergessen die Analyse der Einflussnahme des Revisionismus. Also systematische Bildung und nicht punktuelle Bildung. Und hierbei ging es auch um die didaktische Aufbereitung des unendlich riesigen Stoffes, also die Reduktion auf das Wesentliche, auf das innere Band, die logische Abfolge, den Zusammenhang der Begriffe.

Andererseits ging es um praktische Übungen. Alle Teilnehmer/innen haben Probereferate gehalten. Beim ersten Treffen im Dezember waren das noch relativ kurze, direkt beim Seminar vorbereitete Referate von rund 15 Minuten, denn dort ging es vordringlich um die Form des Auftretens, um das Agieren, die Sprache, die Stimmführung, die Visualisierung, den Kontakt zu den Teilnehmern/innen, kurz gesagt um die Art und Weise. Beim zweiten Treffen Ende Januar war der Anspruch höher. Dort sollten die Referate Themen des Fernstudiums beinhalten, 30 bis 40 Minuten lang, zu Hause vorbereitet und möglichst in freier Rede vorgetragen sein. Und nicht nur die Form, sondern auch der Inhalt war nun im Fokus.

Die Reflexionen der Referate, die Rückmeldungen an die Referenten/innen, waren jeweils das Wesentliche. Jedes Referat haben wir einzeln analysiert. Daran beteiligt war nicht nur ich, daran beteiligt waren auch die Teilnehmer/innen. Ich habe mich sehr gefreut, das mitzuerleben, denn alles verlief in einer sehr solidarischen Atmosphäre. Niemand versuchte, jemanden anderes „in die Pfanne zu hauen“, und trotzdem waren die Rückmeldungen offen und ehrlich.

Von acht teilnehmenden Genossinnen und Genossen haben sich fünf bereit erklärt, beim nächsten Studiengang des Fernstudiums als Referenten mitzuwirken.

Ich bin nach dem Seminar mal wieder nach Hause gefahren mit dem Gefühl, dass es sehr schön ist, an so etwas Sinnvollem mitzuwirken.

Und der nächste Studiengang des marxistisch-leninistischen Fernstudiums hat gerade begonnen (7./8. und 14./15. März). Wie Ihr an den Terminen schon sehen könnt, müssen wir wieder zweizügig verfahren, denn wir hatten so viele Anmeldungen, dass wir bei 99 Teilnehmerinnen und Teilnehmern Schluss machen mussten, also pro Gruppe 50 bzw. 49. Mehr als einem Dutzend weiterer Interessenten mussten wir damit absagen. Noch sind wir leider nicht in der Lage, dreizügig zu verfahren bzw. das Fernstudium regional aufzuteilen.

Aber wir arbeiten dran.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt